

(A) Beginn: 10.04 Uhr

Präsident Denzer: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige 128. und zugleich letzte Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr. Ich begrüße sehr herzlich unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger auf der Zuschauertribüne sowie die Mitarbeiter von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Ein besonders herzliches Willkommen im Landtag Nordrhein-Westfalen möchte ich dem auf der Tribüne anwesenden Premierminister von Neusüdwalles, Seiner Exzellenz Herrn Nick F. Greiner, zurufen.

(Allgemeiner Beifall)

Für die heutige Sitzung haben sich 16 Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Seinen Geburtstag feiert heute Herr Abg. Dr. Hans-Dieter Fischer von der Fraktion der CDU; er wird 47 Jahre alt.

(Allgemeiner Beifall)

Herzlichen Glückwunsch, Herr Kollege, und alles Gute im Namen aller Kolleginnen und Kollegen des Hauses!

Meine Damen und Herren! Vor Eintritt in die Tagesordnung weise ich nochmals darauf hin, daß wir gestern vereinbart haben, die Punkte 8 - Stichwort: Triple Five - und 15 - Stichwort: Wassersport - heute im Anschluß an den Tagesordnungspunkt 4 zu beraten. Ich bitte, dies zu beachten.

(B)

Wir treten nun in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein. Ich rufe Punkt 1 auf:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1990
(Haushaltsgesetz 1990)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/4600

Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/4826

Zweite Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/4970

Beschlußempfehlungen und Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung
Drucksachen 10/4901 bis 10/4915 und 10/4975

Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur dritten Lesung
Drucksache 10/4940
dritte Lesung

(C)

In Verbindung damit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 1989 bis 1993
mit Finanzbericht 1990

Unterrichtung durch die Landesregierung
- zur Beratung -
Drucksache 10/4601

Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 10/4941

und

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1990
(Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 1990)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/4602

Zweite Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/4970

Beschlußempfehlungen und Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung
Drucksachen 10/4900 und 10/4976

(D)

Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur dritten Lesung
Drucksachen 10/4942 und 10/4976
dritte Lesung

Meine Damen und Herren! Ich verweise auf die genannten Beschlußempfehlungen unseres Haushalts- und Finanzausschusses. In die Beratungen werden weiterhin folgende Entschließungsanträge einbezogen:

Drucksache 10/4943
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zu Einzelplan 06;
Stichwort: Maßnahmen zur strukturellen Verbesserung von Forschung und Lehre an den Hochschulen

Drucksache 10/4979
Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. zu Einzelplan 06;
Stichwort: Strukturelle Verbesserungen für Forschung und Lehre an den Hochschulen

(Präsident Denzer)

- (A) Drucksache 10/5005
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD
Stichwort: Frauenförderung im Rahmen des
Landeshaushalts für 1990

Drucksache 10/5006
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD
zum Thema: "Deutschland in Europa"

Die Abstimmung über diese Anträge erfolgt
nach der Verabschiedung des Haushalts.

Ich eröffne die Beratung in dritter Lesung.
Für die Fraktion der CDU hat Frau Abg.
Christa Thoben das Wort. Bitte sehr, Frau
Kollegin!

Frau Thoben (CDU): Herr Präsident! Meine
Damen und Herren! Das Jahr 1989 wird als
Jahr in die Geschichte eingehen, das sich in
einmaliger und unverwechselbarer Weise mit
dem Wunsch, mit dem Schrei nach Freiheit,
mit dem friedlichen Siegeszug des Frei-
heitsgedankens verbindet.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

In vielen Ländern des bisherigen Ostblocks
werden sozialistische Diktaturen vom Volk,
von den dort lebenden Menschen abge-
schüttelt.

Das konnte nicht bleiben und blieb auch nicht
ohne Konsequenzen für unser Land, ja für
den Haushalt unseres Landes. Es galt,
schnelle und notwendige, sinnvolle Hilfs-
maßnahmen zu verabreden. Die Fraktionen
und die Landesregierung steuerten Ideen bei.
In großer Einigkeit konnten deshalb Hilfs-
maßnahmen verabredet werden. Diese reichten
von sofortigen finanziellen Hilfsmaßnahmen für
humanitäre Zwecke bis zu Wirtschaftshilfen
einschließlich Bürgschaften.

Das Angebot konkreter materieller Hilfen, mit
denen unseren Landsleuten der Weg in eine
bessere Zukunft erleichtert werden kann, ist
die eine Seite. Der Reformprozeß dort und
unsere Einstellung dazu ist die andere Seite.

Das Tempo des Demokratisierungsprozesses in
der DDR ist atemberaubend: Zunächst macht-
volle, friedliche Demonstrationen für die
Freiheit. Dann die Abrechnung mit der SED
als hauptverantwortlicher Kraft für den
Bankrott des sozialistischen Systems. Jetzt
die dritte Phase: Die eigene Willensbildung in
vielen Reformgruppen in den bisherigen
Blockparteien, ja auch in der SED.

Eine Frage drängt sich dabei immer stärker in
den Mittelpunkt: Wie und inwieweit behält das
eigene Staatswesen DDR einen Sinn, wenn der

in jeder real existierenden Form gescheiterte
Sozialismus nicht mehr als Klammer dienen
kann? Das ist der Kern der auflebenden
Debatte.

Wir hoffen, daß die internen Auseinander-
setzungen über den weiteren Weg friedlich
bleiben. Wir bewundern die Besonnenheit
unserer Landsleute.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir zollen den Menschen im anderen Teil
unserers Vaterlandes hohen Respekt vor dem,
was sie bisher getan haben.

Bei uns gibt es höchst unterschiedliche
Vorstellungen über das, was die Menschen in
der DDR wollen. Zwischen Teilen der SPD
und einer Reihe von Wortführern in der DDR
gibt es in diesem Zusammenhang einen be-
merkenswerten Gleichklang: Beide haben den
Wunsch, die DDR zu erhalten, weil sie sich
mit der staatlichen Ordnung und der Gesell-
schaftsordnung der Bundesrepublik nicht
identifizieren können oder wollen, weil sie
immer noch glauben, in der DDR ihre Vor-
stellungen von einem demokratischen
Sozialismus verwirklichen zu können.

Meine Damen und Herren! Für beide - Teile
der SPD und einige Wortführer in der DDR -
muß wohl der Gedanke der Einheit auf der
Basis der Ordnung, die wir in der Bundes-
republik haben, ein Greuel sein. Beide
würden bei einer solchen Einheit auch für die
Menschen in der DDR - ich hoffe, man hört
jetzt die Anführungsstriche - "das
kapitalistische System und die Ausbeutung
erleben, wie wir sie in der Bundesrepublik
vorfinden".

Diese Leute fühlen sich berufen, den Men-
schen jenseits der Elbe vor diesem schlimmen
Schicksal zu bewahren. Diese Teile der SPD
werden damit zum Opfer des Zerrbildes, das
sie von uns, von unseren Lebensbedingungen
und unserem Wohlstand sowie unserem Sozial-
netz zeichnen.

Dies ist ein seltsamer Kontrast zur
vehementen Verteidigung derselben Lebensbe-
dingungen, desselben Wohlstands und des-
selben sozialen Netzes im europäischen
Einigungsprozeß.

Wir, die CDU, stehen zu unserem demo-
kratischen Rechtsstaat, zu unserer
pluralistischen Gesellschaft, zur sozialen
Marktwirtschaft und auch zu dem eindrucks-
vollen System sozialer Sicherheit, das wir in
der Bundesrepublik haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(C)

(D)

(Frau Thoben (CDU))

- (A) Es ist einfach nicht wahr, daß wir unseren Landsleuten in der DDR Schlimmes zumuten, wenn wir sie unsere Erfahrungen, unsere Regelungen wissen lassen,

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der F.D.P.)

ihnen raten - das sage ich ganz bewußt -, Ähnliches zu verabreden.

Sie hätten einmal hören sollen, wie nachdrücklich Reformgruppen aus der DDR anläßlich unserer Bundesausschußsitzung in Berlin die Nase voll hatten vom Sozialismus und weiteren Experimenten, die von derselben Utopie ausgehen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Zugegeben: Das beantwortet noch lange nicht die Frage, zu welchen konkreten Reformschritten sich die Bevölkerung der DDR in freier Selbstbestimmung entscheiden wird. Die Menschen in der DDR haben einen enormen Nachholbedarf an Freiheit und Wohlstand.

Meine Damen und Herren von der SPD, benutzen Sie diese Menschen in der DDR nicht, und empfehlen Sie ihnen deshalb auch nicht, weitere 40 Jahre als Experimentierfeld für die sozialistische Utopie zu dienen.

(Zustimmung bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

- (B) Ich sage dies vor dem Hintergrund, daß all die, die das empfehlen, entweder bei uns die Vorzüge einer freiheitlichen Gesellschaft genießen oder dort drüben als Nomenklatur, als Apparatschik, als Privilegierter sich aus diesem Experiment, was ihre persönlichen Lebensbedingungen angeht, längst verabschiedet haben.

(Hunger (SPD): Wer hat Ihnen das eigentlich aufgeschrieben? - Dr. Pohl (CDU): Das war Herr Hunger! - Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren von der SPD, Ihr gemeinsames Papier mit der SED ist doch nicht deshalb so schlimm, weil es einige positive Nebenwirkungen hat; die bestreiten wir doch gar nicht. Aber es sind Nebenwirkungen! Sie müssen sich die Frage gefallen lassen: Ist denn das Herausarbeiten von Gemeinsamkeiten mit der SED, das Betonen gemeinsamer geistiger Wurzeln nicht eine Ohrfeige für all die aus Ihren eigenen

Reihen, die für die Freiheit Opfer gebracht haben? (C)

(Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Dr. Farthmann (SPD): Sie haben das gar nicht gelesen! - Hovest (SPD): Steht das auch im Haushalt? - Weitere Zurufe von der SPD)

Für all diejenigen, die ein Modell als Alternative zur Bundesrepublik nicht wollen, gibt es keinen plausiblen Grund gegen die Wiedervereinigung. Durch Mauer, Stacheldraht und Grenzen sind Familien und Nachbarn auseinandergerissen worden. Die Grenze verläuft mitten durch Dörfer und Städte, durch ursprünglich gewachsene Gemeinschaften, die auf diese Weise gegen ihren Willen auseinandergerissen wurden. Und dies nur, um Denkverbote, Planwirtschaft, Bespitzelung und ein totalitäres Regime gegen die eigene Bevölkerung durchzusetzen.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Deutschen gehören zusammen.

(Erneut Zustimmung bei der CDU)

Die Deutschen selbst sind gefragt; sie müssen gangbare Wege aufzeigen. Dazu gehören Mut, Phantasie, Führungskraft und Augenmaß. Dies hat unser Bundeskanzler mit seiner Deutschland-Initiative, seinen zehn Punkten eindrucksvoll bewiesen.

(Zustimmung bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.) (D)

Selbstverständlich bedarf es der internationalen Abstimmung. Nur, meine Damen und Herren von der SPD: Wer heute dem Kanzler vorwirft, er hätte sich vorher mit unseren Partnern in Ost und West abstimmen müssen, darf nicht gleichzeitig zu denen gehören, die von der Bundesregierung mehr deutsche Eigenständigkeit in politischen Entscheidungen und mehr Distanz zu den Vereinigten Staaten fordern und die in der Vergangenheit mit großer Eloquenz Kritik an der Nato und unserem Verbündeten USA geübt haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Außerdem: Wer im Zusammenhang mit der Zehn-Punkte-Erklärung des Bundeskanzlers von einer künstlichen Beschleunigung des deutschen Einigungsprozesses redet, irrt. Der Druck zur Wiedervereinigung kommt nicht vom Bundeskanzler, er kommt stärker von den Menschen drüben, die ein einiges Deutschland wollen und dies mit großer Begeisterung

(Frau Thoben (CDU))

- (A) fordern. Der Plan des Kanzlers ist eine Reaktion auf diese teils sehr ungeduldige Erwartung.

(Büssow (SPD): Da ist euch aber etwas eingefallen! - Weitere Zurufe von der SPD)

Das Programm soll dazu dienen, dieser Entwicklung einen vernünftigen Rahmen zu geben, rationale und geordnete Abläufe zu ermöglichen. Es stellt sich trotz aller verständlicher Begeisterung auf schrittweise Veränderungen ein. Ihre Kritik, meine Damen und Herren von der SPD, ist der durchsichtige nachträgliche Versuch, mit aller Gewalt noch ein Haar in der Suppe zu finden. Diese Kritik ist unehrlich.

(Zustimmung bei der CDU)

An dieser Stelle nochmals ein deutliches Wort zu Ihrem Genossen Lafontaine: Unbestritten stellen sich auf dem Weg zur deutschen Einheit auch Fragen an uns. Doch seine Strategie, den Deutschen in der DDR das kommen wollen, Steine in den Weg zu legen, ist erbärmlich und menschenverachtend.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

- (B) Was Walter Ulbricht und Erich Honecker mit dem Bau der Mauer versucht haben, versucht Herr Lafontaine mit zweifelhaften Rechtsgutachten und Rechtsvorschriften. Er versucht damit, den Deutschen in der DDR das Menschenrecht auf Freizügigkeit zu nehmen. Die Mauer des Herrn Lafontaine besteht aus der Barriere zweier Staatsbürgerschaften, aus der Verweigerung von Renten und Sozialleistungen.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Das hat er nie gesagt!)

Diese Strategie der Abschreckung und Ausgrenzung setzt darauf, die Verhältnisse für die Deutschen von drüben bei uns so zu verschlechtern, daß sie in der DDR bleiben müssen.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Das hat er nie gesagt!)

Meine Damen und Herren von der SPD, dies ist nicht nur ein inhumaner, egoistischer Weg, es ist auch der falsche Weg.

(Zustimmung bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P. - Ministerpräsident Dr. Rau: Das hat er nie gesagt! - Abg. Hovest und Abg. Mernizka (SPD): Bei der Wahrheit bleiben!)

(C) Uns muß es vielmehr darum gehen, die Verhältnisse drüben zu verbessern, damit die Menschen in ihrer angestammten Heimat Freiheit und Wohlstand finden können.

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Das setzt allerdings voraus, daß in der DDR ein echter Neuanfang gemacht wird, ein Neuanfang auf tragfähiger Basis ungeteilter Freiheit. Dazu zählen in einer pluralistischen Demokratie Freiheit der Meinung, Freiheit der Wahlen, Freiheit der Presse, Freiheit des Gewerbes, Freiheit, Eigentum an Unternehmen zu erwerben - alles Freiheiten, die wir in unserer Gesellschaft und in der sozialen Marktwirtschaft für selbstverständlich halten.

(Zurufe der Abgeordneten Heidtmann und Mernizka (SPD))

Mit einer neuen Spielart des abgewirtschafteten Sozialismus, wie sie auch Herr Lafontaine den Menschen in der DDR zumuten will, lassen sich Freiheit und Wohlstand nicht erreichen.

(Zustimmung bei der CDU)

(D) Wir setzen jedem Modell staatlicher Gängelung und Bevormundung die Idee von der verantworteten Freiheit entgegen. Unser Menschenbild läßt sich sehr einfach beschreiben: Der einzelne ist zur Eigenverantwortung fähig und auch bereit, und er bleibt - egal, wer regiert - auf Dauer auf Erden unvollkommen. Wir formulieren unsere Politik so, daß die Menschen, die wirklichen Menschen, damit leben können.

(Dr. Farthmann (SPD): Wo sind denn die unwirklichen Menschen?)

Wir fordern ihre Eigenverantwortung ein, weil wir wissen, daß wir nur dann die Möglichkeiten ausschöpfen, um den Schwachen tatsächlich umfassend helfen zu können.

Von dieser Grundüberzeugung leiten wir die Funktion und die Aufgaben von Staat und Gesellschaft ab. Es ist unsere tiefe Überzeugung, daß der Staat nur dienende Funktion hat, daß staatliche Instanzen und Organe nicht zur Bevormundung der Bürger da sind.

(Minister Heinemann: Eine Geisterrede!)

Meine Damen und Herren von der SPD! Ich bin mir nicht sicher, ob wir in diesem Verständnis übereinstimmen. Bei uns jedenfalls verfestigt sich der Eindruck, daß Sie eine Wirklichkeit erzwingen wollen, die den tat-

(Frau Thoben (CDU))

- (A) sächlichen Bedürfnissen und Wünschen der Menschen nicht gerecht wird.

Ich will das an einigen Beispielen der Landespolitik verdeutlichen. Sie wollen in Ihrem missionarischen Eifer die Gesamtschule als Einheitsschule durchsetzen. Mit diesem Organisationsmodell wollen Sie Ihre sozialistischen Bildungsziele erreichen.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU tritt ein für ein vielfältiges Schulwesen, für die Wahrung der Rechte der Eltern. Die Schule darf keine Stätte einseitiger Orientierung werden. Das Leben besteht nicht nur aus Kritik, Pessimismus und Anspruchsdenken. Wenn aus unseren Kindern tüchtige Menschen werden sollen, muß ihnen auch vermittelt werden, daß zum alltäglichen Leben Toleranz unverzichtbar und Achtung vor den Mitmenschen notwendig ist,

(Beifall bei der CDU)

Achtung auch vor dessen Eigentum vermittelt sein will, Leistungsbereitschaft, Disziplin, Fleiß und auch Optimismus gehören.

(Beifall bei der CDU)

Wir betrachten gerade die letzten Dinge, die ich angesprochen habe, nicht als Sekundärtugenden, um Ihnen das ganz deutlich zu sagen.

- (B) (Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

- Sie können ja einmal einige Schulbücher, die hier zugelassen sind, darauf durchsehen.

Herr Ministerpräsident! In der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen steht, daß die Richtlinien der Politik durch den Ministerpräsidenten bestimmt werden. Daneben hat Ressortminister Schwier seine eigene Verantwortung. Soweit die Verfassungslage. In Wirklichkeit: Die Richtlinien der Schulpolitik bestimmt der Arbeitskreis 13 der SPD.

(Minister Schwier: Ach ja!)

Der Herr Ministerpräsident und sein Kultusminister haben nicht den Mut und die Kraft, gemäß ihrer Zuständigkeit zu handeln.

(Beifall bei der CDU)

Nur ein Beispiel: Auf der Bildungstagung der SPD in Velbert beschwört vormittags der Ministerpräsident die Vielfalt der Schulformen, und in derselben Veranstaltung verkünden

nachmittags die Bildungsideologen der SPD-Fraktion unberührt die Einheitsschule nach dem Motto: "Was schert uns das Geschwätz des Herrn Rau vom Vormittag?"

(Doppmeier (CDU): So ist das! - Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, eines unter vielen Beispielen für Wegtauchen und Ihre Konfliktscheu in wichtigen Feldern der Landespolitik!

Ich nehme ein weiteres Beispiel, die Familienpolitik. Für die SPD geht es bei der Familie nur um eine unter vielen Formen des Zusammenlebens. Konsequenterweise sind die 4,1 Millionen Familien, in denen immerhin 10 Millionen Menschen leben, nicht im Zentrum Ihrer gesellschaftspolitischen Überlegung. Wir als CDU sehen das anders. Für uns ist und bleibt die Familie ein fundamentaler Baustein unserer Gesellschaft, für uns sind Sozialpolitik und Familienpolitik untrennbar miteinander verknüpft.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen alte Menschen, Kranke, Hilfsbedürftige nicht ausgegrenzt sehen in Altenheimen und Pflegeeinrichtungen. Wir wollen sie, soweit eben möglich, in unserer Mitte behalten,

(Wendzinski (SPD): Wer will das denn nicht?)

solange es nur geht. Sie sind nach unserer Überzeugung in ihrer geordneten häuslichen Umgebung in der Familie weitaus besser aufgehoben. Dazu müssen wir, die Politiker, die Rahmenbedingungen schaffen, die es einer Familie ermöglichen, für ihre pflege- und hilfsbedürftigen Angehörigen selbst zu sorgen.

(Wendzinski (SPD): Blüm hat die Struktur doch kaputtgemacht!)

Hierzu gehören die Bereitstellung ambulanter Pflegeplätze ebenso wie die Berücksichtigung der Pflegezeiten bei der Rente.

Gleiches gilt im übrigen auch für die Erziehung und Betreuung unserer Kinder. Auch dies ist eine gesellschaftliche Aufgabe, für die es Rahmenbedingungen zu setzen gilt. Wir haben deshalb keinerlei Verständnis für Sie, meine Damen und Herren von der SPD, daß Sie den jungen Familien ein Erziehungsgeld und die Stiftung Mutter und Kind verweigern.

(Zustimmung bei der CDU)

(C)

(D)

(Frau Thoben (CDU))

- (A) Für alleinstehende Mütter, die auf eine Berufstätigkeit angewiesen sind und während ihrer Arbeitszeit ihre Kinder in guten Händen wissen wollen,

(Zuruf des Abg. Hunger (SPD))

und für junge Elternpaare, die weiter ihrer Berufstätigkeit nachgehen wollen, müssen wir ausreichend Kindergartenplätze zur Verfügung stellen. Es ist nicht nötig, aber Ergebnis Ihrer Politik, daß 100 000 Kindergartenplätze fehlen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist nicht nötig, aber Ergebnis Ihrer Politik, daß für 564 000 Menschen über 80 Jahren ganze 210 000 Tagesplätze zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Norbert!)

Es ist nicht nötig, aber Ergebnis Ihrer Politik, daß in der geriatrischen Versorgung von 5 000 notwendigen Plätzen in Tageskliniken bei uns nicht einmal 100 vorhanden sind in Nordrhein-Westfalen.

Es ist nicht nötig, aber Ergebnis Ihrer Politik, daß bei 20 000 Drogenabhängigen in Nordrhein-Westfalen ganze 411 Therapieplätze und ganze 36 Nachsorgeplätze vorhanden sind.

- (B) Es ist nicht nötig, aber Ergebnis Ihrer Politik, daß für Aufklärung in den Schulen über die Gefahren des Drogenmißbrauchs so wenig getan wird. Es gibt keine Ermäßigungsstunde für Lehrer. Sie haben dort zu konkurrieren mit den Lehrern, die Bibliotheken und Skelette beaufsichtigen. Der zuständige Minister dieses Landes vergeudet seine Energien damit, gegen die Gesundheitsreform zu Felde zu ziehen, deren Erfolge inzwischen unübersehbar sind.

(Beifall bei der CDU - Gelächter bei der SPD)

Herr Rau! Ich spreche Sie bewußt an dieser Stelle an. Das, was der Bundesarbeitsminister in der Gesundheitsreform getan hat, läßt sich mit Qualitäten, die Max Weber von jedem Politiker verlangt, beschreiben:

(Gelächter bei der SPD)

Leidenschaft, Verantwortungsbewußtsein, Augenmaß, (C)

(Zuruf von der SPD - Dr. Posdorf (CDU): Hör doch zu, rede nicht immer dazwischen!)

das, was man als notwendige Reform erkennt, auch gegen Widerstände durchzusetzen und dafür geradezustehen.

(Beifall bei der CDU)

Wer aktive Sozialpolitik betreiben will, der braucht neue Ideen. Der braucht auch den Mut, gegen festgefahrene Besitzstände anzugehen. Der braucht auch die Entscheidungsfreude, Unbequemes voranzutreiben und dafür um Zustimmung zu werben, selbst wenn sie zunächst überhaupt nicht in Sicht ist.

Aktive Sozialpolitik braucht allerdings auch Geld. Sie haben das inzwischen. Sie können sich in den Ergebnissen erfolgreicher Bundespolitik sonnen. Der anhaltende Konjunkturaufschwung hat auch unser Land erreicht:

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

sprudelnde Steuereinnahmen, ein nicht mehr für möglich gehaltenes Wirtschaftswachstum, nie gekannter Wohlstand in der Bundesrepublik Deutschland! War die Bundesregierung an der Misere in Nordrhein-Westfalen schuld, wie Sie es über Jahre gehämmert und behauptet haben, so müßte sie logischerweise den Hauptverdienst am Aufschwung haben. (D)

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Ich nenne das hier nur als Merkposten. Mein Kollege Schauerte wird das ausführlich darlegen.

Meine Damen und Herren, warum tun Sozialisten sich eigentlich mit der Analyse der Wirklichkeit so schwer? Der tiefere Grund dafür liegt darin, daß ihr Hang zu weltfremden Utopien, ihr Drang zur Gesellschaftsänderung in Richtung auf diese Utopie es ihnen schwer-, wenn nicht unmöglich macht, die Probleme einer modernen Industriegesellschaft zu meistern.

Nehmen wir das Beispiel des Berichts der Mikat-Kommission - eindrucksvolles Dokument der Schwachstellen und Defizite im Bereich Schule, Weiterbildung, Verkehr, Forschung, Landesplanung, Wirtschaftsförderung, die diese Landesregierung seit Jahren übersehen

(Frau Thoben (CDU))

- (A) und wo nicht übersehen, so doch bestritten hat.

(Zuruf des Abg. Stüber (SPD))

- Ich kenne genau die Teile, die Sie sich herausuchen, Herr Stüber. Wir haben uns aber auch darüber verständigt, daß es eine ganze Reihe von Teilen gibt, die Sie verschweigen und die auch die Landesregierung in der Bewertung des Gutachtens schlicht nicht erwähnt.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Vor wenigen Tagen hat die Landesregierung eine Zwischenbilanz ihrer Regierungstätigkeit vorgelegt.

(Zuruf des Abg. Stüber (SPD))

- Herr Stüber, wir beide werden uns doch einig, daß die DüBoDo zu einem ganz praktischen Beispiel eines Defizits zählt, welches der Mikat-Bericht aufdrösel.

(Stüber (SPD): Dann sagen Sie es den Leuten vor Ort!)

- Herr Stüber, das Problem haben Sie in Bochum, wir in Bochum nicht.

(Zustimmung und Unruhe bei der CDU)

- (B) Weitere Beispiele kann Ihnen Herr Doppmeier aus Ostwestfalen vortragen. - Dieser Bereich findet bei Ihnen ja überhaupt keine Beachtung. -

Sie haben sich, Herr Ministerpräsident, in der Einleitung zu Ihrem Zwischenbericht mit einem Satz aus Ihrer Regierungserklärung vom Juni 1985 zitieren lassen, der lautete:

Das Wichtigste, aber auch das Schwierigste ist Glaubwürdigkeit.

Mein Kollege Schauerte wird die Zwischenbilanz in einigen konkreten Passagen würdigen. Ich sage Ihnen an dieser Stelle nur: Diesem selbstgesetzten Anspruch wird diese Zwischenbilanz nicht gerecht.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Allein die Notwendigkeit - um noch einmal auf "Mikat" zurückzukommen -, mit einer solchen Aufgabe einen Dritten beauftragen zu müssen - und es waren sich alle Fraktionen im Landtag darüber einig, daß das notwendig war -, belegt doch, daß die Landesregierung

- (C) nicht in der Lage war, ihre Hausaufgaben zu erledigen.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie war nicht in der Lage. Sie regieren doch schon verdammt lange hier im Land. Es wäre doch möglich und nötig gewesen, regionale Schwachstellen und Stärken zu kennen. Das ist an sich eine zentrale Aufgabe.

Der Wirtschaftsminister dieses Landes - das muß man wohl so sehen - hat keine Zuständigkeit mehr für den Briefkopf, unter dem er seine Briefe abschicken muß.

(Zuruf von der CDU: Er hat abgedankt!)

Die Zuständigkeiten sind inzwischen in die Staatskanzlei, zur WestLB, in das Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr und zum Finanzminister gewandert.

(Zurufe von der CDU: Und zum MURL!)

Wohin noch?

(Zurufe von der CDU: Zu Matthiesen!)

- Und zu Matthiesen. - Am Haushalt wird es überdeutlich, daß selbst Weichenstellungen, völlig neue Instrumente, nicht mehr mit dem Wirtschaftsminister abgesprochen werden, sondern einfach in irgendeinem anderen Etat ein völlig neues Instrument, ein originäres Wirtschaftsförderungsinstrument - das übrigens in der Exportförderung Grundsätze auf den Kopf stellt -, eingeführt wird - offensichtlich ohne jede Rücksprache. (D)

(Zuruf des Abg. Weiss (CDU))

Zugegeben: Sie regieren hier seit zwanzig Jahren, zehn Jahre davon mit absoluter Mehrheit. Sie haben versucht, Ihre absolute Mehrheit politisch zu nutzen. Soweit dies im Wählerauftrag war, ist dies legitim und nicht zu beanstanden. Aber was die SPD unter klaren Verhältnissen versteht, was sie daraus macht, geht schlicht zu weit, jedenfalls weit über den Wählerauftrag hinaus. Die Trennung von Staat und Partei ist nicht mehr deutlich.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Es wird verdrängt, ja mißachtet, daß der Wähler in einer Demokratie nur Macht auf Zeit verleiht. Die Folgen sind unübersehbar.

(Heidtmann (SPD): Das gilt aber für Sie auch!).

(Frau Thoben (CDU))

- (A) Eine Arroganz der Macht, das Niederstimmen in Ausschüssen ist Programm. Die Auskünfte in Fragestunden lassen eine Mißachtung der einzelnen fragenden Abgeordneten erkennen, die wir für unerträglich halten.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Die vollständige Identifikation der Mehrheitsfraktion mit der Regierung verschiedenen SPD-Kollegen fällt häufig gar nicht mehr auf, daß sie eine informelle Information der SPD-Landesregierung bereits für eine parlamentarische Behandlung halten.

(Zustimmung bei der CDU)

Eine Art Nebenregierung durch die Arbeitskreise der SPD-Fraktion!

(Zustimmung bei der CDU)

Sie wird dadurch unterstrichen, daß auch die Pkw's der Landesregierung für solche Sitzungen zur Verfügung gestellt werden.

(Zustimmung bei der CDU)

Das reicht von Personalentscheidungen im Kultusministerium bis zur Besetzung von Schulleiterstellen.

(Minister Schwier: Bitte?)

- (B) Die Tatsache, daß die Mehrheitsfraktion die Diskussionen und die Beiträge der Opposition in den Ausschüssen nur noch als lästige Pflichtübung betrachtet!

Herr Ministerpräsident, die Inbesitznahme des Landes durch eine Partei gefährdet auf Dauer die Freiheit.

(Zustimmung bei der CDU und bei einigen Abgeordneten der F.D.P.)

Alle Alleinregierungen stehen in der Versuchung, Parteiprogramme auch dort vollziehen zu wollen, wo sie mit Recht und Gesetz nicht in Einklang stehen. Die SPD hat in einer Reihe von Fällen bewußt aus politisch-ideologischen Gründen den Konflikt mit unserer Verfassung gesucht. Staatliche Strukturen und gesellschaftliche Grundpositionen sollten und sollen so im Sinne des wahren Sozialismus verändert werden.

Der notwendige Grundkonsens in wichtigen Fragen war Ihnen dabei schnuppe. Sie haben ihn vorsätzlich verlassen. Ich nenne hier nur das Landesrundfunkgesetz, mit dem eine Vergesellschaftung des privaten Rundfunks versucht wird.

(C) Ich nenne als weiteres Beispiel den Versuch, in Nordrhein-Westfalen die Einheitsschule durchzusetzen. Genannt werden muß in diesem Zusammenhang auch der nur für diese Legislaturperiode aufgegebene Versuch, ein kommunales Wahlrecht für Ausländer in Nordrhein-Westfalen einzuführen.

(Beifall bei der CDU)

Übrigens hat die Sozialdemokraten nicht die entgegenstehende Verfassungslage abgehalten, sondern in erster Linie wohl die Tatsache, daß die Mehrheit unserer Bevölkerung ein solches Ausländerwahlrecht ablehnt.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich nenne bewußt das veranstaltete Durcheinander, die Unordnung in der Wirtschaftsförderung, die kommunale Instanzen aushebelt und auch dort verfassungsmäßig gegebene Recht beschneidet.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich nenne schließlich den bewußt nur aus parteipolitischen Gründen aufgegebenen Grundkonsens in Fragen der Energieversorgung. Sie bereiten so quasi das Feld für mehr Planung und Gängelung.

Herr Ministerpräsident, ein Wort zu Ihrer Dialogfähigkeit: Unter all den Gruppen, mit denen Sie das Gespräch suchen - das wir auch nicht bestreiten -, meinen wir eine gewisse Feigheit vor dem Freund festmachen zu können; eine gewisse Feigheit im Umgang mit den Gewerkschaften in der Debatte mit ihnen über Zukunftsfragen.

(D) Gibt es von Ihnen die Meinungsführerschaft? Gibt es von Ihnen den Versuch, mit den Gewerkschaften zum Beispiel über die Vorschläge der Mikat-Kommission zu reden? Gibt es von Ihnen die Bereitschaft, deren Mittun einzufordern, weil wir wissen, daß die Freiheit der Tarifautonomie dort auch ein Stück Verantwortung abfordert?

(Trinius (SPD): Das müssen Sie mal Herrn Haussmann sagen.)

- Es geht nicht um Einmischung in Tarifpolitik, Herr Trinius. Es geht darum, ob wir dafür werben, daß die Tarifautonomie auch Verantwortung bedeutet

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

und daß wir dann mit den Großorganisationen das Gespräch darüber suchen, ob sie denn

(Frau Thoben (CDU))

- (A) die Zukunftsfragen schon so beantworten, wie wir sie beantworten müssen.

(Dr. Kraft (SPD): Wer glaubt denn das noch? - Zuruf des Abg. Mernizka (SPD) - Weitere Zurufe)

Nehmen wir nur einmal ein Beispiel: Die Landesregierung beruft sich doch sehr gern auf das Modell Schweden als das Modell, das Ihren Vorstellungen relativ am nächsten kommt. In Nordrhein-Westfalen gibt es 8,8 % Teilzeitarbeitsplätze. In der Bundesrepublik 13 %, 14 %, in Schweden 30 %. Wenn wir aber wissen, daß Teilzeitschäftigungen mit allen möglichen vielfältigen Formen eine der Chancen ist, nicht nur Arbeitslosigkeit zu überwinden, sondern auch Familie und Berufe zu vereinbaren - wo bleibt hier die Offensive von Ihnen?

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren! Die SPD will den Weg in den totalen SPD-Staat nach unserer Überzeugung fortsetzen. Wettbewerb, Koalitionen, Kompromisse sind nach diesem Verständnis von Übel. Grundkonsens, parteiübergreifend in wichtigen Fragen - so unsere Beobachtung -, scheint bei absoluter Mehrheit in den Augen der SPD in wichtigen Fragen entbehrlich.

- (B) Wo steht, wie denkt in solchen wichtigen Fragen der Ministerpräsident? Man weiß nie: Will er diese Entwicklung, billigt er sie, kann er sich nicht dagegen wehren? Herr Ministerpräsident, Sie werden in kaum einer landespolitisch bedeutsamen Frage mit einer eindeutigen Position in Verbindung gebracht.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Sie selber - das geben wir zu - profitieren bisher von dieser Haltung. Unserem Land schaden Sie.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Wann immer es um Neues, um Bahnbrechendes geht, hört man von Ihnen Bedenken, Bremsen, Ablehnung, Unterstreichen des Risikos. Drei Beispiele: DARA und Ihr Eiertanz, Transrapid und das Durcheinander und schließlich das jüngste Beispiel, Mobilfunk. Sind Sie jetzt dafür oder dagegen?

(Erregte Zurufe von der SPD - Dr. Farthmann (SPD): Gerade gestern wurde in der Bundesregierung noch ein gutes Beispiel dafür geliefert. Das war ein Eigentor.)

- Warten Sie ab. Und das jüngste Beispiel Mobilfunk. (C)

In Ihrer Regierungserklärung heißt es noch vor gar nicht so vielen Monaten: "Das Netzmonopol der Bundespost muß auf jeden Fall und für alle Dienste erhalten bleiben." Das haben Sie gesagt. Jetzt geht die Entwicklung anders. Wir freuen uns übrigens, daß der Zuschlag an ein nordrhein-westfälisches Unternehmen gegangen ist. Aber wir waren auch für diese Postreform, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn Sie dann merken, daß der Zug in eine andere Richtung fährt, schreiben Sie ganz schnell einen Brief an den Bundeskanzler: "Eigentlich war ich immer schon dafür."

(Lachen bei CDU und F.D.P. - Dr. Pohl (CDU): Die haben das an alle Unternehmen 'rumgeschickt.)

Unser Land braucht in solchen Fragen Führung. Es braucht einen Ministerpräsidenten, der solche Art von Verantwortung nicht scheut, der einen Streit auch öffentlich austrägt, wenn es zum Wohle unseres Landes notwendig ist und nicht immer nur, um sich irgendwo anders zu beschweren.

Für einen Moment habe ich mir einmal vorgestellt, Herr Ministerpräsident, Sie wären Bundesarbeitsminister, und Sie hätten die Reformen durchsetzen wollen, sollen. (D)

(Lachen bei der CDU - Erregte Zurufe von der SPD)

Ich glaube, sie wären bei Ihnen in weiteren zehn Jahren noch auf dem Verschiebebahnhof gelandet, auf dem sie die SPD während Ihrer Regierungsverantwortung immer gelassen hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Mutlosigkeit, Entscheidungsschwäche des Ministerpräsidenten, gepaart mit totalem Machtanspruch der Partei - nach unserer Überzeugung eine tödliche Konstellation für unser Land.

Statt solider Finanzen wird die Zukunft künftiger Generationen verspielt. Statt Vertrauen in den einzelnen wird bürokratische Gängelei durchgesetzt.

Statt der Förderung vielfältiger Begabungen wird die Einheitsschule gepredigt.

Statt Hilfe zur Selbsthilfe wird staatliche Fürsorge proklamiert.

(Frau Thoben (CDU))

- (A) Statt Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung werden die regionalen Entwicklungsmöglichkeiten durch die Landesplanung beschnitten.

Statt aktivem Schutz der Menschen und ihres Eigentums werden rechtsfreie Räume zugelassen.

Statt Strukturwandel als Chance zu begreifen, wird ideologisch an Überkommenem festgehalten.

Meine Damen und Herren! 40 Jahre real existierender Sozialismus in der DDR sind mehr als genug;

(Beifall bei der CDU)

20 Jahre SPD, davon 10 Jahre mit absoluter Mehrheit, auch!

(Langanhaltender lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P. - Minister Schwier: Das ist eine Infamie, Frau Kollegin, 40 Jahre DDR und 20 Jahre SPD!)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete.

(Minister Schwier: Ich nicht!)

Für die Fraktion der SPD spricht Herr Abg. Prof. Dr. Farthmann. Ich erteile ihm das Wort.

- (B) (Minister Schwier: 40 Jahre DDR und 20 Jahre SPD! Das bringt Frau Thoben hintereinander. - Zuruf des Abg. Doppmeier (CDU) - Minister Dr. Zöpel: Parteifreunde von Kriegsverbrechern! - Minister Heinemann: Unverschämtheit!)

Dr. Farthmann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute die letzte Haushaltsdebatte in dieser Wahlperiode. 21 Wochen vor der Landtagswahl stehen die SPD-Mehrheitsfraktion und die von ihr getragene Landesregierung besonders auf dem Prüfstand.

(Hardt (CDU): Das kann man wohl sagen!)

Aber auch die Oppositionsparteien müssen Rechenschaft ablegen und müssen glaubhaft machen, daß sie besser oder mindestens genausogut regieren können.

Die dritte Lesung ist traditionell nicht nur eine Rechenschaft über die Haushalts- und Finanzpolitik, sie ist vielmehr ein Überblick über die Gesamtpolitik und eine Debatte dazu.

Heute haben wir zum fünften Mal in dieser Wahlperiode eine dritte Lesung; und zum fünften Mal - das haben wir gerade erlebt - verzichtet die Opposition auf konstruktive Vorschläge.

(Zustimmung bei der SPD - Lachen bei der CDU - Weiss (CDU): Das ging bei Ihnen ruckzuck!)

- Herr Weiss, ich will Ihnen ja eine Antwort geben. Nennen Sie mir einen einzigen konstruktiven Vorschlag von Frau Thoben!

(Weiss (CDU): Aus Ihrer Sicht, ja!)

Herr Linssen, der eifrige Erfüllungsgehilfe von Herrn Blüm, hat in der zweiten Lesung nicht ein einziges Wort zur Lage von Nordrhein-Westfalen gesagt.

(Zustimmung bei der SPD - Weiss (CDU): Kennen Sie denn unsere Anträge?)

Frau Thoben hat das zwar getan, aber - um es einmal ganz vorsichtig auszudrücken - sie hat sich doch sehr im allgemeinen gehalten. Konkret wurde sie nur, wenn sie polemisiert hat, wenn sie persönlich den Ministerpräsidenten diffamiert hat; das ist immer dasselbe.

(Lachen bei der CDU)

Einen konstruktiven Vorschlag habe ich nicht - nicht einen einzigen - gehört!

(Zustimmung bei der SPD)

Ich wäre Ihnen dankbar, Herr Weiss - wir haben ja nachher noch Zeit -, schreiben Sie mir einen einzigen Punkt auf, zu dem Frau Thoben einen konstruktiven Vorschlag gemacht hat, wie sie es anders machen würde als die Landesregierung.

(Weiss (CDU): Herr Farthmann, lesen Sie mal die Ausschußprotokolle!)

Statt dessen haben wir jahrelang von Ihnen gehört

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

- beruhigen Sie sich wieder; Sie müssen das nämlich hören, was ich jetzt sage -, daß Sie das Land schlecht gemacht haben.

(Weiss (CDU): Was?)

Was hat es da alles für Vorhersagen gegeben!

(Weiss (CDU): Jawohl, gegenüber der Bundesregierung!)

(C)

(D)

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) Herr Biedenkopf laut "Westfälischer Rundschau" vom 28. Oktober 1981: Ministerpräsident Rau lasse "seinen eigenen Laden verrotten" und sei "nicht mehr handlungsfähig". Bernhard Worms in der zweiten Lesung des Landeshaushalts 1985: Die Politik der Landesregierung sei "der Ausdruck der politischen Mutlosigkeit, der Entscheidungsschwäche, des In-den-Tag-Hineinlebens

(Demonstrativer lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

und der Zukunftsverweigerung gegenüber der nachfolgenden Generation".

(Erneut demonstrativer lebhafter Beifall bei der CDU)

Gucken Sie, was draußen in unserem Land los ist! Im Landtagswahlkampf 1985 setzten CDU und F.D.P. auf Miesmacherei. Es gab Werbespots, in denen die Menschen mit Sack und Pack und Möbelwagen unser Land verließen. Alles Fantasiegebilde, sonst überhaupt nichts! Biedenkopf sagte: "Obwohl wir hervorragende Facharbeiter haben, obwohl wir gute Infrastrukturen haben, wandern Aktivitäten aus diesem Lande ab". Und wie immer im Negativen, die Spitze aufgesetzt wurde von Herrn Schauerte, indem er sich zu der absurden Behauptung verstieg, NRW sei zum Entwicklungsland geworden. - Die Leute aus den Entwicklungsländern rennen uns die Bude ein; so sieht das aus, Herr Schauerte!

- (B) Der Erfolg dieser Kampagne war, Sie wissen es ja alle: 1980 kandidierte Kurt Biedenkopf, gewählt wurde Johannes Rau; 1985 kandidierte Bernhard Worms, gewählt wurde Johannes Rau. Und 1990 kandidiert Norbert Blüm, gewählt wird Johannes Rau,

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU: Na, na!)

und Norbert Blüm wird sich nach Bonn zurückziehen.

(Dr. Pohl (CDU): Hochmut kommt vor dem Fall! - Doppmeier (CDU): Das ist ein praktisches Beispiel für Ihre Arroganz!)

- Sie zeigen ja, wie Sie das alles trifft; ich kann das auch verstehen. - Die Bürger belohnen Leistungen, aber nicht Sprüche. Das haben Sie doch zweimal erlebt, und das werden Sie wieder erleben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Dr. Pohl (CDU): Hochmut kommt vor dem Fall! - Mernizka (SPD): Sprüche-klopfer!)

In der Tat wollen wir gar nicht bestreiten, daß wir in Nordrhein-Westfalen schwere Jahre hinter uns haben. (C)

(Weiss (CDU): Aha!)

Nirgendwo hat in den letzten hundert Jahren eine so intensive und konzentrierte Industrieproduktion in Europa stattgefunden wie an Rhein und Ruhr. Nirgendwo sind Luft, Wasser und Boden so belastet worden wie in unserem Land. Und kein anderes Bundesland hat vergleichbare finanzielle Opfer für die Umstrukturierung der alten Industrien aufbringen müssen.

Aber wir haben nicht tatenlos zugeschaut; wir haben die Herausforderungen angenommen, der Strukturwandel ist initiiert worden.

(Arentz (CDU): Von wem?)

Nordrhein-Westfalen gestaltet sich um.

- Von Ihnen jedenfalls ganz sicher nicht.

(Beifall bei der SPD)

Das steht fest. Ganz sicher auch von der Landesregierung nicht allein - wenn Sie es wissen wollen. Natürlich wissen wir, daß die weltwirtschaftliche Entwicklung,

(Doppmeier (CDU): Die weltwirtschaftliche?)

auch die Konjunkturentwicklung in der Bundesrepublik, dazukommen mußten. Das Entscheidende aber ist: Was die Politik nur kann und soll, ist, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Genau das hat sie getan. (D)

(Beifall bei der SPD - Widerspruch von der CDU - Doppmeier (CDU): Genau das hat Bonn gemacht!)

Meine Damen und Herren! Unsere Wirtschaft wird moderner, sie wird vielfältiger und erreicht ein höheres technisches Niveau. Der Strukturwandel geht - und darauf sind wir besonders stolz - sozialverträglich vonstatten. Die Devise der Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten nach der letzten Landtagswahl: ökologische und ökonomische Erneuerung des Landes. Genau das ist geschehen.

Meine Damen und Herren von der CDU! Gegen Ihre Sprüche, die ich vorhin zitiert habe, und die Sie heute noch einmal in aller Lächerlichkeit beklatscht haben, sage ich:

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) Nordrhein-Westfalen ist heute eine Zukunftswerkstatt für neue Technologien.

(Beifall bei der SPD)

Nordrhein-Westfalen ist kein Schrotthaufen und kein Entwicklungsland, sondern eine Entwicklungswerkstatt für Zukunftstechnologien. So sieht das aus! Wir haben heute ein landesweites Netz von Technologiezentren in unserem Lande - man kriegt das gar nicht mit: Als ich das Material kriegte, waren es 21, heute morgen sind es schon 25 -, und wir haben 22 Technologietransferstellen. All das hat das Land initiiert oder unterstützt. Das Ergebnis unserer Anstrengungen: Alle Zahlen belegen, daß der Aufbruch aus eigener Kraft gelungen ist.

(Beifall bei der SPD)

Nordrhein-Westfalen bleibt das wirtschaftliche Herz der Bundesrepublik, es bleibt die Drehscheibe im europäischen Binnenmarkt. Nordrhein-Westfalen liegt mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 3,4 % inzwischen gleichauf mit dem Bundesdurchschnitt. Die Industrieproduktion in Nordrhein-Westfalen hat sich um 4,2 % gesteigert, im Bundesdurchschnitt waren es 3,9 %. Die Arbeitsproduktivität hat sich in Nordrhein-Westfalen um 3 % gesteigert, im Bundesdurchschnitt waren es 2,9 %. In diesen beiden Fällen liegen wir deutlich über dem Bundesdurchschnitt, beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen liegen wir mit 83 180 DM auf Platz zwei der Flächenländer, deutlich vor Bayern und Baden-Württemberg.

(B)

(Leifert (CDU)): Wie viele Jahre waren sie denn unter dem Bundesdurchschnitt?)

Nordrhein-Westfalen bleibt mit einem Anteil von 29 % an den Ausfuhren der Bundesrepublik das exportstärkste Bundesland.

- Sie als Landwirt, Herr Leifert, können das vielleicht nicht so genau wissen: Daß wir unter dem Bundesdurchschnitt lagen, lag natürlich daran, daß die Montanindustrie Rückstände hatte. Der Witz ist doch, daß wir trotz dieser Lasten aufgeholt haben und den Bundesdurchschnitt inzwischen überholt haben.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch von der CDU)

Sie können das alles miesmachen, soviel Sie wollen. Entgegen allen Ihren Vorhersagen kennzeichnen Unternehmensneugründungen

- und neue Arbeitsplätze die wirtschaftliche Dynamik in unserem Lande. (C)

(Beifall bei der SPD)

Arbeitgeberpräsident Johann Kirchhoff hat gesagt: "Die Bilanz des abgelaufenen Jahres ist gut." Dem können wir uns nur anschließen.

Unternehmensneugründungen sind überdurchschnittlich zu verzeichnen: Seit 1987 sind in unserem Lande per Saldo 55 000 neue Unternehmen gegründet worden. Nordrhein-Westfalen ist ein attraktiver Standort für ausländische Investoren. Alps-Electric aus Japan hat sich in Dortmund und in Düsseldorf, Okuma-Werkzeugmaschinen aus Japan haben sich in Krefeld angesiedelt, ein Forschungszentrum der japanischen Mitsubishi Electric Corporation gibt es in Ratingen, und Prime-Computer aus Japan werden im Technologiezentrum in Dortmund hergestellt. Allein dieses Jahr haben wir die Neugründungen von Goldstar aus Südkorea in Willich, Kawai-Musikinstrumente aus Japan in Krefeld, Toyota in Köln, die Unterhaltungselektronikhersteller Toshiba aus Japan und Philips aus den Niederlanden an verschiedenen Standorten in unserem Land, und gerade vorgestern ist der Vertrag zur Ansiedlung von Mitsubishi in Alsdorf unterzeichnet worden. Das ist die größte japanische Investition auf dem europäischen Kontinent.

(Beifall bei der SPD)

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(D)

Nordrhein-Westfalen setzt auf Zukunftstechnologien. Ich sage aber ganz deutlich, weil wir da eine Vergangenheit hinter uns haben: Die Kernenergie gehört für uns nicht zu den Zukunftstechnologien.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb wird Energie bei uns so gut wie nicht aus Kernkraft gewonnen. Der Anteil der Kernenergie an der öffentlichen Stromerzeugung liegt in Nordrhein-Westfalen bei 4 %, im Bundesgebiet bei 39 %.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Was haben wir uns namentlich von Frau Thoben, aber auch von anderen Vertretern der Opposition, an Polemik und Diffamierung allein zur Kernenergienutzung im Landtag anhören müssen?

(Zustimmung von der SPD)

Heute sind wir heilfroh, daß der Schnelle Brüter in Kalkar nicht ans Netz gegangen ist

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) und nicht mehr ans Netz gehen wird. Das haben wir nie gewollt, daraus habe ich nie einen Hehl gemacht.

(Zuruf der Frau Thoben (CDU))

Die ganze Welt, sogar Frankreich, das jahrelang vorn war, nimmt Abschied von der Brütertechnologie.

(Zuruf der Frau Thoben (CDU))

Sie aber haben es nicht geglaubt.

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter!

Dr. Farthmann (SPD): Der THTR 300 in Hamm-Uentrop ist von der Wirtschaft selbst aufgegeben worden.

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter!

Dr. Farthmann (SPD): Wer erinnert sich nicht daran, daß Frau Thoben am liebsten hier im Landtag Verkaufsverhandlungen über den THTR 300 geführt hätte - so schnell sollte alles gehen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Thoben?

- (B) Dr. Farthmann (SPD): Ich möchte gern den Gedanken zu Ende führen, dann gern, Frau Thoben.

Präsident Denzer: Das ist Ihr gutes Recht.

Dr. Farthmann (SPD): Ich wollte Ihnen noch sagen: Die Wiederaufarbeitungsanlage ist ja Gegenstand heftigen Streits gewesen. Wer erinnert sich noch daran, daß ein Brief des Ministerpräsidenten an die SPD in Bayern, in dem Bedenken geltend gemacht wurden, herausgezerrt werden sollte? Inzwischen hat die Wirtschaft die Wiederaufarbeitungsanlage sang- und klanglos beerdigt und ihr ade gesagt. Wie gut war es, daß wir im Interesse unserer Bürger in diesem Punkt nicht auf Sie gehört haben!

(Beifall bei der SPD)

Die Opposition hat sich in allem geirrt. Sie hat immer aufs falsche Pferd gesetzt. Alle ihre Horrorvisionen sind von der Wirklichkeit widerlegt worden, der Kurs der Landesregierung und der Landespolitik ist glänzend bestätigt.

(Beifall bei der SPD - Dr. Farthmann gibt Frau Thoben zu verstehen, daß sie ihre Zwischenfrage stellen kann.)

- (C) - Wenn Sie das Interesse verloren haben, Frau Thoben, was ich verstehen kann, kann ich fortfahren.

(Heiterkeit bei der SPD)

Was für eine Sprachverwirrung ist von der Opposition in der Schulpolitik angerichtet wurden! Frau Thoben hat soeben ein weiteres Stück dazu beigetragen. Der Bürgermeister von Neuss in meinem Wahlkreis, der ein CDU-Mann ist - ein honorierter Mann -, sagt mir in allem Ernst in einem Brief, durchaus freundschaftlich: Herr Farthmann, aber es ist doch nicht zu bestreiten, daß die SPD das gegliederte Schulsystem beseitigen und die Gesamtschule zur alleinigen Regelschule machen will.

(Zustimmung bei Abg. Schauerte (CDU))

Da habe ich ihm gesagt: Sie werden offensichtlich von Ihrer eigenen Partei ständig falsch informiert und hinters Licht geführt. - So ist das!

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Das ist das, was Herr Reul anrichtet: daß draußen die Bürger und die Repräsentanten vor Ort nicht mehr wissen, wie sie in politischen Diskussionen bestehen sollen, weil sie falsch informiert werden.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe der Abg. Reul und Dr. Posdorf (CDU))

(D) Offensichtlich falsch informiert aus Gründen der parteipolitischen Agitation, Herr Reul!

(Zurufe von der SPD: Reul, Reul!)

Ich erkläre hier zum wiederholten Mal: Die SPD in Nordrhein-Westfalen will die Gesamtschule als weiteres, zusätzliches Angebot, und ausschließlich der Elternwille entscheidet, welche Kinder zu welchen Schulen gehen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Zumindest ab jetzt handelt jeder böswillig, der etwas anderes behauptet,

(Zustimmung bei der SPD)

und er handelt wider besseres Wissen!

(Dr. Pohl (CDU): Und was war mit den Schulfriedensgesetz, Herr Farthmann? Da sind Sie zurückgepiffen wurden!)

- Ich weiß nicht, was Sie jetzt so Wichtiges zum Ausdruck bringen wollen, Herr Pohl. -

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) Natürlich gibt es bei uns in der Partei abweichende Meinungen. Wir sind ja auch eine lebendige Partei, und das hat uns auch überhaupt nicht geschadet.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

Aber die Beschlüsse der Partei, die Verkündigungen der Landesregierung, die Beschlüsse unserer Fraktion sind absolut eindeutig.

(Beifall bei der SPD)

Dann gibt es ja noch ein schönes Beispiel; da gibt es ein Schulpapier von der CDU in der Machart von Herrn Reul. Auf der Seite 8 wird uns in der Überschrift unterstellt: "Der Elternwille als Störenfried". Auf der Seite 11 heißt es wörtlich: "Am Ende steht die Einheitsschule als politische Kaderschmiede." Und auf der Seite 12 heißt es: "Das Ziel ist die sozialistische Einheitsschule."

(Lachen bei der SPD)

In einem anderen Papier von Herrn Reul - ich weiß nicht genau, wie die zusammengehören, ob das Ergänzungen oder Kommentierungen sind -

(Reul (CDU): Ganz lesen, nicht nur diese Zitate!)

- (B) vom 4. Dezember wird dann der Bogen von der Einheitsschule zur Einheitspartei in der DDR geschlagen.

(Pfui! bei der SPD)

Das ist genauso unanständig wie das, Frau Thoben, was Sie da gerade gesagt haben - was ich nicht so ganz richtig mitbekommen habe - mit den 40 Jahren SED, mit uns in Verbindung zu bringen. Das ist aber nicht nur unanständig, Herr Reul, sondern das ist das mieseste Gebräu, was ich an politischem Papier in den letzten Jahren gelesen habe!

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Man fragt sich wirklich, ob man über die politische Torheit oder die politische Hinterhältigkeit mehr aufgebracht sein soll.

(Erneut lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Das hat mit demokratischer Auseinandersetzung unter streitenden Parteien nichts mehr zu tun.

(Zustimmung bei der SPD)

- (C) Leider gibt es auch Zeitungen, die das oder Auszüge daraus als ernstzunehmendes Papier abdrucken. Ich kann nur sagen: Das ist nichts als politische Diffamierung;

(Zustimmung bei der SPD)

das ist auch nicht einmal mehr parteipolitischer Kampf - den die Zeitungen ja sonst aus guten Gründen auch nicht übernehmen -, sondern das ist nichts als politische Diffamierung. Was sind das für armselige politische Eiferer, die sich nicht auseinandersetzen können mit den tatsächlichen Streitpositionen, die wir haben,

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf des Abg. Reul (CDU))

sondern die sich nur mit selbstgebastelten Fiktionen beschäftigen! Was sind das für armselige politische Eiferer!

(Sehr richtig! und Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir möchten gerne streiten, auch in der Schulpolitik - ich bin da persönlich sehr kritisch -

(Reul (CDU): Kennen Sie das Papier überhaupt?)

wir möchten gerne streiten über die politischen Positionen, die wir haben,

- (D) (Schultz-Tornau (F.D.P.): Streiten Sie mit Herrn Dammeyer!)

und wir möchten auch gerne daraus etwas lernen. Aber mir ist die Zeit dafür zu schade, sich mit Scheinpositionen zu beschäftigen. Das Schlimme ist nur, daß Sie das Gift in die Herzen und in die Ohren der Bürger träufeln; das ist das Schlimme!

(Zustimmung bei der SPD - Reul (CDU): Sehen Sie sich das Papier mal an!)

Eine Opposition, die sich nicht mit tatsächlichen Alternativen beschäftigt, verfehlt ihre Aufgabe.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sie ist nicht nur zur Regierung nicht geeignet, sie verfehlt auch ihre Aufgabe als Opposition.

Dann will ich auch nicht versäumen, aus einem anderen, in der Nähe liegenden Bereich etwas zu erwähnen, nämlich aus der Hochschulpolitik. Ich weiß nicht, wer den neuen

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) "Spiegel" schon gelesen hat - da gibt es einen umfangreichen Report darüber, wie die Studenten die Universitäten in der Bundesrepublik einschätzen. Das ist selbstverständlich keine Äußerung über Forschungskompetenz und über die Qualität der Lehrveranstaltungen.

(Dr. Posdorf (CDU): Ja!)

- Aber entschuldigen Sie, daß schließt sich doch nicht aus! Dies ist eine Frage der Beliebtheit bei den Studenten; wir wollen ja wohl nicht über die Köpfe hinwegreden. Daß Sie das in Bochum tun, kann ich mir vielleicht vorstellen;

(Dr. Posdorf (CDU): Dummes Zeug!
- Zuruf des Abg. Dr. Fischer (CDU))

aber wir wollen das nicht.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen kann ich nur sagen: Das Ergebnis, das der "Spiegel" durch Umfragen festgestellt hat, ist außerordentlich positiv für Nordrhein-Westfalen. Unter den ersten 15 von 51 Hochschulen sind 6 aus Nordrhein-Westfalen, darunter die Gesamthochschule Siegen auf Platz 1,

(Mernizka (SPD): Dafür hat die CDU noch nie etwas getan; das haben wir alles alleine gemacht!)

- (B) die Gesamthochschule Paderborn auf Platz 3, die Uni Bielefeld auf Platz 5, die Uni Wuppertal auf Platz 9 und die Uni Düsseldorf auf Platz 11.

Unter den ersten 25 sind 8 aus Nordrhein-Westfalen, nämlich zusätzlich zu den eben genannten noch die Uni Köln auf dem 17. und die Gesamthochschule Duisburg auf dem 21. Platz.

Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Es hat sich gelohnt, was wir an Hochschulpolitik gemacht haben.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Dr. Posdorf (CDU))

Es hat sich doch gelohnt! Es gab bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs im Ruhrgebiet nicht eine einzige Hochschule,

(Zuruf des Abg. Dr. Posdorf (CDU))

weil Kaiser Wilhelm noch gesagt hatte - der hatte einen fast so schönen Bart wie Sie, Herr Posdorf, aber er schrie nicht so viel! -:

(Beifall bei der SPD - Heiterkeit)

"Im Ruhrgebiet wird nicht studiert, da wird malocht." Und heute ist das Ruhrgebiet die dichteste Hochschullandschaft, die es in Europa gibt. Eine Universität dort ist noch unter Ihrer Regierung entstanden, alle anderen zu unserer Zeit.

Das ist doch ein erfreuliches Ergebnis, das man den Bürgern sagen soll, und daß sich die Studenten und deren Eltern darüber freuen - das zu sagen, ist doch wohl unser gutes Recht. Das wollte ich hier gern tun.

(Dr. Posdorf (CDU): Andere Seiten gibt es nicht?)

Meine Damen und Herren, das beherrschende Thema sind natürlich in diesen Wochen und Monaten - das hat ja auch Frau Thoben angesprochen - die Vorgänge in Zentral-europa, d. h. in den beiden deutschen Staaten. Bisher habe ich von der CDU zu diesem wichtigen Thema, jedenfalls hier im Landtag, nur zwei Punkte gehört, die immer wieder durch die Gebetsmühlen gedreht werden: nämlich erstens dies, daß die Deutschlandpolitik der SPD gescheitert sei, zweitens, daß der Sozialismus insgesamt gescheitert sei.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Dieselben Touren reiten Sie heute auch. Sie werden gleich noch Ihren Spaß daran bekommen; davon bin ich fest überzeugt.

Deswegen will ich zu diesen beiden Punkten gern einige Bemerkungen machen. Wenn Sie sagen, unsere Deutschlandpolitik sei gescheitert, dann sollten Sie sich zunächst Gedanken darüber machen, was denn eigentlich das Substrat der Deutschlandpolitik der SPD war. Ich kann mir nicht denken, daß Sie sich das vergegenwärtigt haben; sonst könnten Sie nicht alles das sagen, was Sie hier abgelassen haben. Unsere These war: Wandel durch Annäherung. - Wir wollten einen Wandel der dortigen Lebensverhältnisse erreichen, indem wir in Verhandlungen mit den dortigen Machthabern traten und uns deswegen annähernten. Es ist richtig, was Sie gesagt haben: daß dadurch ein gewisses Stück Legitimation der undemokratischen Unrechtsherrschaft in der Tat erreicht worden ist. Das haben wir absichtlich in Kauf genommen, weil nur so eine Auflockerung herbeigeführt werden konnte, und wir wußten

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) auch, daß damit ein Stück Destabilisierung des Regimes drüben eingeleitet wurde und eingeleitet werden sollte. Genau das war unsere Politik.

(Beifall bei der SPD - Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, diese Politik, die ich gerade gekennzeichnet habe, ist nicht gescheitert, sondern sie ist in vollem Umfang in atemberaubendem Tempo bestätigt worden.

(Beifall bei der SPD)

Die meisten Menschen erinnern sich doch gar nicht mehr an das Feindbilddenken, das die Welt vor 20 Jahren noch beherrschte. Die Menschen drüben, von Rußland bis zur DDR, sind doch in Schach gehalten worden mit der Drohung des Krieges und des imperialistischen Dranges des Westens. Das war nur möglich, solange wir den Gegenbeweis nicht antraten. Genau das ist durch die Öffnung der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition eingetreten, und erst seitdem haben wir ein anderes Denken, und das krasse, eisige Feindbild hat begonnen, sich aufzulösen. Die "Willy, Willy"-Rufe am 19. März 1970 in Erfurt - meine Damen und Herren, ich habe das beim vorigen Mal schon gesagt - waren die erste Station dessen, was sich heute in der DDR ereignet. Daran führt kein Weg vorbei.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

- (B) Die Ostverträge und der sogenannte KSZE-Prozeß, also die Schlußakte von Helsinki, waren die nächsten Schritte, die das möglich gemacht haben. Und, meine Damen und Herren, zu Helsinki gibt es seit gestern ja einen sehr unverdächtigen Zeugen. Ich darf Ihnen einmal vorlesen, was die "Frankfurter Allgemeine", mein "Leib- und Magenblatt", in ihrer gestrigen Ausgabe im Leitartikel berichtet:

Der amerikanische Außenminister Baker nannte es einen ganz großen Erfolg der KSZE-Politik, daß die DDR ihre Verpflichtung zur Gewährleistung der Reisefreiheit erfüllen wolle. Das dynamische Konzept des KSZE-Prozesses habe die Oberhand gewonnen. Wenn auch die Regierungen in den Ländern Ost-europas die Verpflichtungen zur Einhaltung der Menschenrechte nach der Helsinki-Akte 1975 nicht in allen Fällen ernst genommen hätten, so habe das die Bevölkerung nunmehr getan. Der KSZE-Prozeß könne zum wichtigsten Forum der Zusammenarbeit zwischen Ost und West werden.

So, nun stelle ich an Sie die Frage: Wer hat denn den KSZE-Prozeß in der Bundesrepublik herbeigeführt? - Das war die Bundesregierung der sozialliberalen Koalition. Und wer war denn dagegen?

(C)

(Zurufe von allen Fraktionen)

Und wer denn dagegen? - Das waren italienische Neofaschisten, das waren die Hodscha-Kommunisten in Albanien, und das war die CDU/CSU-Fraktion.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Hier ist von höchster und unverdächtigster Autorität, nämlich von dem amerikanischen Außenminister Baker, die Schlüsselrolle bestätigt worden, die der KSZE-Prozeß für die jetzt dort herrschenden Verhältnisse gespielt hat. Das zeigt, daß wir nichts zu korrigieren haben, sondern daß unsere Politik, daß unsere Deutschlandpolitik Voraussetzungen für das geschaffen hat, was die Menschen heute dort an Freiheit genießen können.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Politik war eine der Voraussetzungen für die jetzt eingetretene Entwicklung.

Und nun, meine Damen und Herren, zu der Vereinbarung zwischen SED und SPD! Da tönen Herr Linssen und Herr Rühle, das "Schandpapier" müsse weg, und Frau Thoben hat sich heute ähnlich geäußert. Ich habe bereits in einem Zwischenruf zum Ausdruck gebracht - ich weiß nicht, ob Sie ihn haben hören können, Frau Thoben -: Ich fürchte nur, es stimmt bei Ihnen offensichtlich wie bei Blüm und Linssen und Rühle: daß Sie es überhaupt nicht gelesen haben. Wer von "Schandpapier" redet, der kann dieses Papier überhaupt nicht gelesen haben, oder er handelt wider besseres Wissen.

(D)

(Zurufe von der SPD)

Ich will Ihnen nur einige Kostproben daraus geben.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

In dem Papier steht wörtlich - -

(Erneut Zurufe von der CDU)

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) - Dann hören Sie auch einmal etwas davon; daß Sie das nicht kennen, habe ich ohnehin unterstellt.

(Heiterkeit bei der SPD - Zurufe von der CDU)

In dem Papier steht:

Frieden, Beendigung des Wettrüstens, Entspannung liegen im Interesse beider Systeme, aller Staaten und aller Völker.

Ist es ein Schandpapier, so etwas zu sagen?

(Zuruf von der CDU)

Es heißt weiter:

Die Beziehungen zwischen den beiden Systemen

- also zwischen der Bundesrepublik und der DDR -

sind durch entgegengesetzte Interessen charakterisiert.

Ist das verkehrt?

Weiter heißt es:

Sozialdemokraten und Kommunisten leben seit sieben Jahrzehnten in bitterem Streit.

- (B) (Zuruf von der SPD: Haben die noch nicht begriffen!)

Ist das nicht genau die Beschreibung dessen, was wir haben?

(Zurufe von der SPD)

Und sodann heißt es:

Es wäre niemandem damit gedient, wenn die Gegensätze verwischt würden.

Darin steht genau das, was wir immer gesagt haben: Wir wollen, wir müssen mit euch verhandeln. Wir tun das, wir suchen nach einem Weg, um diese Verhandlungen zu ermöglichen. Aber das, was ihr falsch macht, was wir für falsch und unmenschlich halten, wird genau als das bezeichnet, was es ist.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wer das nicht erkennen will, dem geht es um politische Diffamierung und nicht um Wahrheitsfindung durch Diskussion.

(Zustimmung bei der SPD)

Daß es vielen von Ihnen nicht in den Kram paßt, weiß ich wohl. (C)

Meine Damen und Herren, heute ist das Papier - das will ich gern zugeben - natürlich weitgehend erledigt. Es ist sozusagen durch die Entwicklung überholt worden. Aber es hat jahrelang hervorragende Dienste geleistet. Und wenn sich nur zehn Bürger aus der DDR darauf hätten berufen können und dadurch ihre Freiheit erhalten hätten, dann hätte es seinen Zweck wahrlich schon erfüllt.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen aber, daß es nicht nur zehn Bürgern geholfen hat, sondern erheblich mehr, daß es damit auch ein Beitrag war, demokratische Prozesse drüben hoffähig zu machen.

Genossinnen und Genossen, Entschuldigung: meine Damen und Herren - -

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P. - Doppmeier (CDU): Das mit den Genossen ist auch bald vorbei!)

- Ja, entschuldigen Sie; das hätte ich Ihnen auch nicht gern zugemutet.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben nichts zurückzunehmen, und wir haben auch nichts zu bereuen, auch nicht das, was die bisherigen Kontakte angeht. (D)

(Doppmeier (CDU): Na, na!))

Denn wer war es denn, der den roten Teppich vor Honecker ausgerollt hat? Das war der Bundeskanzler Kohl. Und wer ist denn mit Honecker zur Jagd gegangen? Das war der CSU-Ministerpräsident Strauß. So ist das!

(Zustimmung bei der SPD - Fortgesetzt Zurufe von der CDU)

- Ich weiß nicht, was Sie da jetzt zu brüllen haben.

(Weitere Zurufe von der CDU - Unruhe - Glocke des Präsidenten - Weitere Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

Daß Sie keinen Versuch der Diffamierung auslassen würden, habe ich wohl erwartet. Ich kann Ihnen nur sagen: Derjenige von Ihnen, der das einmal behauptet hat, war so

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) anständig, sich dafür zu entschuldigen, was ich von Ihnen jetzt gar nicht erwartete.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Doppmeier (CDU) - Weitere Zurufe von der CDU)

- Das kann ich Ihnen genau sagen: Da, wo der kleine Bürger dort auch jagt, nämlich bei den - -

(Gelächter bei der CDU - Doppmeier (CDU): Jetzt nennen Sie doch die Gebiete, in denen Sie gejagt haben, und nennen Sie bitte auch, wer Sie eingeladen hat!)

- Meine Damen und Herren, um das zu klären: Ich bin eingeladen gewesen von einer normalen Jagdgesellschaft, wie das flächen-deckend für jeden Bürger in der DDR üblich ist, und dort habe ich gejagt,

(Lachen bei der CDU)

in keinem privilegierten, in keinem eingefriedeten Gebiet, in keiner Prominentenjagd und in keinem Jagdhaus.

(Zurufe von der CDU - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn Sie Spaß daran haben - das ist ja Ihre Methode, andere persönlich zu verunglimpfen - ,

- (B) (Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

dann tun Sie das. Ich habe da überhaupt nichts zu verbergen.

Nun, meine Damen und Herren, zu dem Zweiten!

(Zuruf des Abg. Kuhl (F.D.P.) - Weitere Zurufe von der F.D.P und CDU)

- Lassen Sie doch Ihre unqualifizierten Äußerungen, Herr Kuhl! Sie verschlimmern es doch nur noch, für sich und für die, die da so laut schreien. Daß Sie das Gespür dafür nicht haben, tut mir wirklich leid.

(Beifall bei der SPD)

Als zweites wollte ich sagen: Die Oppositionsparteien versuchen ja, wegen der Gleichheit des Begriffs "Sozialismus" den Kommunismus stalinistischer Prägung und den demokratischen Sozialismus der SPD in einen Topf zu werfen. Ziel: Diskreditierung der Sozialdemokratie. Meine Damen und Herren, interessant ist es ja nun, daß das gleiche

(C) schon vor einigen Jahren, nur auf der anderen Seite des Spektrums, Edmund Stoiber - er ist jetzt wohl der bayerische Innenminister - versucht hat. Er verstieg sich ja dazu - das will ich gern noch einmal in Erinnerung rufen -, die Sozialdemokratie in Verbindung mit dem Nazismus zu bringen. Wörtlich hat Herr Stoiber gesagt: "Wir haben in der Vergangenheit nicht deutlich gemacht, daß Nationalsozialisten in erster Linie Sozialisten waren." So ist das mit dem Begriff "Sozialismus", Frau Thoben, mit dem Sie so leichtfertig umgehen, wobei Sie offenbar nicht wissen, was sich dahinter verbirgt. Ich sage dazu gleich noch etwas.

Das hat damals zu Recht Empörung hervorgerufen. Jetzt versucht man, uns mit den Antidemokraten von dem anderen Extrem in einen Topf zu werfen, und das zeigt doch die ganze Absurdität dieser Vorwürfe. Das kann ja wohl nicht sein, daß wir sozusagen in beide Richtungen zu drängen sind.

Und nun, meine Damen und Herren, muß ich auch einmal etwas ganz Ernstes sagen. Keine andere politische Gruppe hat so viele Opfer an Leib und Leben ihrer Mitglieder für die Erkämpfung und die Erhaltung des demokratischen Rechtsstaats gebracht wie die SPD.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Daran führt kein Weg vorbei. Deshalb, meine Damen und Herren, brauchen wir keine Belehrung in Sachen Demokratie, von welcher Seite auch immer, und wir verbitten uns das von Ihnen, Frau Thoben.

(D)

(Erneut lebhafter Beifall bei der SPD)

Wenn Nazis oder Kommunisten den Begriff des Sozialismus mißbrauchen, dann ist das kein Argument gegen den Sozialismus.

(Zuruf des Abg. Doppmeier (CDU))

Rechtsradikale werden ja auch nicht dadurch zu Demokraten, daß sie sich neuerdings Republikaner nennen.

(Allgemeine Zustimmung)

Diese Republikaner haben mit den Republikanern der amerikanischen Revolution, mit den Republikanischen Clubs der Studentenbewegung und mit den republikanischen Reden eines Mannes wie Walter Jens nichts zu tun und nichts gemeinsam.

(Erneut allgemeine Zustimmung)

Der Sozialismus, den die SPD anstrebt, ist von der Demokratie nicht zu trennen.

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) Sozialismus in diesem Sinne ist eine - daran können auch Sie nichts ändern; wenn Sie es nicht wissen, müssen Sie es einmal nachlesen - der großen Freiheitsideen und -visionen der abendländischen Kultur und der Aufklärung. Er fasziniert Millionen Menschen in aller Welt und hat es immer getan.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Doppmeier (CDU))

Ich kann Ihnen versichern, meine Damen und Herren: Der demokratische Sozialismus ist nicht tot.

(Zuruf rechts: Tote Hose!)

Aber:

Der Kapitalismus ist zusammengebrochen.

(Zurufe von der CDU)

Wir sind die letzten, die ihm eine Träne nachweinen. Eine neue Zeit bricht an. Sie trägt sozialistisches Gepräge.

Ich will es noch einmal vorlesen, damit Sie es genau hören:

Der Kapitalismus ist zusammengebrochen. Wir sind die letzten, die ihm eine Träne nachweinen. Eine neue Zeit bricht an. Sie trägt sozialistisches Gepräge.

- (B) Das, meine Damen und Herren, war ein wörtliches Zitat, aber nicht von mir, auch nicht von denen, die den Sozialismus jetzt so verleumden, sondern es stammt aus dem Kommunalwahlkampf der Dortmunder CDU vom 11. Oktober 1946,

(Lachen bei der CDU)

und wurde auch von Theodor Blank unterzeichnet.

(Fortgesetztes Lachen bei der CDU)

So ist das mit dem Sozialismus!

(Lachen bei der CDU)

Und Karl Arnold hätte nie das törichte Gerede eines Herrn Linssen gebilligt; denn für Karl Arnold war die CDU noch, wörtlich zitiert, der "Fackelträger eines christlichen Sozialismus". So sieht das aus!

Die CDU will das heute nicht mehr wissen. Das ist ja auch ihr gutes Recht; aber sie soll gefälligst nicht diejenigen diffamieren und mit Antidemokraten auf der ganzen Welt in einen

Topf werfen, die das vertreten, was einst in der Stunde Null auf ihren eigenen Fahnen stand. (C)

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten halten jedenfalls an unseren Idealen fest. Wir halten auch an der Erklärung der Sozialistischen Internationale von 1951 fest, in der es wörtlich hieß:

Es gibt keinen Sozialismus ohne Freiheit. Der Sozialismus kann nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie nur durch den Sozialismus vollendet werden.

(Doppmeier (CDU): Das ist genau falsch!)

- Daß Sie das nicht glauben, das verstehe ich ja; aber wir glauben das. Wir sind davon überzeugt, und die Entwicklung auf der Welt hat uns bestätigt.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen keine Ausbeuterdemokratie, die auch eine Demokratie ist und die es auch gegeben hat und heute noch gibt. Wir wollen die dynamischen Kräfte des Wettbewerbs und des Marktes; aber wir wollen, daß die für die soziale Sicherung, den Schutz der Umwelt und den Verbraucherschutz blinde Macht des Marktes durch Maßnahmen der Politik korrigiert wird. (D)

(Beifall bei der SPD)

Das ist unser Bild vom demokratischen Sozialismus. Das ist Sozialdemokratie!

(Doppmeier (CDU): Das hat doch mit Sozialismus nichts zu tun!)

Dabei bleibt es für die SPD. Jeder, der den Menschen anderes einreden will, verleumdet uns.

Bei allem Eifer, parteipolitisches Kapital aus der deutschen Frage zu schlagen - das ist ja die Absicht, die dahintersteckt -, sollten Sie, meine Damen und Herren von der CDU, beherzigen, was gestern abend der Bundespräsident im DDR-Fernsehen gesagt hat.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Prof. Farthmann, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Doppmeier?

(A) Dr. Farthmann (SPD): Meine Damen und Herren! Der Bundespräsident gehört ja wohl der CDU an, obwohl man es kaum noch merkt, wenn man sich die Zitate vor Augen führt.

(Minister Schwier: Das liegt aber an der CDU!)

Er gehört der CDU inzwischen nicht mehr an; aber er hat ihr angehört. Als Bundespräsident darf er ja wohl nicht mehr Parteimitglied sein.

Der Bundespräsident hat also gesagt - ich zitiere wörtlich mit Genehmigung des Präsidenten -:

Aber niemand sollte die Entwicklung in der DDR für seine hiesigen Zwecke, sei es der Parteien, sei es der Publizistik, instrumentalisieren. Niemand sollte von hier aus anheizen.

(Weiss (CDU): Und der nächste Satz!)

- Den kann ich Ihnen gern vorlesen:

Ich denke, auch wir haben zu lernen, wie sich dieser Prozeß weiter vollzieht, und ich glaube, wir tun es auch,

(Weiss (CDU): Und wir tun es auch!)

(B) also mitdenken und mitberaten, aber nicht vorgeben und schon gar nicht bevorzugen.

Das ist genau das, was ich Ihnen am liebsten auch gesagt hätte!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Zu diesem Interview hat der Kommentator, Heiko Engelkes, gestern abend in den "Tagesthemen" folgendes wörtlich gesagt:

Seine Mahnung richtet von Weizsäcker nicht nur an die DDR, sondern vor allem an bestimmte politische Kräfte in der Bundesrepublik.

Weiter wörtlich:

offensichtlich angewidert vom Eifer, mit dem hierzulande seine eigenen Freunde, CDU und auch CSU, sowie die mit ihnen verbundenen Medienorgane samt Helfershelfern ins nationale Horn stoßen.

(Beifall bei der SPD - Minister Heinemann: Sehr gut!)

Wörtlich weiter Heiko Engelkes:

(C)

Das ist ein Fußtritt für all jene, die schon jetzt beginnen, mit dem Thema "Wiedervereinigung" Wahlkampf zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann nur sagen: Schreiben Sie sich das hinter die Ohren; dann haben wir hier eine bessere Auseinandersetzung über die Deutschlandpolitik, als wir sie bisher gehabt haben.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Farthmann, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Doppmeier?

Dr. Farthmann (SPD): Nein, Herr Doppmeier wirft mich nur gedanklich zurück; das bringt nichts.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das kenne ich ja alles.

Was unser Standpunkt zur Deutschlandpolitik und zur gegenwärtigen Entwicklung ist, habe ich in meinem Beitrag zur Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten am 15. November dargestellt. Dabei bleibt es auch aus heutiger Sicht.

Allerdings läßt sich nach meiner Meinung die Hilfe für die Wirtschaft der DDR in einem Punkt gegenüber dem 15. November weiterführen. Ich möchte den Gedanken gern noch vortragen.

(D)

Wer den Bürgern in der DDR real und wirksam helfen und die Wirtschaft einen Aufschwung nehmen lassen will, der sollte nicht in erster Linie über Kredite oder dergleichen reden. Das hilft nämlich auf die Dauer überhaupt nicht. Und Almosen können ja auch nur eine begrenzte Wirkung haben.

(Dr. Rohde (F.D.P.): ... zurückzahlen!)

Das Wichtigste ist, daß die DDR eine konvertierbare Währung bekommt, daß sie einen Wechselkurs kriegt, für den die DDR auch draußen in der Welt kaufen kann.

Wo dieser Wechselkurs liegen muß, kann ich nicht beurteilen. Nach meiner Meinung kann er natürlich nicht bei 1 : 1 liegen. Das war eine reine Fiktion.

(Weiss (CDU): Sind das Ratschläge?)

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) Aber ich glaube, er braucht auch nicht bei 10 : 1 zu liegen. Entscheidend ist jedoch, daß wir einen festen Wechselkurs bekommen.

(Doppmeier (CDU): Sind das jetzt Rat-schläge?)

- Lassen Sie doch diesen billigen Unfug! Denken Sie lieber einmal nach!

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich meine, wir hätten dazu eine gute Möglichkeit. Dabei will ich Ihnen sagen, was ich auch nicht gewußt habe - und ich nehme an, daß es viele hier auch gar nicht wissen -: Seit über 30 Jahren gibt es einen absolut festen Wechselkurs zwischen der Bundesrepublik und Österreich, unabhängig von den Schwankungen der Wechselkurse in der Welt. Das geht aber nur bei einem festen Wechselkurs von 1 : 7, weil die Deutsche Bundesbank dieses Verhältnis garantiert. Jeder Bürger auf der Welt weiß dann also: Für sieben Schillinge bekomme ich 1 DM West und den entsprechenden Dollarbetrag. Dadurch ist der Schilling genauso stabil wie die Deutsche Mark.

Das hat natürlich zur Konsequenz, daß sich die österreichische Notenbank in der Zinspolitik und dergleichen ungefähr an der westdeutschen Notenbank orientieren muß; sonst würde das ja nicht funktionieren.

- (B) Genau das könnte man jetzt auch tun: Wenn die Deutsche Bundesbank ein bestimmtes Verhältnis DM Ost zu DM West garantieren würde, wäre in dem Moment die DM Ost konvertierbar, und der Bürger der DDR könnte in Korea genauso dafür kaufen wie in den USA oder wo auch immer.

(Tschoeltsch (F.D.P.): Man darf die vorhergehenden Schritte nicht vergessen. Das kann nur der dritte Schritt sein, nicht der erste!)

Jetzt taucht natürlich die Frage auf - -

(Zuruf von der CDU)

- Es wäre besser, Sie würden einmal einen Augenblick zuhören und nicht dauernd dazwischenreden.

Wir können gern darüber diskutieren; ich bin zu allem bereit. Aber lassen Sie doch dieses Dazwischenschreien, was nichts bringt und nach Ihrer Meinung ja auch nichts bringen soll.

Ich wollte sagen: Jetzt ist natürlich die entscheidende Frage, wo sich dieser Kurs

einpendeln kann. Dazu kann ich Ihnen sagen: Da hat doch die Regierung der DDR im Grunde schon eine Zustimmung zu einem Wechselkursverhältnis von 5:1 bei der Reisevereinbarung mit Herrn Seitzers - fragen Sie den einmal, wenn Sie es nicht glauben, der hat das vereinbart - erteilt, daß nämlich die zweiten 100 DM im Verhältnis 5 : 1 umgetauscht werden können. (C)

Wenn Sie einmal in die sogenannten Exquisitläden in der DDR gehen, dann sehen Sie daß da schon im Grunde ungefähr dieser Wechselkurs vorweggenommen worden ist.

Nun füge ich bewußt hinzu: Selbst wenn dieser Wechselkurs ein bißchen zu günstig wäre, dann wäre mir lieber, wir würden die Gewinne der Bundesbank in Höhe von 10 bis 15 Milliarden DM dazubuttern, als daß wir sie in den Haushalt der Bundesregierung einbringen. Das muß uns - verdammt noch einmal - diese Entwicklung wert sein.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen möchte ich herzlich darum bitten, darüber nachzudenken. Denn in dem Moment, in dem es einen festen Wechselkurs gibt, wird der Run der westdeutschen Investoren in die DDR einsetzen; dann brauchen sie keine Eigentumstitel, dann braucht ja kein Eigentum übertragen zu werden, was ja sonst die einzige denkbare Gegenleistung wäre. Da fürchten die Bürger in der DDR - wir hören es doch -, daß ein Ausverkauf stattfindet. (D)

(Doppmeier (CDU): Das reden Sie sich doch ein!)

Jeder, der ein bißchen Sensibilität hat, muß dafür doch ein Gespür haben.

(Beifall bei der SPD)

Das wollen wir doch nicht erreichen. Damit wollen wir doch wohl dort niemanden schrecken.

Deswegen kann ich nur sagen: Wer daran interessiert ist, daß eine wirksame Hilfe stattfindet, der muß der DDR helfen, daß sie möglichst bald eine konvertierbare Währung erhält, damit deutsche Unternehmen gegen harte Währung dort investieren können.

(Dr. Rohde (F.D.P.): Sehr richtig!)

Bei der ungeheuren Nachfrage, die sich dort seit 20, 30 Jahren aufgestaut hat, könnte ein Wirtschaftsboom ausgelöst werden, der das Gefälle in wenigen Jahren ganz erheblich

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) abbauen könnte. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie darüber nachdenken würden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Farthmann, darf ich Sie noch einmal unterbrechen? Erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Thoben?

(Dr. Farthmann (SPD): Bitte schön!)

Bitte schön.

Frau Thoben (CDU): Herr Farthmann, ich denke, wir sind uns in dem Ziel einig, daß die DDR und wir auch, wenn wir helfen wollen, den festen Wechselkurs brauchen. Ist es Zufall, daß Sie kein Wort über die notwendigen Maßnahmen auf der Finanzierungsseite bei der DDR verlieren, die dafür Voraussetzung sind? Bei Österreich haben Sie das eben sehr eindrucksvoll so beschrieben.

Dr. Farthmann (SPD): Offenbar wollen Sie unbedingt, daß wir eine Währungsreform verordnen.

(Frau Thoben (CDU): Davon habe ich nichts gesagt!)

- Aber wie können Sie denn an etwas anderes denken; machen Sie doch keine Spiegel-
fechtere!

- (B) (Frau Thoben (CDU): Ich habe von der Westdeutschen Notenbank gesprochen!)

- Entschuldigen Sie, ich habe es genau so gesagt, wie ich es gemeint habe: Eine Währungsreform wäre nämlich für den Binnenverkehr in der DDR eben gerade nicht nötig. Aber nach außen, wenn der DDR-Bürger die Grenze überschreitet, wenn Investitionen die Grenze überschreiten, dann gilt dieses Verhältnis. Ich würde es für gut halten, wenn auch Sie darüber nachdächten. Das ist für Sie zwar ungewohnt, weil Sie nie über das nachdenken, was wir sagen, sondern immer nur Ihre Polemik und Ihre Schablonen haben. Aber vielleicht können Sie in diesem Punkte einmal nachdenken.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, bei allem, was das Voranbringen der deutschen Einheit bewirken könnte, sind natürlich die Ängste der Nachbarn - vor allem die des polnischen Volkes - der empfindlichste Punkt.

Ich glaube, wer ein Gespür für internationale Politik hat, kann das auch nicht bestreiten.

(C) Kein anderes Volk hat im 2. Weltkrieg unter dem deutschen Imperialismus so gelitten wie das polnische Volk. Deswegen - das sage ich ganz offen - ist ein Attest für eine deutsche Einheit für die Polen von hohem moralischen Rang und deswegen von hoher politischer Wichtigkeit. Wenn die Polen zur Einheit des deutschen Volkes ihr Einverständnis erklären würden, dann kann mit Ausnahme der Israelis vielleicht kein anderes Volk dieser Welt sich dem aus politischen Gründen widersetzen.

Aber dazu sage ich nun ebenso mit allem Ernst: Die Zustimmung zur deutschen Einheit können wir von den Polen nur bei Anerkennung der polnischen Westgrenze ohne jedes Wenn und Aber erwarten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wer das jetzt nicht tut oder mit Blick auf irgendwelche fiktiven oder wann auch immer abzuschließenden Friedensverträge verzögert, der verpaßt eine historische Chance.

Weil dies so wichtig ist, werden wir als SPD-Fraktion im Anschluß an diese Debatte eine Resolution einbringen, die die Anerkennung der polnischen Westgrenze jetzt, sofort und ohne Wenn und Aber zum Inhalt hat.

(Beifall bei der SPD)

(D) Ich sage jetzt schon: Wenn es Ihnen die Zustimmung erleichtert, dann können wir jeden anderen Satz, der dort steht, streichen. Bei uns geht es nur um diesen einen Satz, der wörtlich von Bundesaußenminister Genscher übernommen worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Da werden Sie hier Farbe bekennen müssen, ob Sie dem zustimmen oder nicht. Damit das klar ist: Dazu werden wir eine namentliche Abstimmung verlangen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Abg. Goldmann (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Farthmann, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Goldmann?

(Dr. Farthmann (SPD): Nein, nein.)

Nicht.

Dr. Farthmann (SPD): Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion geht mit Zuversicht in die letzten Monate dieser Legislaturperiode.

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) Nordrhein-Westfalen marschiert auf der Straße des Fortschritts. Wir lassen aber niemanden im Straßengraben liegen. Wir wollen alle mitnehmen, jeden nach seinen Fähigkeiten, seiner Leistungskraft und nach seiner Hilfsbedürftigkeit.

Unser Ziel für die nächste Legislaturperiode: Heimat bewahren, Strukturwandel bewältigen, Armut verhindern. Dazu ist der Staat als die Gemeinschaft aller gefordert. Nicht Sonntagsreden halten, sondern aktiv helfen!

Deshalb: Nicht Abbau der Steuern und der Staatseinnahmen, sondern Einsatz der notwendigen staatlichen Mittel.

(Beifall bei der SPD)

Im Wohnungsbau, bei der Bewältigung der Probleme der Übersiedler und zur Verbesserung der eigenen Infrastruktur sind gewaltige Anstrengungen nötig. Nicht Steuererleichterungen für Spitzenverdiener sind das Gebot der Stunde,

(Hunger (SPD): Sehr richtig!)

sondern solidarische Hilfe für diejenigen, die darauf angewiesen sind. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

- (B) Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich Sie davon unterrichten, daß inzwischen auch die Fraktion der CDU und die Fraktion der F.D.P. einen Entschließungsantrag mit dem Thema "Ein starkes Deutschland in einem starken Europa" vorgelegt haben. Der Antrag wird zur Zeit gedruckt und Ihnen gleich übermittelt.

(Hunger (SPD): Zu spät!)

Ich darf jetzt Herrn Abg. Dr. Rohde das Wort für die Fraktion der F.D.P. erteilen.

Dr. Rohde (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Farthmann, ob wir besser regieren können als Sie, wird sich am 13. Mai entscheiden, wenn der Wähler gesprochen hat.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU
- Lachen bei der SPD)

Wir jedenfalls setzen auf Regierungswechsel.

(Widerspruch bei der SPD)

Was die konstruktiven Vorschläge der Opposition angeht, will ich einige nennen:

(C) Haushaltssanierung, fairer Wettbewerb für alle Schulen - ich denke noch daran, wie Sie diesem fairen Wettbewerb zugestimmt haben, nachher aber wieder davon abgerückt sind -, Marktwirtschaft mit Anerkennung der sozialen Rolle des Unternehmers - noch gestern ist unser Antrag auf Einrichtung einer Schulbuchkommission abgelehnt worden -, Trennung von Staat und Partei, Chancengleichheit für alle Regionen, Abbau von Unterrichtsausfall, Hochschule, innere Sicherheit. Alle Anträge, die die Opposition gestellt hat, sind von der Mehrheit "abgebügelt" worden.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Sie sind "abgebügelt" worden, ohne daß man sich mit unseren Argumenten auseinandergesetzt hätte. Aber Sie haben das ja nicht nötig, dafür haben Sie ja die Mehrheit.

(Westermann (SPD): Vielleicht lag das auch an Ihrer Argumentation! - Zuruf des Abg. Dr. Dammeyer (SPD))

Nordrhein-Westfalen hat wieder den Anschluß gewonnen, Herr Dammeyer. Richtig! Aber die Rahmenbedingungen, insbesondere Wirtschaftswachstum oder Steuerquellen, die so reichlich sprudeln - warum schmücken Sie sich eigentlich mit fremden Federn? -, sind in erster Linie in Bonn hergestellt worden,

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

(D) und zwar gegen den Widerstand der SPD. Aufschwung aus eigener Kraft, ja, Herr Finanzminister, Herr Innenminister, aber es war nicht die Kraft der SPD, es war die Kraft der Bürger.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Minister Dr. Schnoor: Das ist richtig!)

- Ich finde es gut, daß Sie das jetzt endlich einmal anerkennen. Also hören Sie doch endlich auf, die SPD mit Nordrhein-Westfalen gleichzusetzen und die Opposition als Miesmacher zu diffamieren, Herr Farthmann.

(Zuruf von der SPD: Das sind sie doch!)

Nordrhein-Westfalen sind wir alle, Nordrhein-Westfalen ist nicht die SPD allein. Deswegen zunächst einige Anmerkungen zur politischen, zur demokratischen Kultur im Lande:

Wir, die Liberalen, kämpfen für eine demokratische Kultur des Wettbewerbs und der Vielfalt, für eine Volksvertretung, die für

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) sich in Anspruch nimmt, die Regierung zu kontrollieren, für eine Volksvertretung, die das Recht auf eigene Initiative proklamiert, die das Recht auf die Freiheit jedes einzelnen Abgeordneten postuliert, die die Rechte des Parlaments wahrnimmt. Deswegen fragen wir, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, Herr Ministerpräsident: Wie ist es eigentlich um die demokratische Kultur in Nordrhein-Westfalen bestellt?

"Einer gegen vier", Ihr Wahlslogan, Herr Ministerpräsident, ist der nicht Ausdruck des Fehlens jeglicher Sensibilität gegenüber denen, die froh wären, wenn sie erst eine demokratische Kultur des Wettbewerbs und der Vielfalt erkämpft hätten, auf die wir, Herr Ministerpräsident, doch stolz sein sollten, statt sie durch "Einer gegen vier" verächtlich zu machen?

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Was halten Sie, Herr Ministerpräsident, eigentlich vom Parlamentarismus, wenn Sie den Wahlkampf für die Vertretung des Volkes von Nordrhein-Westfalen mit der These bestreiten, die Wahl der Volksvertreter sei unwichtig, weil es nur auf einen ankomme?

(Herder (SPD): Das hat keiner gesagt!)

Was halten Sie, verehrte Kollegen von der SPD, von dem Volksvertreter Dr. Johannes Rau, der Sie doch alle - deswegen sind sie auch nicht mehr im Saal - für überflüssig erklärt, und das gesamte Kabinett, das auch nicht mehr anwesend ist, ebenso?

(B)

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Traurige Fraktion, merkwürdige Kandidaten in den Wahlkreisen, die sich einen solchen Anspruch auf Alleinherrschaft und die Monopolisierung der Entscheidungsfindung und Willensbildung gefallen lassen!

(Zuruf von der SPD: Abwegig!)

Sie sind schon tolle Demokraten. Möglicherweise sind Sie unbemerkt zu Monarchisten geworden, verehrte Kollegen von der SPD.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Zurufe von der SPD)

Wie sieht es eigentlich um die demokratische Kultur in Nordrhein-Westfalen aus, wenn der WDR - ein Rundfunksender des Landes wohl-gemerkt, nicht der einer Partei - jede Stimme der Opposition in der DDR registriert, die freigewählten Oppositionsfraktionen im

Landtag von Nordrhein-Westfalen aber ver-schweigt? (C)

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Zuruf des Abg. Schultz (SPD))

Ein merkwürdiges Verständnis über die Rolle des Staates beim Staatssender WDR! Zu dem fällt mir noch einiges ein, ich will jetzt nicht alles aufgreifen. Nur, eines habe ich stets vor Augen: wie in der Wahlnacht des 12. Mai 1985 leitende Redakteure in den Wahlstudios des WDR - ob Fernsehen oder Hörfunk - Ihnen, Herr Ministerpräsident, um den Hals fielen, als ob es deren persönlicher Erfolg gewesen wäre, daß die SPD die absolute Mehrheit erhielt.

(Zuruf des Abg. Schultz (SPD) - Schultz-Tornau (F.D.P.): Die haben auch kräftig mitgewirkt!)

Ich fand das peinlich für einen Sender, der der Objektivität verpflichtet ist. Aber zu dieser Peinlichkeit mag auch die Personalpolitik des Vorsitzenden des WDR-Rundfunkrats und Parlamentarischen Geschäftsführers der SPD, Grätz, der Gott sei Dank noch im Saal ist, geführt haben.

(Schultz (SPD): Sie reden den Saal leer! - Zuruf des Abg. Grätz (SPD))

Wenn Sie, verehrte Kollegen von der SPD, weniger Ihre Parteibuchwirtschaft und mehr unsere parlamentarische Demokratie im Blick hätten, gäbe es solche Probleme nicht. (D)

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Deswegen sagen wir: Wer die Gesetze der Demokratie nicht achtet, der trägt zur Entparlamentarisierung und Entdemokratisierung in Nordrhein-Westfalen bei, was heißt: Mißachtung der Opposition, Willfähigkeit gegenüber der Regierung.

Wie ist es um die demokratische Kultur in Nordrhein-Westfalen bestellt, wenn die Regierung Rau vorgibt, mit allen oppositionellen Gruppen in der DDR das Gespräch zu suchen, aber der freigewählten Opposition im Landtag von Nordrhein-Westfalen Verrat an diesem Land vorwirft, wenn diese sich bemüht, das Land anders fortzuentwickeln, als die SPD das will?

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Auch wir, verehrte Kollegen von der SPD, vertreten die Interessen, die Wünsche, die Forderungen der Bürger unseres Landes. Sie, Kollegen von der SPD, haben Nordrhein-

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) Westfalen nicht gegründet. Auch Sie haben nur ein Mandat auf Zeit. Hören Sie also endlich auf, Nordrhein-Westfalen als Ihr Eigentum zu betrachten. SPD und Rau sind nicht NRW, NRW sind wir alle.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn demokratische Kultur heißt, sich mit den Argumenten auseinanderzusetzen, statt die Mehrheitsguillotine in Bewegung zu setzen, wie sieht es dann um die politische Kultur in Nordrhein-Westfalen aus? Nehmen Sie einmal nur unseren Gesetzentwurf für ein neues Personalvertretungsgesetz, ein Gesetz wohlgeordnet, das in erster Linie einfach abgebugelt worden ist, ohne es an die Ausschüsse zu überweisen. Keine Mehrheit in einer Demokratie hat das Recht, sich der streitigen parlamentarischen Auseinandersetzung zu entziehen. Auch das Urteil eines Gerichtes, das im Namen des Volkes eine Entscheidung fällt, aber auf die Begründung verzichtet, ist nicht Rechtsprechung, das ist Exekution. So war die Ablehnung unseres Gesetzentwurfes Exekution.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das ist, verehrte Kollegen von der SPD, eben Mißbrauch der Mehrheit. Das ist Perversion der demokratischen Kultur in unserem Lande.

- (B) Wie ist es um die demokratische Kultur im Landtag von Nordrhein-Westfalen bestellt, wenn die F.D.P. einen Antrag zur Haushaltskonsolidierung vorlegt - so geschehen Mitte Juli 1989, Herr Kollege Farthmann; das hätten Sie einmal aufgreifen können - mit Vorschlägen zur Änderung der Geschäftsordnung der Landesregierung, um die Alleinverantwortung des Finanzministers wiederherzustellen, mit Anträgen im Hinblick auf die Konzeption der künftigen Personalpolitik, Ausgabenschätzungen der künftigen Personalausgaben, Prognose der künftigen Versorgungslasten, zur Höhe der Subventionen, deren voraussichtlichen Entwicklung, Überprüfung der Effizienz von Subventionen, Subventionsabbau zu neuen Finanzierungsformen für öffentliche Investitionen, effektiven und sparsamen Steuerungen der Personalausgaben, Verbesserungen des haushaltsrechtlichen Instrumentariums, Einführung wirksamer Sparanreize, Befristung von Leistungsgesetzen, Darstellung der unterschiedlichen Förderungsprogramme des Landes, der strukturellen Defizite in einzelnen Regionen, wenn ein solcher Antrag einfach abgelehnt wird, ohne sich mit ihm sachlich auseinanderzusetzen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Präsident des Landesrechnungshofes hat

- (C) dasselbe gefordert wie wir. Wie sieht es eigentlich um die demokratische Kultur im Lande aus, wenn der von allen gewählte Präsident des Landesrechnungshofes nicht einmal ernst genommen wird?

(Zuruf von der CDU: Richtig! - Beifall bei der F.D.P.)

Verehrte Kollegen von der SPD! Daß die Schulden bei Ihrer Politik des Stimmenkaufs galoppieren, das wundert uns nicht. Die Überheblichkeit aber, mit der Sie sinnvolle Vorschläge der Opposition, den Haushalt in den Griff zu bekommen, abbügeln, das beweist, wie notwendig es ist, daß Sie in der nächsten Legislaturperiode in die Opposition gehören, um wieder zu lernen, auf Argumente anderer zu hören.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Und daß die Opposition Sie zwingen mußte - -

(Minister Matthiesen: Haben Sie Stimmenkauf durch die SPD gesagt?)

- Stimmenkauf, aber selbstverständlich!

(Schultz (SPD): Das ist ein ungeheurerlicher Vorwurf! Das ist Verleumdung!)

- Das ist kein Vorwurf, Stimmenkauf ist kein Vorwurf, das ist so.

- (D) Meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die Opposition sich zwingen mußte, die in der letzten Woche geplante zweite Lesung des Landeshaushaltes auszusetzen, um den Ergänzungshaushalt ordentlich in den Ausschüssen zu beraten, macht deutlich, wie stumpf Sie gegenüber den Regeln geworden sind, die uns unsere Verfassung aufgibt.

(Schultz (SPD): Das ist ein ungeheurer Vorwurf; den weise ich in aller Form zurück!)

Ich will hier nicht auf elenden Streitereien eingehen, die die F.D.P.-Fraktion mit dem Landtagspräsidenten hat, wenn sie eine Aktuelle Stunde beantragt. Der Respekt vor dem Amt des Präsidenten verbietet es mir hier, von Kleinkarierteit zu sprechen. Vor allen Dingen wäre diese Kennzeichnung zu überhöht.

(Dr. Dammeyer (SPD): Die Geschäftsordnung kennen Sie gar nicht!?)

Nur wenn ich mir allein die Verteilung der Redezeiten ansehe, diesen elenden Kampf um

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) Minuten, den es nur im Landtag von Nordrhein-Westfalen gibt, weil die Mehrheitsfraktion ständig d'Hondt exekutiert, statt eine vernünftige Sachauseinandersetzung zu ermöglichen, weiß ich: Ein Parlament, in dem Mehrheitsfraktion und Regierung ständig mehr als doppelt soviel reden dürfen wie die Opposition, ist kein Parlament, das die Regierung kontrolliert, wie es unsere Verfassung vorsieht.

(Frau Friebe (SPD): Stimmt überhaupt nicht! - Schultz (SPD): Das ist die glatte Unwahrheit!)

- Sie gehen nur nach d'Hondt vor. Es gibt kein einziges Parlament in der ganzen Bundesrepublik, das so seine Mehrheit exekutiert wie die Mehrheitsfraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Deswegen sind wir auch in der Gefahr, zu einem Parlament zu verkommen, das zu einem Akklamationsorgan für die Regierung wird. Demokratie lebt von der Waffengleichheit, aber wir haben in NRW eine Regierung, die sich mit Hilfe der SPD-Abgeordneten der parlamentarischen Kontrolle entziehen kann, und eine Opposition, die allein die Aufgabe hat, die Regierung zu kontrollieren, die Sie aber, verehrte Kollegen von der SPD, noch in ihren Rechten beschneiden.

- (B) Je länger Sie hier das Sagen haben, tragen Sie immer mehr dazu bei, den Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen zurückzufahren, die konstitutionelle Demokratie, also die Beschränkung der Regierungsmacht durch die Kontrolle des gesamten Parlamentes, in eine konstitutionelle Monarchie zu transformieren.

Wenn SPD-Landesregierung und SPD-Mehrheit, die neue parlamentarische Formation der Einheit von Regierung und Fraktion, für sich in Anspruch nimmt, zukünftigen parlamentarischen Mehrheiten, die hoffentlich anders zusammengesetzt sind als die jetzige Mehrheit, jeden politischen Handlungsspielraum in der Haushaltspolitik zu nehmen, was halten Sie eigentlich von der notwendigen Solidarität gegenüber der nächsten Generation?

(Beifall bei der F.D.P.)

Und wenn wir uns, Herr Finanzminister, den Schuldenberg von über 100 Milliarden DM ansehen, den Sie und Ihr Vorgänger, die Mehrheitsfraktion, aufgetürmt haben, und wenn wir uns die Zinslastquote ansehen, wenn

wir uns die Höhe der Zinslasten ansehen, die Sie zu verantworten haben, plagt Sie nicht Ihr Gewissen, Konsequenzen zu ziehen, weil Sie die politischen Entscheidungsmöglichkeiten des nächsten Landtages, der nächsten Legislaturperiode, auf Null gebracht haben? (C)

Wir sagen, das ist ein unvergleichlicher Verstoß gegen das Verständnis einer demokratischen Kultur, die von einem Mandat auf Zeit, nicht auf Ewigkeit ausgeht, auch nicht das makabre "Nach mir die Sintflut" zuläßt.

Und was ist das, verehrte Kollegen von der SPD, für eine demokratische Kultur, wenn sie fast alle Leitungsfunktionen im Staatsapparat, insbesondere in den Ministerien, mit Mitgliedern der SPD besetzt haben, ohne daß es eine Remedurmöglichkeit für eine nachfolgende Regierung gibt?

(Zuruf von der SPD: Sie hätten ja Regierungspräsident bleiben können!)

Das ist doch wohl besetztes Land, Frau Vizepräsidentin. Ist das Ihre Devise? Ist das nicht ein Verstoß gegen die gebotene Zurückhaltung, die jede Mehrheitsfraktion oder jede Regierung zu beachten hat, die ihre Tätigkeit als Mandat auf Zeit versteht? "Checks and balances" - offenbar ist das ein Fremdwort und Ihnen fremd zugleich.

Also, verehrte Kollegen, Herr Farthmann, Staatschef NRW: Vom Kapitän über den Ersten Deckoffizier bis zum Küchenjungen, Heizer einschließlich Stewards und Funker sind nur Genossen an Bord. Das ist kein Staatsschiff mehr. Sie haben aus dem Staatsschiff NRW eine SPD-Fregatte gemacht. Andersdenkende haben nur eine Unterschlupfmöglichkeit als blinder Passagier. (D)

(Zuruf von der SPD: Sie sind Fregattenvogel!)

- Sie machen doch wirklich den Handlungsspielraum jedes nachfolgenden Parlaments und jeder nachfolgenden Regierung, die anders zusammengesetzt sein kann als die jetzige, kaputt und merken nicht, wie sehr Sie damit die Demokratie gefährden.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Und deswegen, meine Kollegen von der SPD, wenn Demokratie bedeutet "Beschränkung der Regierungsgewalt" und das Parlament die Aufgabe hat, die Regierung zu kontrollieren, dann besteht, je länger die SPD mit absoluter Mehrheit regiert, die Gefahr, daß unser parlamentarisches System immer mehr seine Kontrollfunktion und seine eigenständige

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) Gestaltungsfunktion verliert. Und weil Sie, meine Damen und Herren von der SPD, Ihre Aufgabe allein darin sehen, die Regierung zu unterstützen, sich die Abgeordneten der SPD-Fraktion als Parlamentarische Staatssekretäre der Landesregierung verstehen, ist die Einheit von Partei und Staat, ist die Einheit von Exekutive und der Mehrheit der Legislative zu einer Gefahr für das System der parlamentarischen Demokratie geworden. Der Parlamentarismus ist bedroht, weil nur die Opposition die Regierung kontrolliert und deren Forderungen nach Waffengleichheit ständig von der SPD als Regierungsunterstützungsverein abgelehnt werden.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Deswegen zitiere ich noch einmal aus der Praxis eines anderen Staates, die aber auch für Nordrhein-Westfalen gilt:

Die Parlamentsabgeordneten, vor allem wegen ihrer Geschicklichkeit im Umgang mit kalkulierten Zuwendungen gewählt, stehen ständig in der Schuld der bürokratischen Haushaltswächter, die ihnen finanzielle Hilfe für ihre Wahlkreise einräumen.

Das ist die Umwandlung des Parlamentarismus in einen Unterstützungsfonds für unkontrollierte Machtausübung der Landesregierung.

- (B) (Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Damit das parlamentarische System in Nordrhein-Westfalen nicht endgültig umkippt, ist es notwendig, einen Regierungswechsel herbeizuführen.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat in seiner ersten Regierungserklärung zur Deutschlandpolitik so getan, als ob die Deutschland- und Ostpolitik, für die Sozialdemokraten und Freie Demokraten in der Sozialliberalen Koalition seit 1969 gemeinsam gestritten haben, eine Erfindung der SPD gewesen sei. Er hat sich in seiner deutschlandpolitischen Erklärung in der letzten Woche korrigiert und wenigstens die Namen des damaligen Außenministers und des jetzigen Außenministers, die der Herren Walter Scheel und Hans Dietrich Genscher, genannt.

Nur, Herr Ministerpräsident, Herr Kollege Farthmann, wenn diese gemeinsam von Sozialdemokraten und Freien Demokraten entworfene Deutschland- und Ostpolitik, wenn also die

Verträge von Moskau, von Warschau, von Helsinki die Mauer durchlässiger gemacht haben, also ein Beitrag für die Reformen im Osten waren, warum verschweigen Sie eigentlich - der Ministerpräsident ebenso wie der Kollege Farthmann - die Durchsetzung des Nato-Doppelbeschlusses durch die Koalition der Wende, die Koalition von CDU und F.D.P.?

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Das war, Herr Farthmann, doch der Beschluß, der, weil er die Handlungsfähigkeit des gesamten westlichen Bündnisses verkörpert hat, den deutschen Sonderweg ausgeschlossen hat, den Sie ja wollten, den die SPD ja wollte, erst die Sowjetunion 1985 an den Verhandlungstisch zurückgebracht hat und die Sowjetunion vor allem zur Annahme der Doppel-Null-Lösung bewogen hat. Warum verschweigen Sie diesen entscheidenden Beschluß? - Weil offenbar nur die westliche Stärke dazu geführt hat, daß die Sowjetunion überhaupt einlenkte! Nur die westliche Stärke hat dazu geführt, daß die Sowjetunion nachgegeben hat, weil sie einsah, daß sie aufgrund ihrer beschränkten finanziellen und wirtschaftlichen Ressourcen nicht mit dem Westen mithalten konnte.

Allerdings - wir sagen das freimütig -: Es ist das bleibende historische Verdienst von Michail Gorbatschow, diese Erkenntnis mit viel Mut in eine neue Politik umgesetzt zu haben, die uns der deutschen Einheit nähergebracht hat und die das große Haus Europa ermöglicht.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Wenn ich mir - Herr Kollege Farthmann, Sie sind darauf eingegangen - alles ansehe, was damals zwischen uns Streitgegenstand war - staatliche Beschäftigungsprogramme in Milliardenhöhe, Ausweitung der Staatsquote, Steuererhöhungen -, also die bekannten sozialistischen Marterinstrumente, wie das damals Graf Lambsdorff genannt hat -: Das waren doch alles Punkte des Mißtrauens der SPD gegenüber der sozialen Marktwirtschaft.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Deswegen frage ich mich auch heute: Was verstehen Sie eigentlich - der Ministerpräsident, der Fraktionsvorsitzende der SPD, die SPD-Fraktion - unter sozialer Marktwirtschaft? Und was verstehen Sie eigentlich unter Sozialismus? Jedenfalls gab es darüber, Herr Farthmann, in den Debatten im Landtag keine Klarheit, auch nicht von Ihnen.

(Frau Friebe (SPD): Hätten Sie eben mal zugehört!)

(C)

(D)

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) - Ich habe sehr genau zugehört, Frau Friebe. Wenn Ihnen der Vorwurf des Etiketts "Sozialismus" angeklebt wird, dann gäbe es doch, Frau Friebe und Herr Farthmann, eine ganz einfache Methode, diesem Vorwurf wirksam zu begegnen, nämlich einfach zu sagen: "Wir sind Sozialdemokraten."

(Zuruf der Frau Abg. Friebe (SPD))

- Das sagen Sie nicht. Sie sagen, Sie sind demokratische Sozialisten. Sie könnten sagen: Wir haben uns mit dem Godesberger Programm zur sozialen Marktwirtschaft bekannt,

(Frau Friebe (SPD): Ja!)

wir haben mit Bundeswirtschaftsminister Professor Schiller einen erfolgreichen Wirtschaftsminister gestellt,

(Dr. Farthmann (SPD): Selbstverständlich!)

mit Helmut Kohl einen erfolgreichen Weltökonom - was wollt ihr eigentlich?

(Dr. Farthmann (SPD): Sie meinen Helmut Schmidt! Kohl haben nicht wir gestellt!)

"Sozialdemokraten sind keine Sozialisten."
- Sie haben, Herr Kollege Farthmann, diesen einfachen Satz nicht über die Lippen gebracht. Und da Sie diese einfachen Sätze offenbar nicht aussprechen können, gehen wir davon aus, daß Sie noch irgendwelchen Träumen von Sozialismus anhängen. Und deswegen zitiere ich nur, weil Sie ja eben bekannt haben, daß Sie die "FAZ" mit so großem Vergnügen lesen, aus der vorgestri-
(B) gen Ausgabe dieser Zeitung, nämlich "Das zähe Leben des Sozialismus":

Das Programm von Godesberg 1958

- so wird dort zitiert -

ist der Versuch, eine marktwirtschaftliche Politik als einen festen Bestandteil in der sozialdemokratischen Programmatik zu verankern.

Und weiter heißt es:

Die geistigen Köpfe dieser Politik fühlten sich damals diffamiert, wenn man sie noch als Sozialisten bezeichnete.

Warum also, Herr Ministerpräsident, Herr Kollege Professor Dr. Farthmann, fühlen Sie sich eigentlich nicht in der gleichen Weise diffamiert wie 1958?

(Dorn (F.D.P.): Es ist kein Regierungsmitglied mehr hier.)

Warum bezeichnen Sie sich denn heute im Gegensatz zu der Godesberger Zeit auf einmal als demokratische Sozialisten? Deswegen sagen wir: Sozialismus, dieser Begriff ist doch überall diskreditiert. Er hat doch überall abgewirtschaftet. Warum nennen Sie sich nicht einfach Sozialdemokraten? (C)

(Dr. Farthmann (SPD): Das steht im Godesberger Programm.)

- Ja, dazu haben Sie sich eben nicht bekannt.

(Dr. Dammeyer (SPD): Hören Sie doch einmal besser zu.)

Deswegen sagen wir Ihnen als Liberale: Der Sozialismus, in welcher Spielart auch immer, muß scheitern, weil eine durch Staatseigentum und Bevormundung der Bürger gekennzeichnete Wirtschaft private unternehmerische Initiativen ausschließt und daher in ihrer Leistungsfähigkeit einer Marktwirtschaft immer unterlegen sein muß.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Keine andere Ordnung ist zur Kontrolle ökonomischer Macht und zugleich zu so weitgehenden sozialen Leistungen, zu so hohen Löhnen, zu so hohen Investitionen im Umweltschutz fähig, so in der Lage, sie zu finanzieren, wie eine freiheitliche Wirtschaft.

Deswegen sagen wir als Liberale auch: Ob demokratischer Sozialismus, ob Herz-Jesu-Sozialismus, ob Lenin, ob Stalin, ob Nationalsozialismus: Worin liegt das Gemeinsame? (D)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dr. Rohde, darf ich Sie einmal unterbrechen. Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Trinius?

(Dr. Rohde (F.D.P.): Ja.)

- Bitte schön, Herr Kollege Trinius,

Trinius (SPD): Herr Kollege Rohde, ist Ihnen nicht bekannt, daß sich die Sozialdemokraten im Godesberger Programm zu den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als den Grundwerten des demokratischen Sozialismus bekennen?

Dr. Rohde (F.D.P.): Das ist mir bekannt. Aber all diejenigen, die am Godesberger Programm mitstrickten, fühlten sich diffamiert, wenn man sie als Sozialisten bezeichnete, und waren stolz darauf, ein sozialdemokratisch-marktwirtschaftliches Wirt-

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) schäftsprogramm entwickelt zu haben. Das ist doch der Punkt, um den es geht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Was haben denn die ganzen Formen von Sozialismus gemeinsam? Alle nehmen die Freiheit des einzelnen Bürgers nicht ernst, räumen dem Kollektiv Vorrang ein. Alle Spielarten sind, wie es Ralf Dahrendorf gesagt hat, "Gehäuse der Hörigkeit". Deswegen gibt es den Gegensatz zwischen Sozialisten und Liberalen. Wir wollen die offene Gesellschaft, die den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stellt, die von Versuch und Irrtum lebt, die aber auch den Kampf gegen ihre Feinde aufnimmt: gegen die Lehrer und die Lehren, die glauben, sie müßten den Bürgern vorgeben und vorschreiben, wie die Ideale der Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie zu realisieren sind, anstatt den Menschen die Freiheit einzuräumen, ihre Entwicklung selbst zu bestimmen.

Eins müssen Sie jedenfalls auch zur Kenntnis nehmen: Seit Jahrzehnten, seit der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts basteln Menschen an Sozialismus-Modellen. Bisher haben alle Spielarten jämmerlich versagt. Deshalb sagen wir als Liberale, die wir jede Art von Sozialismus ablehnen - wir sagen es auch unseren Landsleuten in der DDR -: Gebt euch keinen Illusionen hin, mit Sozialismus würdet ihr es nie schaffen.

- (B) Herr Ministerpräsident, wir haben heute morgen über einige deutschlandpolitische Vorschläge von Ihnen gesprochen, die Sie uns vorgestellt haben. Sie fahren häufig in die DDR. Wir halten das für gut, ebenso wie die Fahrten Ihrer Kollegen.

Aber gerade Sie als Sozialdemokraten, die Sie 1958 das Godesberger Programm beschlossen haben, müßten doch aus Ihren eigenen Erfahrungen heraus den Bürgern in der DDR sagen: Verzichtet auf jedes Experiment, mit welchem Sozialismus-Modell auch immer, setzt auf soziale Marktwirtschaft! Sicherlich gibt es sehr, sehr viele Spielarten davon. Aber es ist das einzige System mit menschlichem Antlitz.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Visionen der DDR-Bevölkerung sind Demokratie und Freiheit. Ihr Ziel ist aber auch wirtschaftlicher Wohlstand. Massive Investitionen des Westens mit schneller Wirkung und äußerlich erkennbar werden nur dann den Mut zum Bleiben und Aufbauen in der DDR stärken, wenn in der DDR schnellstens die notwendigen marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die

auch glaubwürdig abgesichert sind. Als ersten praktischen Schritt wollen wir Liberale eine deutsch-deutsche Wirtschaftsgemeinschaft in einer Europäischen Gemeinschaft.

(C)

Herr Kollege Farthmann, ich möchte doch noch einmal aufgreifen, was Sie zu der Notwendigkeit einer konvertiblen Währung gesagt haben. Sie wird es so lange nicht geben, so lange es den ungewöhnlich starken Widerspruch zwischen Geldüberhang einerseits und knappem Warenangebot andererseits gibt.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU
- Zuruf des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

Wir, die Bundesrepublik Deutschland, haben auch sehr lange nicht mit einer frei konvertiblen Währung gelebt. Wir haben sie erst seit 15 oder 20 Jahren. Deswegen ist die Bundesregierung, ist Wirtschaftsminister Haussmann, ist Helmut Kohl in den Gesprächen mit der Regierung Modrow schon auf dem richtigen Weg, nämlich zu sagen - hierfür sind schon Milliarden in der DDR und in der Bundesrepublik vorgesehen -: "Wir wollen einen Währungs- und Investitionsfonds, in den beide Staaten einzahlen, der ein System von festen Wechselkursen ermöglicht, der eine - wenn Sie so wollen - eigene deutsch-deutsche Währung schafft." Die Bundesregierung ist auf diesem richtigen Wege.

Dann wird es natürlich noch sehr lange Zeit dauern, bis es eine freie konvertible Währung gibt. Was aber die Investitionswünsche der DDR, was die Investitionsmöglichkeiten und Chancen angeht, die die unternehmerische Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland wahrnehmen wird, dafür wird sicherlich im nächsten Jahr schon vorgesorgt sein.

(D)

Deswegen betonen wir noch einmal, wie notwendig es ist, zu einer deutsch-deutschen Wirtschaftsgemeinschaft zu kommen, die auf Marktwirtschaft setzt. Ich will etwas zitieren - Ich fand es außerordentlich bemerkenswert -, was die neue Wirtschaftsministerin Frau Luft heute in der "Welt" erklärt hat und worüber sie heute mit Bundeswirtschaftsminister Haussmann verhandeln wird:

Wir wollen das private Eigentum entfalten. Wir haben beispielsweise in den noch geltenden gesetzlichen Bestimmungen für das private Handwerk eine obere Grenze der Beschäftigtenzahl von zehn. Das werden wir ändern.

Wir wollen eine Steuergesetzgebung für Handwerk und private Gewerbetreibende mit dem Ziel, das Nettoeinkommen dieser Bevölkerungsschichten zu erhöhen, nicht

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) durch allzu hohe Steuersätze die Initiativen zu bremsen. Wir wollen Auslandskapital zulassen, ein ganzes Spektrum von Eigentumsformen ermöglichen.

Wir wollen die Kombinate entflechten, wollen mehrere Eigentumsformen zulassen ...

Herr Ministerpräsident, wir haben heute morgen auch über Ihre Vorstellungen an humanitärer, insbesondere medizinischer Hilfe gesprochen - ein ganz wesentlicher Punkt in den Erklärungen der Bundesregierung, in dem Zehn-Punkte-Katalog des Bundeskanzlers. Es besteht ja die Gefahr, daß die vielen Hilfen nicht systematisch gegeben werden. Ich glaube, es ist notwendig, daß das Land Nordrhein-Westfalen sich einbindet in gemeinsame Hilfsoperationen und -aktionen der Bundesländer, abgestimmt mit der Bundesregierung, und daß nicht jedes Land und jeder Ministerpräsident seine eigene Politik macht; das würde, glaube ich, den Bürgern in der DDR nicht allzuviel helfen.

Frau Luft erklärt: "Ich gehöre zu denen, die von allen lernen, wo etwas zu lernen ist. Und ich stelle mir schon vor, daß in dieser gemischten Wirtschaftskommission, die der Bundeskanzler vorgeschlagen hat, die jetzt aktiv wird, auch solche Themen zur Sprache kommen, wie das von dem Interviewer angesprochen worden ist. Ich würde mich sogar freuen" - und sie nennt die vielfältigen wirtschaftlichen Hilfen -, "wenn das auf einer solchen Ebene wie der "deutsch-deutschen Wirtschaftskommission" abgewickelt werden könnte." Und sie sagt weiter:

(B)

Denn:

Im Moment werden wir bombardiert mit Hunderten und Tausenden von Angeboten. McKinsey möchte uns beraten - und wer weiß nicht alles.

Das macht deutlich, daß es notwendig ist, die verschiedenen Hilfen für die DDR zu systematisieren, zu konzentrieren und abzustimmen.

Aber, was die Hilfen angeht, sagen wir auch: Nur eine wirtschaftlich starke Bundesrepublik Deutschland ist in der Lage, der DDR wirksam zu helfen. Nur eine starke, eine wettbewerbsfähige Bundesrepublik Deutschland ist in der Lage, für diejenigen in der DDR, die noch im dunkeln tappen, ein Beispiel zu geben für eine erfolgreiche Wirtschaftsordnung. Nur eine starke Bundesrepublik Deutschland ist in der Lage, mit der DDR zu teilen.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! NRW ist das Herzstück der Bundesrepublik Deutschland. Erst ein starkes NRW macht die Bundesrepublik Deutschland stark. Zieht man Bilanz für die letzten fünf Jahre der Regierung Rau, stelle ich fest, der Beitrag Nordrhein-Westfalens hätte größer sein können, wenn alle Chancen genutzt worden wären. Der Landesregierung haben die Ideen und die Kraft dazu gefehlt. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben das Land und die Bürger einen Regierungswechsel verdient.

(C)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rau das Wort.

Dr. Rau, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die dritte Lesung eines Haushalts ist eine Bilanzsitzung über die Politik der Landesregierung. Verständlicherweise spielt in der dritten Lesung in diesem Jahr die Deutschlandpolitik eine beachtliche und eine nicht wegzudiskutierende Rolle.

Wir haben soeben eine Diskussion über den Sozialismusbegriff gehört; ganz gewiß wird dieses Diskussion noch lange Zeit weitergehen.

(Schauerte (CDU) (mit Blick auf den zu diesem Zeitpunkt nur mäßig besetzten Plenarsaal): Ihnen laufen sogar die eigenen Fraktionsmitglieder weg.)

(D)

Sie wird sicher noch einige Zeit weitergehen; ich will nur einige dieser Punkte aufgreifen.

Herr Kollege Rohde hat uns eben gebeten, doch auf den Begriff des Sozialismus zu verzichten, auch auf den des demokratischen Sozialismus, und statt dessen uns dem Codesberger Programm zuzuwenden. Das ist, Herr Kollege Rohde, deshalb nicht möglich, weil in diesem Codesberger Programm neunmal der Begriff des demokratischen Sozialismus nicht nur zitiert, sondern auch beschrieben wird mit den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wenn Sie in diesen Tagen den Versuch machen - von beiden Oppositionsparteien -, diesen Begriff des demokratischen Sozialismus einzubeziehen in eine allgemeine Begriffsbestimmung von Sozialismus, der abgewirtschaftet habe, dann mögen Sie das für legal halten; wir tun das nicht.

Aber wir weichen dem nicht aus. Die Sozialistische Internationale mit Mitterand und

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) Rocard, mit Gonzales und Kinnock, mit Simon Perez und Willi Brandt ist unsere politische Heimat; von der wollen wir nicht lassen, die wollen wir haben und halten und ausbauen, weil wir glauben, daß das Ja zur Marktwirtschaft, gemeinsam gesprochen mit dem unauf-schiebbarem Ja zu sozialer Gerechtigkeit, ein Weg in die Zukunft ist. Und diesen Weg in die Zukunft wollen wir gehen.

Wir werfen dem Liberalismus, den die F.D.P. vertritt, nicht vor, er sei identisch mit dem Manchester-Liberalismus in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. Das werfen wir dem Liberalismus nicht vor!

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Bei den Sünden des Liberalismus muß man auch in das vorige Jahrhundert zurückgehen. Die Sünden des Sozialismus sind ganz aktuell!)

- Das habe ich ja eben gesagt; ich habe gesagt, wir werfen Ihnen das nicht vor.

(Zurufe von der SPD: Guten Morgen!)

Denn das, was Friedrich Engels aus Manchester berichtet hat, hat mit der Wirklichkeit auch der sozialen Marktwirtschaft bei uns nichts zu tun.

Aber womit hängt das denn zusammen? Das hängt doch auch damit zusammen, daß in den letzten vier Jahrzehnten diese Bundesrepublik aufgebaut und mit Elementen durchsetzt worden ist, zum Beispiel mit der von Adenauer und Böckler zuerst vereinbarten Mitbestimmung, mit der Teilhabe am Haben und am Sagen.

(B)

Dies ist kein kapitalistischer Staat mehr, sondern dies ist ein sozialer Rechtsstaat, und dieser muß sich vollenden, auch in seinem sozialen Teil. Darüber können wir dann streiten.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich es richtig verstanden habe, habe ich im übrigen heute hier zwei Vorwürfe gehört. Die CDU hat uns vorgeworfen: Hier hat die Regierung nichts zu sagen, die Fraktionen und die Arbeitskreise bestimmen alles. Die F.D.P. hat gesagt: Die Fraktion hat nichts zu sagen, sie ist ein reiner Zustimmungsverein gegenüber der Landesregierung; die Regierung macht alles. Die Wirklichkeit ist anders: Wir machen alles zusammen, und wir machen es gut; wir wollen weiter alles zusammen machen und es weiter zusammen gut machen.

(Beifall bei der SPD)

Kooperationsangebote, wie man sie gelegentlich hört, muß man im Kontext sehen. Wenn mir der Vorwurf gemacht wird, ich regierte nur mit der SPD, ich schlage alle Gesprächsangebote aus, ich sei nicht bereit zur Zusammenarbeit, oder - wie es bei Herrn Rohde hieß - ich redete lieber mit der Opposition in der DDR als mit der Opposition hier, dann ist das nicht nur in der Sache falsch.

(C)

(Zurufe von der SPD - Dr. Heinemann (Essen) (SPD): Wo ist denn der Herr Rohde?)

- Nach einer Rede gehe auch ich manchmal raus. Dann hat man sich so engagiert, daß man ein paar Minuten braucht. Ich finde, man sollte aufhören herumzuzählen, wer hier ist. Ich habe das nie getan - gegenüber keiner Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen zwei Beispiele nennen:

Wir haben miteinander die Mikat-Kommission bestellt. In dieser Kommission haben auch drei führende Gewerkschafter ihre Arbeit getan. Mir wird hier vorgeworfen, ich führte das Gespräch mit den Gewerkschaften über die Ergebnisse der Mikat-Kommission nicht. Abgesehen davon, daß das falsch ist, sage ich Ihnen, daß die Mikat-Kommission selbst diese Gesichtspunkte verarbeitet und eingebracht hat.

Weiter wird mir vorgeworfen: Wir haben die Kommission gemeinsam eingesetzt, dies ist aber ein Zeichen für den völligen Offenbarungseid der Regierung. Sehen Sie, wer Gemeinsamkeit - wie bei der Einberufung der Mikat-Kommission - als Vorwand nimmt, um anschließend zu sagen: Die Mehrheit ist nicht handlungsfähig! der darf nicht mehr Gemeinsamkeit reklamieren.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Frau Kollegin Thoben hat ihre Rede mit einem ungeheuerlichen Satz beschlossen,

(Schaufuß (SPD): Das kann man wohl sagen!)

den nicht alle gehört haben. Es war ein Satz, von dem ich mir nicht denken kann, daß er einfach stehen bleiben darf, ohne im Ältestenrat behandelt zu werden, wenn dieser sich nicht aufgeben will.

(Beifall bei der SPD - Rohe (SPD): Sehr richtig!)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) Frau Kollegin Thoben hat gesagt:

Meine Damen und Herren! 40 Jahre real existierender Sozialismus in der DDR sind mehr als genug; 20 Jahre SPD, davon 10 Jahre mit absoluter Mehrheit, auch.

(Doppmeier (CDU): Ja und? - Zuruf von der SPD: Eine Unverschämtheit ist das!)

Frau Kollegin Thoben, wenn Sie es für moralisch-politisch zulässig halten, eine solche Gedankenverbindung auszusprechen, sage ich Ihnen: Mit Menschen, die das für zulässig halten, möchte ich keine politische Gemeinschaft und Gemeinsamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sie haben eine deutschlandpolitische Rede gehalten, Frau Abgeordnete, die ein Zerrbild der SPD darstellt. Herr Kollege Farthmann ist darauf eindrucksvoll eingegangen. Sie hat Positionen z. B. auch von Oskar Lafontaine beschrieben, die mit der Wirklichkeit und mit dem Gesagten nichts zu tun haben. Auch ich war in einem Punkt anderer Meinung als Oskar Lafontaine. Wir haben miteinander darüber gesprochen und die Meinungsunterschiede ausgeräumt. Wir gehen jetzt mit einer einstimmig angenommenen deutschlandpolitischen Entschliebung gemeinsam auf den Berliner Parteitag. Wenn Ihre Rede ein Motto gehabt hätte - zumindest im deutschlandpolitischen Teil, im landespolitischen auch -, hätte es geheißen: Wenn die Tatsachen nicht mit meinen Wertungen übereinstimmen - wie schade für die Tatsachen!

(B)

(Beifall bei der SPD)

Das war Ihre Rede! Nichts von dem, was Sie dargestellt haben, hat mit sozialdemokratischer Politik zu tun. Nichts von dem, was Sie an landespolitischen Fragen angesprochen haben, hat mit der Wirklichkeit des Landes Nordrhein-Westfalen, das viele von uns gut kennen und das keiner Partei gehört, auch meiner nicht, zu tun. Diesen Anspruch haben wir nie erhoben. Ich gestehe freilich: Wenn Herr Kollege Rohde die parteipolitische Besetzung von Spitzenämtern in der Landesregierung mit der Regierung nahestehenden Personen kritisiert, dann kommen in mir besonnene Erinnerungen an die Zeit hoch, in der die F.D.P. in Nordrhein-Westfalen mitregiert hat.

(Beifall bei der SPD und Zuruf: Sehr richtig!)

Es gibt eine Reihe von Punkten, über die man streitig sprechen kann und muß. Dazu gehört

auch der Mikat-Bericht. Sie haben diesen heute als eine politische Schlagwaffe gegen die Regierung gewendet. 135 Punkte sind in allen Ausschüssen beraten worden, und keiner ist zum Angriffspunkt gegen die Regierung geworden.

(C)

Aber warum haben Sie denn nicht zitiert?

Die Kommission hält es für vorrangig, die Diskussion zu versachlichen, den Bestandsschutz für Gymnasien zu sichern und auf den funktionalen Stellenwert von Gesamtschulen im örtlichen Angebotspektrum aufmerksam zu machen sowie klarzustellen, daß ein ausgeglichenes Schulangebot besteht und aufrechterhalten bleiben soll.

Hätten Sie das zitiert! Hätten Sie aus dem Mikat-Bericht zitiert:

Die Kommission weist deshalb nochmals darauf hin, daß überall in den Regionen ein ausgebautes differenziertes Angebot aller Schularten besteht.,

dann wären Ihre bisherigen schulpolitischen Reden und dann wären die Veröffentlichungen von Herrn Reul als das bekannt geworden, was sie sind: der gelungene Versuch, aus wertvollem unbedrucktem Papier wertloses bedrucktes Papier zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der Sachverhalt.

(D)

Nun haben wir eine neue Mikat-Kommission. Sie ist auf meinen Vorschlag zustande gekommen. Sie wird sich mit der Kohle beschäftigen. Wir erwarten von dieser Kommission, daß sie den Jahrhundertvertrag bis 1995 nicht nur sichert, sondern das sie Anschlußregelungen auf der Basis des Mengengerüsts vorschlägt, daß sie eine feste Rolle für die heimische Kohle definiert. Nach meiner Meinung muß dieser Anteil der Kohle am Strom bei 30 % liegen, oder bei 20 % am Primärenergieverbrauch.

Wir erwarten, daß unsere nationalen Interessen in Brüssel mit mehr Nachdruck vertreten werden, als es bisher geschehen ist. Wir sind auch bereit, eigene Beiträge zu leisten: beim Sparen, bei der rationellen Energieverwendung, bei der umweltverträglichen Nutzung der heimischen Kohle. Wir wollen unsere heimische Kohle nicht verdrängen lassen durch unsichere Kernenergie oder durch südafrikanische Kohleimporte. Wir wollen eine andere Energiepolitik betreiben.

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) So gibt es eine ganze Reihe solcher Punkte, auf die sich im einzelnen eingehen ließe.

Lassen Sie mich nur noch sagen: Wenn Frau Kollegin Thoben reklamiert, daß für die SPD die Familie nur eine Lebensform sei, dann mag das für Sie ein Anlaß zur Reklamation sein. Im Grundgesetz steht, daß Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Staates stehen. Dabei bleibt es.

Daß es andere Lebensformen gibt, die nicht diffamiert werden dürfen, hat sich im Liberalismus längst herumgesprochen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Es sollte auch in einer modernen - - Sehen Sie, was wir nicht brauchen, das sind zusätzliche familienpolitische Kongresse. Was wir brauchten, das wäre endlich Familienpolitik statt einseitiger Ehepolitik, zum Beispiel beim Splitting,

(Beifall bei der SPD)

bei der Begrenzung des Splittings zugunsten der Familie. Solche Schritte müßte man gehen. Ich könnte Ihnen die Zahlen vorlegen.

Was haben wir im Kommunalwahlkampf nicht alles über den Mangel an Kindergartenplätzen in Nordrhein-Westfalen gehört.

(Frau Witteler-Koch (F.D.P.): Wohl auch richtig!)

(B)

Keiner hat darauf hingewiesen, daß wir bei den Kindergärten mehr tun als jedes andere Bundesland, in jeder Relation.

(Zuruf des Abg. Schumacher (Kall) (CDU))

Keiner hat darauf hingewiesen, daß wir in Nordrhein-Westfalen bei den Kindergärten in allen Zahlen und Fakten Platz 1 belegen.

(Frau Witteler-Koch (F.D.P.): Das hilft doch überhaupt nicht weiter, wenn Eltern einen Platz suchen)

Natürlich muß da noch viel geschehen. Da wird auch noch viel geschehen.

(Frau Witteler-Koch (F.D.P.): Die Gruppenstärke ist auch viel zu hoch!)

Deshalb wird es im nächsten Jahr in Nordrhein-Westfalen zusätzlich 18 000 Kindergartenplätze geben. Darüber bin ich froh.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der F.D.P.: Weil Wahljahr ist!)

- Nicht weil Wahljahr ist! Wir haben ja auch in diesem Jahr und im vergangenen Jahr mehr Kindergartenplätze geschaffen. Wir können die Diskussion darüber gerne aufnehmen. Aber bei dem Anhören der Reden zur dritten Lesung hatte ich nicht den Eindruck, daß das Interesse an Sachfragen bereits stark entwickelt ist.

(Dr. Farthmann (SPD): So ist es. - Beifall bei der SPD - Zuruf der Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.))

Bei der Entwicklung, mit der wir es in der Deutschlandpolitik zu tun haben - ich komme auf die Landespolitik gleich noch einmal zurück -, glaube ich, daß wir nach all der hellen Freude der letzten Monate, die nicht vergehen darf, nach all der Freude darüber, daß nun endlich Grenzen fallen, nachdem Sie in den zwei Jahrzehnten vorher durchlässiger geworden waren aufgrund der Entspannungs- und Außenpolitik, nicht vergessen dürfen: Es gibt eine zentrale Aufgabe für lange Zeit. Die deutsche Frage hat eine soziale Dimension, und zwar in der DDR und in der Bundesrepublik. Ich stimme allen, die das gesagt haben, zu: Der Vorrang muß bei der Verbesserung in der wirtschaftlichen und der sozialen Situation in der DDR liegen. Wir müssen alles tun, damit Menschen dort bleiben und sich dort wohlfühlen können. Das ist das erste und der erste Auftrag und bleibt das erste Thema.

Aber wer kommt, der wird nicht ausgesperrt. Wer kommt, ist herzlich willkommen. Damit das Hinüber und Herüber möglich ist, muß es vertragliche Vereinbarungen geben, zum Beispiel auch über die Rentensysteme. Ich habe das in der vergangenen Woche schon öffentlich ausgesprochen. Ich hoffe, daß der Bundeskanzler bei seinem Gespräch am 19. Dezember in Dresden mit Herrn Modrow über diese Frage reden und hoffentlich zu ersten Verabredungen kommen wird. Ich habe auch selber das Gespräch bei Herrn Modrow darauf gebracht, und diejenigen, die ihn vor dem 19. Dezember noch sehen - wie Wirtschaftsminister Jochimsen am kommenden Samstag -, werden das Thema selbstverständlich auch ansprechen.

Die wirtschaftliche, die politische Lage in der DDR ist noch unübersichtlich. Da können noch große Überraschungen geschehen. Manche haben auch Sorge. Ich kann den Appell des Bundespräsidenten von gestern gut verstehen. Manche haben Sorge, daß Dinge überborden könnten und daß das Chaos Platz greifen könnte.

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) Das hängt damit zusammen, daß die SED moralisch und politisch einen Bankrott erlitten hat und daß auch nicht glaube, daß die SED eine Chance zu einem wirklichen Neubeginn hat, zumal sie die Zwangsvereinigung von 1948 offiziell nicht annulliert hat, sondern in ihrem jetzigen neuen Programmentwurf einfach davon spricht, in ihr gebe es auch sozialdemokratische Traditionen.

Die nächsten Schritte, die geschehen müssen, neben dieser Annullierung - da stimme ich ausdrücklich Herrn Klose aus der Debatte, die wir kürzlich dazu geführt haben, zu -: Es müssen alle politischen Gefangenen freigelassen und rehabilitiert und entschädigt werden.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Wir werden auf dem Berliner Parteitag dazu einen Antrag annehmen, der das noch einmal deutlich nach außen spricht.

Aber wichtiger als alle Diskussionen und als alle Papiere ist jetzt praktisches Handeln im Interesse der Menschen. Wir in Nordrhein-Westfalen sind für das Konkrete. Wir wollen zeigen: Nordrhein-Westfalen ist eine verlässliche Kraft in Deutschland für Europa. Wir werden uns keiner Absprache mit anderen Bundesländern und keiner Absprache mit dem Bund widersetzen. Aber wir warten nicht, bis es zu solchen Absprachen kommt.

- (B) Wir haben einen Bürgschaftsrahmen von 1 Milliarde DM für Kooperationen nordrhein-westfälischer Unternehmen mit der DDR beschlossen. Wir haben 20 Millionen DM im Landeshaushalt für direkte unterstützende Maßnahmen, und ich habe heute morgen dem Hauptausschuß berichten können, was wir als erstes an konkreten Schritten tun wollen.

10 Millionen DM dieser 20 Millionen DM möchten wir für Hilfen im Gesundheitswesen bereitstellen, für Arzneimittel, für medizinisches Material, und sofort sollen 2 bis 3 Milliarden DM nach Sachsen gehen - nicht nur nach Leipzig, aber auch nach Leipzig. Das wird noch vor Weihnachten ausgeliefert.

Es hat eine Erkundungsreise einer NRW-Expertengruppe "Gesundheitswesen" gegeben: Vertreter des zuständigen Ministeriums, verantwortliche Fachleute aus der Krankenhausgesellschaft, Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Landesverbände der Pharmaindustrie, Deutsches Rotes Kreuz. Sie hat Besuche gemacht, hat eingehende Gespräche geführt, in konfessionellen Krankenhäusern in Ost-Berlin und in Dresden und in staatlichen Einrichtungen.

- (C) Die wichtigsten Ergebnisse, über die ich den Landtag gern unterrichten möchte, bestehen darin, daß die größten Probleme sich nicht beim Personal ergeben, sondern daß wir da am wenigsten sofort helfen können, sondern bei der Ausstattung, bei der Versorgung mit Medikamenten, mit medizinischem Gerät. Es wird dringend nach einem intensiven Erfahrungsaustausch gefragt, und nötig sind konkrete Kontakte und Einladungen. Der beste Weg ist die dezentrale Kooperation, Partnerschaften zwischen Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen und der DDR. Morgen wird dazu im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales eine erste Besprechung stattfinden, sodann am 21. ein Gespräch mit den Ärztekammern.

Wir wollen weiter Partnerschaft zwischen den Heilberufskammern und ihren Bezirksstellen und entsprechenden regionalen Einrichtungen in der DDR.

Das gleiche gilt für medizinische Hochschuleinrichtungen.

In Leipzig besteht im Augenblick eine besondere Notsituation. Herr Kollege Zöpel hat sich bei einem Besuch davon überzeugen müssen. Darum meinen wir, der dringende Bedarf müsse jetzt, noch bevor es Aufteilungen von Partnerschaften gibt, gedeckt werden.

- (D) Wir schlagen vor, daß ein Runder Tisch in Leipzig, unter Federführung der Kirchen, mit allen politischen und gesellschaftlichen Kräften Anfang Januar zusammenkommt.

Wir wollen zur Deckung dringenden Bedarfs Busse für den ÖPNV, Lastkraftwagen für Lebensmitteltransporte, Baumaterial, das den Winterbau möglich macht, zur Verfügung stellen und dafür 2 Millionen DM aus den 20 Millionen DM bereitstellen. Das soll an diesem Runden Tisch in Leipzig Anfang Januar konkretisiert werden, und ich würde Herrn Kollegen Zöpel bitten, dann wieder dabei zu sein, wenn er dies einrichten kann. Ich habe soeben schon erwähnt, daß Herr Jochimsen morgen nach Dresden fahren und übermorgen Herrn Modrow sehen wird.

Ich möchte von hier aus auch die 12 Städte, die bereits Partnerschaften mit der DDR haben oder die dabei sind, solche abzuschließen, dringend bitten, sofort alles zu unternehmen, damit sie ihren Partnerstädten helfen können: die Aachener in Naumburg an der Saale, die Bonner in Potsdam, Bottrop in Merseburg, Dortmund in Zwickau, Düsseldorf in Karl-Marx-Stadt, das hoffentlich bald wieder Chemnitz heißt; denn ich bin da einmal in die Schule gegangen.

(Allgemeiner Beifall)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) Ich habe allerdings darunter gelitten, daß die Schule, in die ich gehen mußte, damals in der Mutschmann-Straße lag. - So ändern sich die Zeiten.

Ich darf fortfahren: Lemgo mit Stendal, Unna mit Döbeln, Wuppertal mit Schwerin, Recklinghausen mit Schmalkalden, einer der großen historischen Städte, keine große Stadt, aber eine wirklich große Historie. Wer die Schmalkaldener Artikel kennt, weiß das. Köln wartet noch auf die Reaktion aus Görlitz. Leverkusen ist dabei, eine Partnerschaft mit Schwedt an der Oder zu schließen, und Unna hat die Urkunde über die Partnerschaft mit Döbeln am 17. Oktober unterzeichnet.

Ich ermutige zu weiteren Partnerschaften, und ich möchte die Oberbürgermeister dieser Städte zu uns einladen und sie bitten, alle einmal hierherzukommen und mit uns ein Gespräch zu führen über die Sorgen, die sie in ihren Städten haben.

(Allgemeiner Beifall)

Ich bekomme viele Briefe aus der DDR mit konkreten Bitten und Wünschen. Da schreibt ein Leiter eines städtischen Krankenhauses, er könne bestimmte Operationen nicht durchführen, wenn wir nicht hülfe; weiter schreibt der Betriebsleiter eines Textilbetriebs einer kirchlichen Stiftung, ein kleiner Gewerbetreibender. - Ich will in all diesen Fällen zu helfen versuchen.

(B)

Deutschlandpolitik wird ein regelmäßiger Tagesordnungspunkt in jeder Kabinettsitzung sein, weil wir nicht mehr bloß reden dürfen, sondern weil Handeln gefragt ist und weil ein Wettbewerb des Handelns gut ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir können das auch tun, meine Damen und Herren; denn wir haben eine erfolgreiche Landespolitik betrieben. Wir beenden in einem halben Jahr eine der erfolgreichsten Wahlperioden dieses Landes.

(Dorn (F.D.P.): "eine" oder "die"?)

- Eine!

(Dorn (F.D.P.): Sie haben von "der" gesprochen. Interessant!)

- Nein: Eine der erfolgreichsten des Landes. Das heißt nicht, daß nicht noch erfolgreichere denkbar sind.

(Dorn (F.D.P.): Sehr gut!)

Das bezieht sich also nur auf die letzte Zeit.

(C)

Wir haben eine ökonomische und ökologische Erneuerung zustande gebracht, die dazu geführt hat, daß es in den letzten fünf Jahren 303 000 neue Arbeitsplätze gegeben hat, trotz starker Verluste im Bergbau, bei Eisen und Stahl und im Baugewerbe. Da gibt es insgesamt ein Minus von 95 100. Wir haben die höchsten Zuwachsraten beim Straßenfahrzeugbau mit 13 000, bei der Elektrotechnik mit 31 000, beim Handel mit 41 500 und bei den Dienstleistungen mit 160 900 Arbeitsplätzen.

Das heißt: Trotz der großen Strukturprobleme ist im letzten Jahr jeder vierte neue Arbeitsplatz in der Bundesrepublik in Nordrhein-Westfalen entstanden. In den letzten zwölf Monaten haben wir endlich einen überdurchschnittlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit bei uns. Bei uns minus 1,2 Prozentpunkte, im Bund minus 0,7 Prozentpunkte.

Es gibt einen weiteren Beleg für die verbesserte Lage. Die Arbeitslosenquote in allen Arbeitsamtsbezirken des Landes lag im November 1986 überall höher als im Bundesdurchschnitt, mit der Ausnahme Bonn. Im November 1989 lag sie in neun Arbeitsamtsbezirken niedriger als im Bundesdurchschnitt. Ich halte das für eine erfreuliche Entwicklung.

(Zustimmung bei der SPD)

(D)

Die Zahl der neu gegründeten Unternehmen hat eine positive Entwicklung. Es gibt eine anhaltende Dynamik in innovativen Bereichen, und es gibt Stabilisierung in den klassischen Branchen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine überdurchschnittliche Gründungsrate.

Die Zukunftsinitiative Montanregionen und die Zukunftsinitiative Nordrhein-Westfalen haben wichtige strukturpolitische Impulse gegeben. Sie haben Kräfte vor Ort mobilisiert. Seit 1988, verteilt auf vier Jahre, haben wir 2,2 Milliarden DM für rund 260 Projekte zur Verfügung gestellt. Und damit es da nicht zu falschen Zungenschlägen kommt, damit aber auch die Relationen deutlich werden, füge ich hinzu: Von diesen 2,2 Milliarden DM für rund 260 Projekte haben wir aus Mitteln des Bundes oder der EG 500 Millionen DM bekommen, also ein glattes Viertel. Wir danken dafür herzlich.

(Zustimmung bei der SPD)

Bloß: Die Herzlichkeit des Dankes darf doch nicht dazu führen, daß Sie in Ihren Werbe-

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) prospekten⁹ sagen, das sei alles der Erfolg von Bonn, und wir hätten uns nur angehängt. Die Relationen sind anders: 2,2 Milliarden DM, davon 500 Millionen DM von Bund und EG. Noch einmal: Herzlichen Dank. Der Wahrheit die Ehre!

(Beifall bei der SPD)

Wir haben eine Untersuchung über neu geschaffene Arbeitsplätze durch die Neugründung oder Erweiterung von Unternehmen im Städtevergleich. 23 der 50 erfolgreichsten Städte - das ist keine Untersuchung, die wir gemacht haben - liegen in Nordrhein-Westfalen: 23 der 50. Fünf liegen unter den ersten zehn: Hamm, Gelsenkirchen, Leverkusen, Bonn und Aachen.

Wir haben den Exportschlager Umwelttechnik. Umweltschutz und Arbeitsplätze: Wir haben in Nordrhein-Westfalen 1 000 überregional bedeutende Betriebe mit mehr als 100 000 Beschäftigten bei umweltschutzbezogenen Gütern und Dienstleistungen. Jeder dritte Umwelttechnikbetrieb in Nordrhein-Westfalen ist in den letzten Jahren neu entstanden. Seit 1981 sind es 30 %. Freuen Sie sich doch einmal mit, wenn es vorangeht in unserem Land!

(Beifall bei der SPD)

- (B) Herr Kollege Farthmann hat die Spiegel-Emnid-Umfrage schon zitiert. Auch ich habe sie am Sonntag mit Freude gelesen. Aber Sie werden sich erinnern, meine Damen und Herren - vielleicht können Sie es mir nicht einmal verübeln -: Als ich aus dem Wissenschaftsministerium ausschied, habe ich die stenografischen Nachschriften aller Landtagsreden zu Hochschulgründungen geschenkt bekommen. Ich habe noch einmal gelesen, was die CDU über sie gesagt hat: Über Paderborn, über Wuppertal, über Essen, über Duisburg, über die Fernuniversität, über das Prinzip der Gesamthochschule, über integrierte Studiengänge, über gegabelte Studienwege. Ich habe das alles noch einmal nachgelesen. Meine Damen und Herren, Sie werden Tag für Tag widerlegt - wenn nicht Semesterferien sind. Tag für Tag wird die Opposition widerlegt.

(Beifall bei der SPD)

Ich füge freilich hinzu: Das ist eine Leistung, auf die ich stolz bin, weil ich damals der Ressortminister war; aber das ist natürlich gleichzeitig eine Leistung der damals bestehenden sozial-liberalen Koalition. Ohne Willi Weyer hätten wir die Fernuniversität nicht bekommen.

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Wir stehen auch heute dazu. Sie finden kein negatives Zitat von uns!)

- (C) - Das habe ich auch nicht gesagt. Ich wollte jetzt nur dem Vorwurf begegnen, ich hätte den Nato-Doppelbeschuß oder ähnliches nicht erwähnt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Diesen habe ich übrigens nicht erwähnt, Herr Kollege Rohde, weil ich seine Bedeutung für den aufrechten Gang der DDR-Bürger anders bewerte als Sie. Aber das ist ja auch nicht schlimm. Man kann ja auch einmal unterschiedlicher Meinung sein. Deshalb muß man doch dem anderen nicht gleich vorwerfen, er sei jemand, der andere Meinungen nicht gelten lasse, und er sei ein Monarch oder ein absolutistischer Herrscher. Davon ist keine Rede.

Ich freue mich über das Ergebnis für die Hochschulen, auch für die neuen Gesamthochschulen. Ich wünsche mir einen Wettbewerb zwischen neuen und alten Hochschulen. Ich wünsche mir auch einen Wettbewerb zwischen Universitäten und Fachhochschulen im Blick auf Praxisnähe. Ich habe es immer für ein Mißverständnis gehalten, Wissenschaftlichkeit durch die Distanz zur Praxis zu definieren. Das ist völlig falsch!

(Beifall bei der SPD)

Hier liegt ein weites Feld vor uns, auf dem wir weiterbauen wollen. Ich muß die Zahlen im einzelnen sicher nicht mehr nennen.

- (D) Lassen Sie mich hinzufügen: Marktwirtschaft ist das eine, soziale Gerechtigkeit ist das andere. Zur sozialen Gerechtigkeit gehört, daß wir das Wohnen der Menschen nicht unmöglich machen. Wir haben ein Wohnungsbauprogramm mit einer stärkeren Förderung vorgelegt. In diesem Jahr sind es 24 500; das ist doppelt soviel wie im Vorjahr. 1990 wird es weitere 24 500 Sozialmietwohnungen und Eigenheime geben. Im Vorgriff auf die dann folgenden Jahre sind Bewilligungsbescheide für 3 600 Mietwohnungen möglich, sobald die jeweiligen Bauplanungen fertig sind. Von den Kindergartenplätzen habe ich schon gesprochen.

Das alles haben wir - dagegen können Sie anreden, wie Sie wollen, meine Damen und Herren - mit einer soliden Haushaltswirtschaft zustande gebracht. Wir haben Konsolidierungserfolge aus eigener Kraft erzielt. Der durchschnittliche jährliche Anstieg der Landesausgaben von 1981 bis 1988 beträgt 1,9 % - bei einem Länderdurchschnitt von 3,5 %. Ich möchte denen danken, die geholfen haben, daß wir so niedrige Steigerungsraten in den Jahren 1981 bis 1988 haben konnten.

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) Wir haben⁹ nämlich im gleichen Zeitraum die Neuverschuldung halbiert: von 1981 mit 10,1 Milliarden DM auf 1988 mit 5,1 Milliarden DM. Für 1989 hoffe ich, daß die Nettokreditaufnahme nicht wesentlich über 3 Milliarden DM hinauszugehen braucht.

Wir haben diese Konsolidierung ohne soziale Schlagseite erreicht. Das Institut der Deutschen Wirtschaft hat neuerdings eine Untersuchung vorgelegt, in der unsere solide Haushaltspolitik bestätigt wird. Die Untersuchung bezieht die Nettokreditaufnahme auf das Bruttoinlandsprodukt, und zwar Nordrhein-Westfalen 1980: 2 %, 1988: 0,9 %; Baden-Württemberg 1980: 1,3 %, 1988: 0,8 %. Aber Niedersachsen - mit den Niedersachsen wollen Sie ja jetzt gemeinsam Wahlkampf führen - 1980: 1,6 %, 1988: 1,2 %. Die Untersuchung macht deutlich: Nordrhein-Westfalen liegt im Mittelfeld aller Bundesländer. Das war seit Jahren das erklärte Ziel der Landesregierung.

Wir haben trotz der Konsolidierung inhaltliche Schwerpunkte gesetzt und auf die "Rasenmäher-Methode" verzichtet. Da liegt natürlich auch die zukünftige Aufgabe. Wir werden uns um Haushaltsdisziplin und Sparsamkeit bemühen müssen. Wir müssen aber gleichzeitig dafür sorgen, daß die öffentlichen Hände bei größer gewordenen Herausforderungen ausreichende Mittel haben. Eine zu hohe Verschuldung geht ja - ob sie im Bund, im Land oder in der Gemeinde stattfindet - auf Kosten und zu Lasten der künftigen Generationen. Aber auch zu niedrige Staatseinnahmen gehen auf Kosten der nächsten Generationen. Das dürfen Sie nicht vergessen!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Ich habe mich nicht darüber gewundert, daß der Ton in der dritten Lesung und der persönliche Angriff noch schärfer geworden sind als in den letzten Jahren, daß statt dessen andere Dinge nicht mehr so stark im Mittelpunkt stehen. Mich hat es nicht gewundert, daß Sie über Öffentlichkeitsarbeit der Regierung bisher jedenfalls nichts gesagt haben. Sie hätten ja dann die in allen deutschen Illustrierten veröffentlichte achtseitige Farbanzeige des Bundesarbeitsministers für die Gesundheitsreform vorzeigen müssen, deren Kosten allein für diese eine Sache höher sind als die Mittel der Landesregierung für die gesamte Öffentlichkeitsarbeit.

(Zustimmung bei der SPD)

Aber ich bin zu Vergleichen bereit. Ich bin auch bereit, meine persönliche Arbeit mit der

von anderen vergleichen zu lassen, mit der Arbeit politischer Gegner und politischer Wettbewerber. Aber seien Sie sicher: Solange Sie mir und meinen politischen Freunden nicht die moralische und die politische Integrität absprechen, solange Sie darauf verzichten, uns in einen Topf mit totalitären Systemen oder Anhängern totalitärer Systeme zu werfen - die Partei, die in 125 Jahren dem deutschen Volk nie einen Rat gegeben hat, der dieses deutsche Volk in einen Krieg oder in die Unfreiheit geführt hätte - ,

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

solange Sie solche Vorwürfe nicht erheben oder so etwas insinuierten, subkutan diesen Eindruck entwickeln, so lange bin ich zu fairem Wettbewerb bereit, und so lange werde ich auch darauf verzichten, den persönlichen Angriff für die beste Waffe zu halten.

Ich glaube, der Wettbewerb der politischen Ideen und Entwürfe, gemessen an dem, was ist, und bezogen auf das, was sein könnte, gibt uns die richtige Mischung aus Bodenhaftung und Perspektive. Dies braucht unser Land Nordrhein-Westfalen. Wer dieses Land dann regiert, ob Sie oder wir, das ist, wenn Bodenhaftung und Perspektive zusammenkommen, eine Frage des Mischverhältnisses. Aber ich bin überzeugt: Der Weg, den wir gegangen sind, ist ein richtiger Weg. Ich werbe um die Zustimmung der Mehrheit der Bürger für diesen Weg.

Das heißt dann übrigens nicht, Herr Kollege Rohde: einer gegen vier, Rau gegen alle. Das ist nicht gemeint. Gemeint ist vielmehr: Es gibt nach meiner Überzeugung und nach den Wahlergebnissen der hinter uns liegenden Zeit keine andere politische Konstellation, die ohne das unmittelbare Ja zur SPD, also nicht über den Umweg, garantiert, daß eine so erfolgreiche Politik wie in den letzten Jahren fortgesetzt werden kann. Das wollen wir tun. Dazu sind wir bereit.

(Beifall bei der SPD)

Die Entscheidung trifft der Wähler. Um den werben wir, und dessen Urteil stellen wir uns!

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Schauerte das Wort.

(C)

(D)

- (A) Schauerte (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Professor Farthmann, Sie haben hier eine 30minütige Verteidigungsrede gehalten, in der Sie über weite Strecken genau das Gegenteil von dem getan haben, was der Herr Ministerpräsident gerade zum Schluß getan hat: Sie haben nämlich auf das Heftigste und auf unerträgliche Weise auch persönlich angegriffen und diffamiert.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Sie haben allerdings auch Elemente des Hochmuts erkennen lassen, indem Sie zum Beispiel gesagt haben "Rau kandidiert gegen Blüm und Rau wird wiedergewählt". Darauf kann ich nur sagen: Hochmut kommt vor dem Fall.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Farthmann, Sie haben zum Beispiel erklärt, daß Sie gegen die Entwicklung in Kalkar gewesen sind. Sie wissen doch, daß 16 Teilgenehmigungen der Unternehmung in Kalkar Ihre Unterschrift tragen. Danach haben Sie plötzlich das Höllenfeuer entdeckt. Wie wollen Sie das mit Ihrer Verantwortung in Einklang bringen?

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Farthmann, der leider nicht da ist, hat ebenfalls gesagt, das Elternrecht sei für die CDU bei der Bildungspolitik entscheidend. Der Elternwille werde beachtet. Herr Schwier, was soll man von einem Elternwillen halten, --

(B)

(Minister Schwier: Da haben Sie sich versprochen. Für die SPD hat er das erklärt!)

- Für die SPD hat er erklärt, daß dieser Elternwille oberste Richtschnur sein soll.

Was soll man von einem Elternrecht und einem Elternwillen halten, wenn 112 Eltern definitiv und endgültig entscheiden können, ob eine Gesamtschule eingerichtet wird und Tausende von Eltern anschließend und unwiderruflich die Konsequenzen zu tragen haben?

(Minister Schwier: Welche Konsequenzen?)

- ..., daß nämlich ihre ortsnahe Schule für ihre Kinder, die sie erhalten wollten, vernichtet wird.

(Dr. Dammeyer (SPD): Unsinn!)

Genau das ist die Konsequenz.

(C)

(Dr. Dammeyer (SPD): Was Sie reden, ist Unsinn!)

Nun zum deutschlandpolitischen Bereich und zum Deutschlandpapier: Was in diesem Papier - es ist ja ein langes Papier - steht, ist zitiert worden. In jedem Papier gibt es Gutes und Schlechtes.

(Ministerpräsident Dr. Rau: An dem Reul-Papier ist nichts Gutes!)

In dem Papier, das Sie geschrieben haben und Ihre Parteifreunde unterschrieben haben, gibt es zwar etwas Bedenkenswertes, aber auch Dinge, die so gravierend sind, daß man klug beraten ist, sich nun von diesem Papier zu distanzieren.

(Trinius (SPD): Nennen Sie mir mal Einzelheiten!)

- Herr Trinius, ich will Ihnen das einmal vorlesen, damit Sie das richtig begreifen. Überschriften ist es "Ansätze für eine Kultur des politischen Streites". Dort steht:

Unsere Hoffnung

- also die Hoffnung von SED und SPD -

kann sich nicht darauf richten, daß ein System das andere abschafft. Sie richtet sich darauf, daß beide Systeme reformfähig sind

(D)

(Ministerpräsident Dr. Rau: Ja.)

und der Wettbewerb der Systeme den Willen zur Reform auf beiden Seiten stärkt.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Ja.)

Koexistenz und gemeinsame Sicherheit gelten also ohne zeitliche Begrenzung.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident! Das haben Sie mit Ihrer Partei mit der SED vereinbart: ".... gelten ohne zeitliche Beschränkung."

(Beifall bei der CDU)

Die Zeit der SED ist abgelaufen. Diese Art der Koexistenz ist Gott sei Dank nicht mehr nötig. Distanzieren Sie sich von diesem Papier!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(Schauerte (CDU))

- (A) In diesen Zusammenhang gehört auch das, was wir heute in den Westfälischen Nachrichten lesen können und überschrieben wird: "Honecker zittert den Salzgitter-Pakt nun aus"

Muß die SPD dieses Landes an dieser Stelle nicht nachdenklich werden? Noch vor wenigen Wochen haben wir Sie gebeten: Ändern Sie Ihre Grundeinstellung zu Salzgitter! Finanzieren Sie 50 000 DM wieder mit! Geben Sie ein Zeichen, daß Sie konsequent gegen Rechtsbrecher vorgehen wollen! Geben Sie ein Zeichen, daß Sie die Verletzung von Menschenrechten auf das entschiedenste bekämpfen!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie haben sich nicht geöffnet. Die Antwort kommt nun aus der DDR-Opposition. Es war eine saftige Ohrfeige für die SPD. Hören Sie bitte zu: "Wir legen Wert auf den Erhalt der Zentralstelle", so ein Sprecher des Neuen Forums, der Akteneinsicht verlangte.

Genau das, was wir gesagt haben, wird nun wahr: Salzgitter hat über 80 000 Tatbestände gesammelt. Ich kann nur sagen: Gott sei Dank sind sie festgehalten worden, Gott sei Dank haben wir uns durch Sie nicht von unserer Linie abbringen lassen.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Dann weiter zur DDR und zum Währungsausgleich. Leider ist Herr Farthmann nicht da.

(Zuruf des Ministers Schwier)

- Ja, es heißt immer noch "leider". Was fehlt, ist wirklich, daß er Voraussetzungen nennt, damit sich die Dinge in der Richtung entwickeln können, die er ja auch angedeutet hat.

Auf der anderen Seite bin ich ganz sicher: Wenn es um Geld, Währung und die Organisation dieser ungeheuer schwierigen Frage geht, dann - da bin ich sehr zuversichtlich - können die das in Bonn besser als der Herr Farthmann in Düsseldorf.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Da brauchen wir von ihm an der Ecke keine Belehrung.

Wenn ich die sozialdemokratische Verhaltensweise gegenüber der DDR und der Entwicklung dort sehe, so wird zumindest in wesentlichen Teilen noch dieser Idee nachgegangen, man müßte Elemente des Sozialismus retten,

ein sozialistisches Experiment mit menschlichem Antlitz nun in der DDR versuchen. Ich sage Ihnen hier in aller Deutlichkeit, Herr Büssow: Wer den Sozialismus in der DDR retten will, wer den Bürgern der DDR ein weiteres sozialistisches Experiment zumutet, der mischt sich ein, der bevormundet und der erhöht den Ausreisedruck auf Dauer.

(Zustimmung bei der CDU)

So weit meine Vorbemerkungen!

(Büssow (SPD): Das waren keine Vorbemerkungen, Sie waren geschwätzig, Herr Schauerte!)

Wir haben heute die dritte Lesung des Landeshaushalts, der mit 67,3 Milliarden DM Einnahmen und Ausgaben abschließt - ein verantwortungsloser Wahlkampfhaushalt, der mit kreditfinanzierten Wahlgeschenken die SPD vor dem sich abzeichnenden Verlust der absoluten Mehrheit bewahren soll.

(Zustimmung bei der CDU und des Abg. Tschoeltsch (F.D.P.))

Genau so ist er angelegt.

Bei nun geplanten Gesamtschulden von 110 Milliarden DM hat der Finanzminister seine vollmundigen Ankündigungen vergessen und die Ausgabenseite bedenkenlos seiner SPD-Fraktion zum Zwecke der Selbstbedienung überlassen. Herr Finanzminister Schleißer, Sie machen 1990 2,3 Milliarden DM mehr Schulden als im Jahre 1989.

2,3 Milliarden DM mehr Schulden! Ich halte das für einen schlimmen Beweis Ihrer Untüchtigkeit. Ich muß sagen, Sie haben als Finanzminister auf der ganzen Linie versagt.

Ich will den Beweis an Ihren eigenen Aussagen führen, Herr Schleißer. Bei der Einbringung und in der ersten Lesung haben Sie erklärt: Das Land Nordrhein-Westfalen hat eine sehr solide Haushaltspolitik; denn wir erhöhen unser Ausgabenvolumen um nur 3 %. Wir sind Weltmeister. Wir sind gut. Aber die Bonner, die Bösen, erhöhen ihre Ausgaben um 3,4 %. Das ist unseriös, das widerspricht den Empfehlungen des Finanzplanungsrates.

Wir haben Sie damals schon darauf hingewiesen, daß Sie mehrere Rechenfehler in Ihrer Ausgangszahl hatten. Aber lassen wir das.

Nun, nach den Beratungen des Haushalts in Bonn und in Düsseldorf, sieht das Bild völlig anders aus. Die SPD-Fraktion und die Landes-

(C)

(D)

(Schauerte (CDU))

- (A) regierung haben dafür gesorgt, daß nun der Finanzminister hier einen Ausgabenzuwachs von 5,3 % hat, während der Bundeshaushalt eine Steigerung von nur noch 3 % aufweist. Daran kann man das unterschiedliche politische Verantwortungsbewußtsein der jeweiligen Mehrheitspartei lupenrein ablesen.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Und das vor gleichermaßen steigenden Steuereinnahmen!

Ich will das einmal an absoluten Zahlen verdeutlichen: Im Bundeshaushalt wurde nach der Steuerschätzung im November mit 5,3 Milliarden DM Steuern mehr gerechnet. Die sind sämtlich zur Rückführung der Nettoneuverschuldung verwandt worden. Darüber hinaus sind weitere 1,2 Milliarden DM von den Fraktionen der CDU und der F.D.P. im Bundestag eingespart worden.

Im nordrhein-westfälischen Landtag erhöhen sich die Steuereinnahmen um 1,8 Milliarden DM. Davon werden zwei Drittel für die Ausgabenerhöhung verwandt und nur 600 Millionen DM zur Reduzierung der Neuverschuldung.

(Zustimmung der Frau Abg. Thoben (CDU))

Das ist unseriös, und deswegen haben Sie Ihre Aufgabe nicht gelöst und als Finanzminister versagt, Herr Schleußer.

(B)

(Zustimmung bei der CDU)

Die angebliche Disziplin in der Vergangenheit, die Herr Ministerpräsident Rau gerade noch einmal lobte, ist in diesem Lande vorbei, seitdem Sie die Verantwortung tragen. Bei dem ersten Haushalt, den Sie wirklich zu verantworten haben - 1989 - ist die Steigerungsrate 4,7 %. Bei dem zweiten Haushalt, für den Sie die Verantwortung tragen - 1990 -, ist die Steigerungsrate jetzt 5,3 %. Reden Sie nicht von 1,9 % aus der Vergangenheit. Wissen Sie, vor den Jahren mit 1,3 oder 1,9 % lagen Jahre - darüber darf man gar nicht nachdenken - mit Steigerungsraten von 13 %, 11 %, 9 %. Da brauchten Sie offensichtlich einmal eine Erholung, weil Sie die hohen Steigerungsraten gar nicht mehr verarbeiten konnten.

Es ist in der Tat so, Herr Finanzminister: Sie sind am Ende Ihres Konsolidierungslateins. Sie machen in den Jahren 1989 und 1990 10 % Steigerung und hatten in der mittelfristigen Finanzplanung für die nächsten Jahre 2,7 % im Schnitt vorgesehen. Das bekommen Sie

schon gar nicht mehr hin. Sie müssen jetzt schon auf alle Jahre 3,5 % rechnen, weil Sie sich durch diese beiden Haushaltsjahre einen vernünftigen Durchschnitt der Steigerungsraten zerstört haben.

(C)

Nun möchte ich mich zu einem weiteren Punkt äußern, der mir sehr am Herzen liegt, nämlich der Frage: Was haben Sie eigentlich diesem Parlament und der Öffentlichkeit versprochen, was Sie mit den Steuermehreinnahmen tun wollen?

Herr Finanzminister, Sie haben am 4. September 1989 hier im Hause gesagt:

Ich kann Ihnen zusagen - verbindlich zusagen -: Auch die Steuereinnahmen 1989 und der Folgejahre werden ausschließlich der Verminderung der Neuverschuldung dienen. Die Regierung wird wegen der besseren Steuereinnahmen keine Mark mehr Ausgaben beschließen.

Das haben Sie hier vor dem Parlament versprochen. Exakt das Gegenteil haben Sie getan. Noch nie hat ein Finanzminister in drei Monaten dieses Parlament mit zwei so unterschiedlichen Wahrheiten bedient, wie Sie das getan haben.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Ich verstehe das nicht mehr, Herr Finanzminister.

Nur ein Drittel der Mehreinnahmen verwenden Sie zur Rückführung, und Sie haben uns versprochen, wegen der besseren Steuereinnahmen keine Mark mehr Ausgaben zu beschließen. Sie haben mich angegriffen, als ich die 1,6 Milliarden DM Steuermehreinnahmen hier in die Debatte einführte. Sie haben gesagt: Das gehört sich nicht, und außerdem ist das, was Sie schätzen, unseriös.

(D)

Mit den 1,6 Milliarden DM habe ich ja mehr als seriös gelegen, Herr Schleußer; denn Sie sind ja mittlerweile bei 1,8 Milliarden DM - ich sage noch einmal: Gott sei Dank - wegen der guten Wirtschaftsentwicklung in der ganzen Bundesrepublik gelandet.

Die verbindliche Zusage, die Sie gegenüber dem Parlament abgegeben haben, ist das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben steht. Das ist leider so, und das ist nicht gut für Nordrhein-Westfalen.

Herr Finanzminister, wenn man Entscheidungen in Kabinett und Fraktion nicht durchhalten kann und wenn Kabinett und Fraktion Sie gezwungen haben sollten, das Verspre-

(Schauerte (CDU))

- (A) chen, das Sie dem Parlament gegeben haben, zu brechen, dann hat ein anständiger Mann eigentlich nur zwei Möglichkeiten: Entweder er entschuldigt sich vor dem Parlament dafür, daß er seine Zusage nicht einhalten kann, und nennt ehrlich die Gründe, warum er das nicht kann, oder aber er zieht die Konsequenzen und gibt sein Ministeramt ab. Ein Finanzminister, der, wie Sie das offenkundig tun, auf die Vergeßlichkeit der Leute spekuliert oder am Ministersessel klebt, ist für Parlament und Öffentlichkeit unzumutbar.

Eine dritte Bemerkung zu Ihnen, Herr Schleußer: der Umgang mit der Wahrheit. Dazu nur ein Beispiel! Wir haben das in der Vergangenheit mehrfach bei Ihnen angemerkt. Was das Verfahren der Beratung des Ergänzungshaushalts angeht, so wissen Sie, daß die F.D.P. und die CDU gerügt haben, daß die Ergänzungsvorlage so spät kam, daß wir keine Chance gehabt hätten, sie zu beraten. Es war immerhin eine Ergänzungsvorlage mit einem Volumen von 1,3 Milliarden DM. Da lohnt es schon, daß man darüber redet.

Auf mehrfaches Insistieren - nicht nur einmal! - haben Sie uns sinngemäß gesagt: Bisher ist es üblich gewesen, daß die Ergänzungsvorlage, die sowohl die Deckung der zweiten Lesung als auch die Steuerschätzungen usw. darlegte, am letzten Tag der zweiten Lesung des Haushalts dem Landtag übersandt wird. Wir haben es diesmal früher getan. Das werden wir aufgrund der Erfahrungen bei den diesjährigen Haushaltsberatungen in Zukunft ändern und so verfahren wie früher.

(B)

Damit hatten Sie uns mundtot gemacht.

Ich habe mich der Mühe unterzogen und einmal nachgesehen, wie es denn in der Vergangenheit war. Herr Finanzminister, Sie haben uns mit dieser Aussage belogen. Sie haben uns massiv belogen. Ich kann Ihnen das jetzt Haushaltsjahr für Haushaltsjahr vorlegen. Die zweite Ergänzungslieferung mit den Änderungen und den Einnahmen der Steuerschätzung sind jedes Mal mindestens eine Woche vor der Schlußsitzung des Haushalts- und Finanzausschusses vorgelegt worden - mindestens eine Woche vor der Schlußsitzung des Haushalts- und Finanzausschusses vor der zweiten Lesung. Das steht im Protokoll; sehen Sie es nach. Die Aktenlage ist eindeutig. Ich sage Ihnen noch einmal: Sie haben uns hier die Unwahrheit gesagt, und das ist leider nicht das erste Mal.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Schauerte! Sie haben das Wort "belügen" benutzt. Das

setzt ja voraus, daß man bewußt die Unwahrheit sagt. Es entspricht nicht den parlamentarischen Bräuchen. Sie haben jetzt den Ausdruck verwendet: "Sie haben die Unwahrheit gesagt." Ich gehe davon aus, daß Sie das vorhin auch gemeint haben.

(C)

Schauerte (CDU): Ich bin einverstanden, weil es in der Sache genauso klar ist.

Herr Finanzminister! Ich muß, wenn Sie uns eine solche Antwort geben - die Befragung haben Sie ja kommen sehen, denn wir hatten das angekündigt -, einfach davon ausgehen, daß Sie sich vorher sachkundig machen und nicht leichtfertig irgend etwas sagen, sondern daß das Hand und Fuß hat; denn das war eine zentrale Frage unserer Auseinandersetzung in der Beratung dieses Haushaltes.

Sie antworten auf klare Fragen taktisch, manchmal strategisch und manchmal auch überzeugend, aber leider allzu häufig unwahr. Herr Finanzminister! Ich muß zusammenfassen: Wir glauben Ihnen nicht mehr, weil Sie Ihr Wort nicht halten und weil Sie uns gegenüber nicht ehrlich sind. Das muß ich am Ende dieser Haushaltsberatung in aller Deutlichkeit formulieren.

Ihre Bereitschaft, dem Haushalts- und Finanzausschuß und vor allen Dingen der Opposition nötige oder auch nur erwünschte Informationen zukommen zu lassen - ich sage Ihnen das auch nicht zum ersten Mal -, ist so unglaublich unterentwickelt, daß wir uns in der von der Verfassung gewollten und verlangten Kontrollfunktion behindert sehen. Einen solchen Vorwurf haben wir Ihren Vorgängern nicht gemacht, weil wir ihn nicht machen konnten. Hier müssen wir ihn machen, weil er gerechtfertigt ist.

(D)

Was werfen wir diesem Landeshaushalt konkret vor? Die Ausgaben steigen zu stark und unverantwortlich.

(Trinius (SPD): Und noch 500 Millionen DM mehr!)

- Ich sage Ihnen etwas dazu, Herr Trinius. Wir wollten 360 Millionen DM mehr und hatten für über 500 Millionen DM Einsparungsvorschläge, die Sie nicht einmal angesehen haben.

(Trinius (SPD): Doch!)

Wenn Sie unseren Anträgen gefolgt wären, Herr Trinius, hätte sich das Haushaltsvolumen allein an der Ecke um mehr als 140 Millionen DM verbessern lassen. Das ist die Wahrheit. Ich sage noch einmal: Die Mehrheit

(Schauerte (CDU))

- (A) meint ja, sie könne machen, was sie wolle. Sie machen Nettoneuschulden - ich habe es vorhin gesagt - von 2,3 Milliarden DM mehr als im Haushaltsjahr 1989. Das ist unverantwortlich. Unsere Einsparungen haben Sie nicht einmal diskutiert. Unseren Einnahmesteigerungsvorschlag haben Sie nicht einmal angesehen. Die Schwerpunkte werden falsch gesetzt, die Zinsquote steigt, die Investitionsquote sinkt, und die Personalquote steigt ebenfalls.

Alle unsere Anträge auf Ausgaben und auf Einnahmen sind ohne Ansatz einer ernsthaften Diskussion, ohne Ansatz einer ernsthaften Beratung stur niedergestimmt worden. Die SPD hat wohl verlernt, was Beratung heißt. Beraten verlangt, aufeinander zu hören, darüber nachzudenken und Kompromisse zu schließen.

(Dr. Pohl (CDU): Sehr gut!)

Aber das hat diese SPD offenkundig verlernt. Ich kann mich da nur dem anschließen, was zum Mehrheitsmißbrauch gesagt worden ist.

(Trinius (SPD): Ihr Vorschlag zur ... !)

Der Abbau bei den Lehrern wird fortgesetzt, in den Ministerien werden die Stellen vermehrt. Der Wohnungsbau wird nicht ausreichend versorgt. Wir hatten 110 Millionen DM mehr für den Wohnungsbau beantragt. Prestigeobjekte wie Staatskanzlei und Landesvertretung werden fortgesetzt. Herr Ministerpräsident: Wo ist da Ihr solidarischer Beitrag,

(B)

(Minister Schleißer: Sie wissen es doch besser!)

daß auf diese Dinge zum gegenwärtigen Zeitpunkt verzichtet wird? "Familienschwerpunkte - nein danke!" bei dieser Landesregierung.

Noch ein Punkt zu den Asylanträgen. Wir hatten vorgeschlagen, im Bereich der Asylkosten 100 Millionen DM einzusparen. Das hat die SPD konsequent abgelehnt.

(Trinius (SPD): Da müßte mehr dafür getan werden!)

- Ja, mit guten Gründen haben wir das vorgeschlagen.

Mir fällt eines auf. Der Herr Lafontaine, der sich nach wenigen Wochen offener Grenze darum bemüht, in seiner Staatskanzlei Wege und Möglichkeiten zu finden, um neue Mauern gegenüber den Übersiedlern aus dem anderen

Teil unseres Vaterlandes aufzubauen, den habe ich noch nie bei der Suche erlebt, wie denn die unverantwortlich wachsenden Kosten bei Wirtschaftsflüchtlings in den Griff genommen werden können. Das ist die unterschiedliche Gewichtung in Ihrer Partei.

(C)

(Beifall des Abg. Dr. Pohl (CDU))

Dies ist der letzte Haushalt dieser Regierung. Es ist eine Bilanz vorgelegt worden. Herr Ministerpräsident, wenn ich mir diese Bilanz ansehe, dann kann ich nur das aufnehmen, was Sie vorhin gesagt haben: Dies war vorher wertvolles unbeschriebenes Papier und ist nun wertloses beschriebenes Papier. Es hält hinten und vorne der jetzigen Beschlußlage schon nicht mehr stand.

Sie schmücken sich hier mit fremden Federn. Sie verweisen auf eigene Beiträge in wenigen 100 Millionen DM Höhe. Sie verschweigen Milliardenbeiträge der Bundesebene.

Sie rühmen sich, Sie hätten konsolidiert. Herr Finanzminister, das nur noch zum Schluß, weil der Herr Kollege Pohl noch zu Wort kommen will. Sie rühmen sich der Konsolidierung, Sie wären von 18 % Kreditfinanzierungsquote auf jetzt etwa 10 % heruntergegangen.

(Minister Schleißer: Das ist auch falsch!)

Herr Finanzminister! Es ist ja wirklich abenteuerlich. Wissen Sie, die anderen Länder wie Baden-Württemberg und Bayern konnten das nicht, weil sie nicht erst 18 % Kreditfinanzierungsquote gemacht haben.

(D)

Wenn Herr Clement sagt, diese Legislaturperiode - die letzten 5 Jahre - sei die erfolgreichste Legislaturperiode der letzten 20 Jahre gewesen, dann bringt er natürlich gleichzeitig zum Ausdruck, daß die 15 Jahre davor, in denen die SPD in diesem Lande auch mit dem Ministerpräsidenten Rau regiert hat, eben nicht erfolgreich waren. Er kann das nur loben, er kann sich gegenüber der Vorgeschichte nur absetzen, weil Sie vorher so deutlich schlechte Maßstäbe gesetzt haben.

(Dorn (F.D.P.): Oder weil Herr Clement keine Ahnung hat!)

- Oder weil er keine Ahnung hat! Die Möglichkeit ist immer offen, Herr Kollege Dorn. - Das ist wirklich ein unglaublicher Vorgang.

Auf der Basis kann ich Ihnen noch ein Feld zeigen, Herr Ministerpräsident, auf dem Sie bald auch große Erfolge feiern können. Sie

(Schauerte (CDU))

- (A) können hoffentlich bald große Erfolge feiern, wenn es Ihnen gelingt, etwas gegen die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen zu tun. Sie können dort größere Erfolge feiern als irgendein anderes Land der Bundesrepublik, weil in keinem Land noch so viele Arbeitslose abzubauen sind.

Das ist die Logik Ihres Lobes in dieser Broschüre. Sie ist das Papier nicht wert. Sie ist eine mit Steuermitteln finanzierte Wahlkampf-broschüre der SPD, die die Argumentationsunterlagen für Ihren Wahlkampf liefern soll.

Wir können diesem Haushalt nicht zustimmen. Wir fühlen uns nicht ordnungsgemäß unterrichtet. Das Beratungsverfahren war über weite Strecken eine Zumutung. Der Finanzminister sollte sein Verhalten gegenüber dem Gesamtparlament und gegenüber dem Ausschuß gründlich überdenken.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile Herrn Abg. Trinius von der Fraktion der SPD das Wort.

- (B) Trinius (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Dr. Rohde hat vorhin behauptet, die Redezeit sei nach dem d'Hondtschen Verhältnis aufgeteilt. Werfen Sie einen Blick auf die heutige Tagesordnung. Sie werden feststellen: Punkt für Punkt gleiche Redezeiten für jede Fraktion. Das gilt auch für diesen Tagesordnungspunkt. Die F.D.P. kann 60 Minuten zum Haushalt sprechen, ebenso die CDU, ebenso die SPD.

(Schauerte (CDU): Das ist nur heute so!)

Frau Thoben, Sie haben gesagt, 40 Jahre DDR, das sei genug; 20 Jahre SPD-Regierung in Nordrhein-Westfalen seien ebenfalls genug. Es gibt nicht eine einzige Regierung in Nordrhein-Westfalen seit 1946/47, die nicht durch demokratische Wahlen, freie Wahlen, geheime Wahlen legitimiert gewesen wäre. Es gibt nicht eine einzige Regierung in Nordrhein-Westfalen, die nicht ihre parlamentarische Legitimation gehabt hätte.

(Schauerte (CDU): Da haben Sie recht!)

Sie haben vielleicht keine Ahnung. Die letzten halbwegs freien Wahlen - nicht in der DDR, sondern noch in der SBZ - hat es 1946 gegeben. Man konnte wählen zwischen der SED, der CDU, der LDPD. Und eine Partei konnte man nicht wählen: Das war die Sozialdemokra-

tische Partei; denn die hatte man vorher mit der KPD zwangsweise vereinigt, weil sich die Kommunisten von dem Renommee der Sozialdemokraten eine höhere Gewinnchance versprochen, als wenn sie allein hätten antreten müssen. Daraus kann man eine Schlußfolgerung ziehen: Die Errichtung des stalinistischen Systems in der DDR setzte zwingend die Vernichtung der Sozialdemokratie und die Vernichtung der Tradition der Arbeitergewerkschaften in der Sowjetisch Besetzten Zone voraus. Das war die doppelte Zielrichtung des Umbaus 1948.

Ich habe kürzlich eine Dokumentation von meinem Kollegen Karl Trabalski zur Kenntnis genommen, in der die "Vereinigung der verfolgten Sozialdemokraten" darauf hinweist, wie viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter aus den Lagern - egal wo - oder den Zuchthäusern nicht wieder zurückgekommen sind. Es ist eine erschreckende Zahl. Ich danke Herrn Kollegen Dr. Klose, daß er in seiner Rede in der letzten Sitzung des Landtages auf diese Dinge hingewiesen hat.

Lassen Sie mich dann an die Wahlen vom Oktober 1950 erinnern. Wir alle hatten damals drüben in der DDR gehofft, wir hätten eine Wahlchance. Dann stellte sich heraus, es würde eine Einheitsliste vorgelegt. Auf dieser Einheitsliste standen die SED, die CDU, die LDPD, die FDJ, der Kulturbund, andere Einrichtungen. Dann lief eine Kampagne zur offenen Stimmabgabe. Und dann kam die nächste Kampagne, die Stimme bis 12.00 Uhr mittags abgegeben zu haben, damit man die, die noch nicht zur Wahl gegangen waren, auf jeden Fall noch anschleppen konnte, um eine 99%ige oder 100%ige Wahlbeteiligung zu erreichen. Seitdem heißt "wählen gehen" drüben in der DDR "falten gehen", weil man eine Liste in die Hand gedrückt bekam, die man nur zur Urne zu bringen brauchte, und mit der Beteiligung war der Wahlvorgang vollzogen, der keiner war.

Sie dürfen das nicht in einen Topf werfen. Sie tun es! Und das werfen wir Ihnen vor.

Ich komme auf das Papier von SED und SPD vom August 1987 zurück: "Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit." Herr Kollege Schauerte hat daraus eben einen Satz zitiert. Lassen Sie uns mit dem zentralen Punkt beginnen. Ich meine, man soll die Worte an den Taten und den Anspruch, den eine Partei erhebt, an der Wirklichkeit messen. Und da ist es gar keine Frage, daß sich Kommunisten, daß auch wir uns, auch viele andere sich auf das humanistische Erbe Europas berufen. Das steht hier. Und wenn das so ist, daß die SED glaubt, sich darauf berufen zu dürfen, muß sie sich am humani-

(Trinius (SPD))

- (A) stischen Erbe messen lassen. Dann heißt es in diesem Papier:

Aber sie, die Kommunisten und Sozialdemokraten, leben seit sieben Jahrzehnten in bitterem Streit darüber, in welcher Weise dies zu geschehen hat. Dieser Streit wird dadurch verschärft, daß beide oft mit denselben Begriffen verschiedene Inhalte verbinden.

Und Sie tun eigentlich das gleiche. Sie werfen uns das in einem kommunistischen Verständnis vor, wofür wir ein ganz anderes Verständnis haben.

An anderer Stelle, nachdem die Positionen der Sozialdemokraten und der SED, von jeder Seite offenbar selbständig formuliert, nebeneinandergestellt worden sind, heißt es dann:

Der Streit über so gegensätzliche Grundpositionen läßt sich weder durch Kompromißformeln noch durch Appelle an den Friedenswillen beenden. Es wäre auch niemandem damit gedient, wenn die Gegensätze verwischt würden.

Lassen Sie mich den nächsten Punkt nehmen, den Sie offensichtlich auch übersehen. Da heißt es gegen Ende dieses Papiers - und Sie müssen sich vorstellen: Das haben führende Mitglieder der SED mit unterschrieben -:

- (B) Die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihre Erfolge und Mißerfolge, Vorzüge und Nachteile muß innerhalb jedes Systems möglich sein.

Das heißt, es ist den Sozialdemokraten in diesen Erörterungen gelungen, die SED öffentlich darauf festzulegen, daß über die Erfolge und Mißerfolge ihres eigenen Systems innerhalb der DDR frei und offen muß diskutiert werden können.

Deswegen haben wir gesagt: Für den, der dieses Papier, als er von der Stasi verhört wurde, in der Hand hatte, war es eine Hilfe in der Auseinandersetzung mit dem Staatssicherheitsdienst oder wem auch immer.

Vergessen Sie den letzten wichtigen Punkt nicht. Er steht ganz vorn:

Jedes der beiden Systeme kann die von ihm beanspruchten oder behaupteten Vorzüge nur durch das Beispiel zeigen, das die Menschen innerhalb und außerhalb seiner Grenzen überzeugt.

Das heißt, nur wenn die Bürger in der DDR sagen: jawohl, das ist vorzugswürdig - kann

es als vorzugswürdig gelten und nicht bloß als vorzugswürdig beansprucht werden. Genau an diesem Punkt sind wir: daß die Bürger in der DDR selbst sagen, was sie für gut

(C)

(Schauerte (CDU): Sie haben entschieden.)

- sie werden noch wählen -, was sie für richtig halten, welchen Weg sie selbst gehen wollen.

Dann haben Sie einen Satz moniert - ich hoffe, ich finde ihn wieder. Da wird gesagt, daß kein System das andere überwinden kann, und es wird auch keine Frist gesetzt. Dieses Papier geht von den inneren Kräften in den Systemen aus, von den inneren Kräften, die zu einer Reform führen können, und davon, daß das letzte Urteil die Menschen in ihren Staaten selbst fällen.

Lassen Sie mich in dem Zusammenhang daran erinnern, was Herbert Wehner gesagt hat:

Es wird fürchterlich enden, mit einem moralischen Katzenjammer und einer sittlichen Vernichtung derer, die einmal aus ehrlichen Absichten kommunistische oder sozialistische Vorstellungen solcher Art zu realisieren versucht haben.

Das war vor 25 Jahren. Die sittliche Vernichtung derer, die das einmal mit ehrlichen Absichten begonnen haben, kann auch ein schwerer schmerzhafter Verlust sein.

(D)

(Frau Thoben (CDU): Richtig!)

Ich welse nur auf diese menschliche Seite hin.

Sie haben heute einen gemeinsamen Antrag von CDU und F.D.P. vorgelegt. Lassen Sie mich dazu zwei kleine Anmerkungen machen und eine sehr wichtige.

Erstens: Ich weiß nicht, ob es heißen muß: ein starkes Deutschland in einem starken Europa. Ich finde aber gut, daß Sie sagen: In der heutigen weltgeschichtlichen Situation haben wir gemeinsam erkannt, daß die Politik des Dialoges und der Verträge mit dem Osten, daß die Politik der Menschen- und Bürgerrechte im KSZE-Prozeß - das war das andere Papier, auf das sich die Menschen drüben, wenn sie vom Stasi vernommen wurden, berufen haben -, daß die Politik der beiderseitigen ausgewogenen Abrüstung, daß die Politik der europäischen Integration - ich verkürze - zusammengehören.

(Trinius (SPD))

- (A) Ich frage: Warum ist die CDU eigentlich nicht der Aufforderung gefolgt, daß auch andere politische Kräfte das Gespräch mit politischen Kräften drüben suchen sollten. Warum hat die CDU nicht Gespräche mit der Ost-CDU zum Beispiel darüber geführt, was denn christliche Grundlagen der Politik eigentlich heißt. Sie hätten sich dann auch in ein schwieriges Fahrwasser begeben.

Ich weiß von der F.D.P., daß Sie eine Reihe von Gesprächen mit der LDPD geführt hat. Ich finde es gut, wenn man sich über die gegensätzlichen Positionen klar ist und nichts verschleierte.

Dann heißt es:

Der Landtag begrüßt das Zehn-Punkte-Programm.

Die Maßnahmen der Landesregierung begrüßen wir auch. Sie wurden ja eben von Ministerpräsident Johannes Rau so deutlich und eindringlich dargestellt. Es fehlt jedoch die klare Aussage, die Hans-Dietrich Genscher vor der UNO-Versammlung in New York zur Westgrenze von Polen getroffen hat. Wenn Sie, meine Damen und Herren von der CDU, nicht endlich von dieser Lebenslüge der Bundesrepublik abrücken, dann gefährden Sie die Reformentwicklung, die demokratische Entwicklung in der DDR, in Polen, in anderen Ländern.

- (B) (Zuruf des Abg. Goldmann (CDU))

Sie gefährden auch Perestroika, und Sie tun auch uns hier keinen Gefallen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile Herrn Abg. Dorn von der Fraktion der F.D.P. das Wort.

Dorn (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit 1954 habe ich mich in meiner Partei intensiv um die Deutschlandpolitik gekümmert. Deshalb möchte ich diesen Teil meiner Rede an den Anfang stellen.

Kollege Farthmann hat davon gesprochen, daß der Wandel durch Annäherung eine Zielsetzung gehabt habe, die zur Destabilisierung der SED hätte führen sollen. Nun muß ich gestehen: Bei all den Verhandlungen in den vergangenen Jahren, die zwischen SED und SPD geführt worden sind, war davon natürlich überhaupt nichts zu spüren. Ich bin sicher, wenn die SED damals geahnt hätte, daß dies eine Zielsetzung der SPD gewesen

wäre, wären die Verhandlungen seitens der SED mit Sicherheit abgebrochen worden. (C)

Den Eindruck konnten sie gar nicht haben, also ist die Zielsetzung der SPD, wenn sie so gewesen wäre, von der SPD hervorragend geheimgehalten worden. Kein Mensch bei uns hat es auch jemals in der politischen Auseinandersetzung spüren können.

Die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition, Herr Kollege Farthmann - da stimme ich mit Ihnen überein -, ist natürlich ein entscheidender Faktor gewesen, die Dinge in Bewegung zu bringen.

(Minister Schwier: Aber die andere Seite hätte das doch nicht akzeptiert, wenn sie gewußt hätte, wohin es führt.)

- Aber Herr Kollege Schwier, ich wollte etwas ganz anderes sagen: Die Sozialdemokraten sind ja auch nur sehr schwer auf diesen Weg der Ostpolitik überhaupt einzuschwören gewesen. Denn 1967 und 1968, als wir Freien Demokraten im Deutschen Bundestag den Abschluß eines Staatsvertrages mit der DDR empfohlen haben, haben die Sozialdemokraten mit Willy Brandt als Außenminister und Herbert Wehner als Minister für gesamtdeutsche Angelegenheiten das abgelehnt.

Als wir den Abschluß eines Gewaltverzichtsabkommens im Deutschen Bundestag vorgebracht haben, haben die Sozialdemokraten das mit CDU/CSU abgelehnt. Als wir die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruches der Hallstein-Doktrin im Bundestag verlangt haben, haben sowohl der Außenminister Willy Brandt wie der Kanzler Kurt Georg Kiesinger das abgelehnt. Als wir dann einen Entwurf eingebracht haben, die Sicherung Westberlins durch ein Viermächteabkommen im Bundestag zu realisieren, haben die Sozialdemokraten es genauso abgelehnt. (D)

Meine Damen und Herren! Ich meine, das Wort von Herrn Farthmann - "Wir haben nichts zu korrigieren" - ist ein Wort, das man dann auch sehr unterschiedlich bewerten muß, Herr Kollege Trinius.

Sie haben sich Gott sei Dank korrigieren können, weil wir Freien Demokraten bei den Koalitionsverhandlungen 1969 auf all diesen Positionen bedingungslos bestanden haben.

(Trinius (SPD): Ich schreibe das Verdienst den Kirchen zu, der evangelischen Kirche insbesondere!)

- Wenn Sie den Einfluß der evangelischen Kirche auf die Sozialdemokraten so hoch

(Dorn (F.D.P.))

- (A) einschätzen, ist das eine Frage, die ich so wenig beurteilen kann, weil ich nicht Mitglied Ihrer Partei bin.

(Beifall und Heiterkeit bei der F.D.P.)

Nun hat Herr Farthmann zu Recht auf zwei andere Stationen hingewiesen, die wir dann gemeinsam beschritten haben.

Erfurt! Natürlich war Erfurt für jeden, der dabei war, ein besonderes inneres Erlebnis, das jeden von uns ergriffen hat. Ich habe mich damals gefreut, daß meine Bundestagsfraktion mich zu dieser Delegation mitgeschickt hat. Aber in Erfurt haben wir auch eines erlebt, Herr Kollege Trinius: Ich habe eine sehr heftige Auseinandersetzung mit dem damaligen Außenminister Winzer gehabt, weil ich in der Frage der Staatsbürgerschaft die Position vertreten habe, die wir damals in der Koalition vertreten haben und die die Bundesregierung heute ebenso vertritt.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, wenn wir das nicht gemacht hätten, was wäre denn dann los gewesen? Die Deutschen Botschaften in Prag, in Budapest, in Warschau hätten die anderen nicht aufnehmen dürfen, die herübergekommen und geflüchtet sind und die Bewegung in der DDR erst einmal in Gang gesetzt haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

- (B) Das ist der große Irrtum des Herrn Lafontaine, Herr Ministerpräsident. Der Herr Ministerpräsident Lafontaine hat überhaupt nicht begriffen, welch geschichtliche Bedeutung unser Bestehen auf der gemeinsamen deutschen Staatsbürgerschaft gehabt hat.

(Lebhafte Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Nun, meine Damen und Herren, ich verstehe sehr wohl die Auseinandersetzungen in der DDR über die künftige Form der demokratischen und wirtschaftlichen Entwicklung, auch über das Wort Sozialismus, über das in der vorigen und in dieser Woche hier so viel gesprochen worden ist. Als ich zum ersten Mal in der DDR bei LDPD-Veranstaltungen auftrat, erinnere ich mich noch sehr genau, daß ich bei der ersten Veranstaltung eine Podiumsdiskussion mit dem damaligen Wirtschaftsminister von Sachsen, Helmut Müller von der LDPD, hatte. Er sprach über das Thema "Die Pflicht des Sozialismus" - für einen Liberalen Demokraten natürlich fast eine Perversion. Aber so war das nun einmal bei den Blockparteien drüben, die sich in einem

solchen System in einer Gefangenschaft befanden. Und ich sprach über das Thema "Die Gefahren des Sozialismus". (C)

Als wir uns am Abend vorher in einem Hotel getroffen haben, um abzustimmen, wie wir unsere Reden aufbauen wollten, da haben wir nach einer halben Stunde festgestellt, daß der Sozialismusbegriff für uns völlig unterschiedlich war und uns kein Mensch am nächsten Tag verstanden hätte, wenn wir unsere vorbereiteten Reden dort vorgetragen hätten.

Um Sozialismus oder soziale Marktwirtschaft sind ja auch vor und während der Gründung der Bundesrepublik heftige Auseinandersetzungen gewesen, ebenfalls Ende der 40er Jahre - 1946/47/48 -: Die CDU und das Ahlener Programm, die Auseinandersetzungen zwischen Arnold und Adenauer; die SPD hat lange gebraucht, bis sie von dieser Art sozialistischer Vorstellung weggekommen ist bis zum Godesberger Programm; und die Bundesregierung unter Konrad Adenauer hat sich mit der F.D.P. für die soziale Marktwirtschaft entschieden.

Bei uns begannen diese heftigen und leidenschaftlich geführten Auseinandersetzungen auch in Nordrhein-Westfalen, auch in diesem Landesparlament. Dabei wissen wir um die vieldeutigen Aussagen zum Thema Sozialismus. Nach den Erfahrungen der letzten 40 Jahre können wir nur feststellen: Der Sozialismus hat viele Väter. Ich möchte dazu aus einer Rede zitieren, bei deren Text man nicht weiß, ob die Rede im Osten oder im Westen gehalten wurde. Das Zitat lautet - mit Genehmigung des Herrn Präsidenten darf ich das hier vortragen -: (D)

Die Wirtschaft muß ihrem natürlichen Zweck, nämlich der Bedarfsdeckung zugeführt werden. Privater Kapitalismus, Konzern- und Machtbildungen im Bergbau und in der Großindustrie werden auf dem Weg der Entflechtungen aufgelöst, weil sie ihren Einfluß und ihre Machtstellung zum Nachteil des Staates und der Gesellschaft mißbraucht haben. Das ist in dieser Stunde eine Feststellung von geschichtlicher Bedeutung.

Der Sprecher der KPD hat zum Ausdruck gebracht, daß es ein dringendes Erfordernis sei, daß die Macht der Monopole und Konzerne beseitigt werden muß. Ich stimme mit dieser Forderung vollkommen überein. Die Zeit des liberalen und machtpolitischen Kapitalismus geht in der Tat dem Ende entgegen.

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Eine neue Entwicklung muß ihren Anfang nehmen: Es kommt darauf an, daß die Macht- und Monopolbildungen in der Wirtschaft aufgelöst und beseitigt werden. Es kommt darauf an, daß die Vorherrschaft des privaten Kapitals in der Großindustrie ein für allemal gebrochen wird und daß eine Gemeinwirtschaft eingeführt wird, die den Interessen des gesamten Volkes dient. Es kommt darauf an, daß Vertreter der Arbeitnehmerschaft kraft gesetzlichen Rechts in die Führung der Großbetriebe mit aufgenommen werden und daß schließlich die Vertreter des nichtprivaten Kapitals in jedem Fall die absolute Mehrheit des Stimmrechts besitzen.

So weit das Zitat - ein Zitat aus einer Rede des Ministerpräsidenten Karl Arnold in der Plenarsitzung des Landtags im März 1947!

(Skorzak (CDU): Das ist schon etwas her!)

Solche politischen Vorstellungen, meine Damen und Herren von der CDU, führten dann dazu, daß Sie mit den Stimmen der KPD, der SPD und des Zentrums gegen die Stimmen der F.D.P. den Artikel 27 in unserer Landesverfassung verankert haben. In diesem Artikel 27 wird die Sozialisierung der Großindustrie festgeschrieben.

- (B) Durch die politische Entwicklung im Bund, wo die Sozialisten aller Richtungen keine Mehrheit bekamen, wurde dann zum Glück für die Menschen in der Bundesrepublik nicht die sozialistische Politik, sondern die Politik der sozialen Marktwirtschaft realisiert - anders als in Großbritannien, meine Damen und Herren, wo Sozialisierung und Privatisierung von Regierung zu Regierung gewechselt haben: Auf die Sozialisierung 1946 folgte die Privatisierung, danach kam wieder die Sozialisierung, dann wieder die Privatisierung, und die Wirtschaft in Großbritannien hat ja eine verheerende Entwicklung seit dieser Zeit genommen. Diese Experimente haben wir uns Gott sei Dank in der Bundesrepublik gespart.

Aber, meine Damen und Herren von der CDU, ich spreche auch Sie hier sehr deutlich an. Wir Freien Demokraten haben in den letzten 30 Jahren mehrfach versucht, diesen Sozialisierungsartikel aus der Verfassung zu streichen. Wir haben dafür nie eine Mehrheit im Landtag gefunden.

Wenn ich mir die Entwicklung in der DDR ansehe, komme ich zu der Überzeugung, daß die Menschen in der DDR am Ende die Verfassungsänderung über die Sozialisierung eher

(C) schaffen, als wir im Landtag eine Mehrheit für unsere Vorstellungen finden.

(Heiterkeit und Beifall bei der F.D.P.)

Aber auch das müssen die Menschen in der DDR selbst entscheiden. Wir wollen ihnen nichts vorschreiben, wir können ihnen nur sagen, welche Erfahrungen wir mit der sozialen Marktwirtschaft gemacht haben.

Der Sozialismus hat in seiner Geschichte viele - oft widersprüchliche - Ausdeutungen erfahren: dogmatischer Sozialismus, internationaler Sozialismus, Nationalsozialismus, realer Sozialismus. Ob im Ostblock, in Südamerika oder in Afrika, ob bei Stalin, Allende oder Honecker, immer lautete seine Maxime: Du als einzelner bist nichts, dein Volk, die Partei, die Gesellschaft ist alles. Dies geht bis zum letzten Satz bei der SED: Die Partei hat immer recht.

Meine Damen und Herren! Die liberalen Gegenpositionen würden mehr Freiheiten für den Menschen verwirklichen. Friedrich Naumann hat einmal gesagt:

Der Staat sind wir alle, aber der Staat darf nicht alles.

Mit der Demokratisierung und zugleich der Liberalisierung des Staates wurde der frühere unfreiheitliche Obrigkeitsstaat in den freiheitlichen Rechtsstaat umgestaltet und die Freiheit des Staatsbürgers verfassungsmäßig gesichert. (D)

Die Frage nach der Zukunft der Freiheit ist gleichzeitig die Frage nach der Zukunft einer menschenwürdigen Gesellschaft. Mein leider so früh verstorbener Freund Karl Hermann Flach hat das so formuliert:

Die von Karl Marx eingeleitete Entwicklung zum Sozialismus, deren Kern die Befreiung des Menschen von der Ausbeutung durch den Menschen ist, brachte im Verlauf eines Jahrhunderts massenhafte Zwangsarbeit, die Liquidation politischer Gegner und angeblich irrender Anhänger, die schrankenlose Herrschaft eines Tyrannen, Systeme der Repression und einer grandiosen Bevormundung sowie institutionalisierte Bürokratenherrschaft.

Soweit übersehbar, löst der Sozialismus in den von ihm bisher geprägten Gesellschaften nicht die Fragen und hebt die Widersprüche nicht auf, aus denen heraus er entstanden ist.

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Politik ist nicht nur eine Sache der Gesinnung. Politik ist auf Durchsetzungsvermögen angewiesen. Niemand kann endgültige Ziele aus dem Stand erreichen, er muß sie vielmehr ständig neu erkämpfen. Das werden die Menschen in der DDR in der Zukunft immer wieder selbst erfahren. Wir dürfen sie weder bevormunden wollen, noch haben wir das Recht, von ihnen Entscheidungen zu verlangen, die sie in der Sache nicht akzeptieren. Wir können ihnen aber die von uns gemachten Erfahrungen schildern und die Konsequenzen, die sich aus unseren politischen Entscheidungen ergeben haben, aufzeigen. Das hat nichts mit Belehrungen oder Ratschlägen zu tun. Herr Ministerpräsident, diese dumme Formulierung "Ratschläge sind auch Schläge" bringt uns in der Sache doch nicht weiter!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich habe in meinem politischen und persönlichen Leben oft Ratschläge erhalten. Manche habe ich akzeptiert; ich habe dabei viel gelernt. Manche habe ich nicht für richtig gehalten. Aber alle mir gemachten Ratschläge habe ich nie als Schläge empfunden. Vor allen Dingen habe ich gelernt, daß Freiheit und Recht unteilbar sind. Sie sind die ethische Lebensgrundlage, auf der jedes Volk eine gesicherte Grundlage für den Staatsaufbau hat.

Ich möchte diesen Teil meiner Rede mit einem Wort eines klugen Liberalen, eines der klügsten Denker seiner Zeit, Tocqueville, abschließen: Er hat vor mehr als 100 Jahren gesagt:

- (B) Ich glaube, ich würde die Freiheit in jeder Epoche der Geschichte geliebt haben. Aber in den Zeiten, in denen wir heute leben, bin ich bereit, sie inbrünstig zu verehren.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Kollege Farthmann, hat der Opposition vorgeworfen, sie habe keine konkreten Vorschläge zur Regierungspolitik und gegenüber der Mehrheitsfraktion gemacht.

(Zuruf von der CDU: Jede Menge Anträge!)

Mein Fraktionsvorsitzender Achim Rohde hat vorhin schon eine Reihe von Vorschlägen vorgetragen, die von der SPD einfach abgelehnt worden sind. In einem Fall war die SPD sogar nicht einmal bereit, in einem der Ausschüsse des Landtags mit uns darüber zu debattieren.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

(C) Das ist das unglaubliche Demokratieverständnis, das nur auf die Arroganz der Macht der Mehrheit in diesem Land zurückzuführen ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich möchte mich nun auf die Vorschläge konzentrieren, die wir für den Haushaltsbereich gemacht haben, Herr Finanzminister: das Entschuldungsgesetz 1986, das Gesetz zum Abbau der Neuverschuldung, Kurskorrektur für Nordrhein-Westfalen, Finanzierungskonzept Zukunftssicherung Nordrhein-Westfalen. In all diesen Gesetzen und Anträgen ging es uns darum, die Stabilität der Währung, die Stabilität der Ausgaben- und Einnahmenpolitik in diesem Lande auf eine reale Basis zu stellen und nicht für weitere politische und parteipolitische Trauertänze Geld auszugeben. All diese Anträge haben Sie rücksichtslos abgelehnt.

Zwei Vorschläge haben wir gemacht, denen Sie zugestimmt haben, das heißt, bei unserem Vorschlag, endlich den Ist-Abschluß im Haushaltsrecht einzuführen, hat Ihr Vorgänger zugestimmt. Als wir den Antrag stellten, sagte der damalige Finanzminister Posser, er sei dieser Meinung schon lange gewesen, er hätte in seiner eigenen Partei dafür aber keine Mehrheit gefunden. Nachdem wir den Antrag im Parlament eingebracht hatten, fand er mit unserer Rückendeckung zum Schluß doch eine Mehrheit in seiner Partei, so daß er den Ist-Abschluß durchsetzen konnte.

(D) Auch unseren zweiten konkreten Vorschlag hat der Kollege Farthmann wohl nicht realisiert. Wir werfen seit vier Jahren der Regierung in diesem Haus vor, daß die von ihr eingeführte Stellenbesetzungssperre gegenüber den Bediensteten unseres Landes unfair und unverantwortlich ist. Jahr für Jahr wurde unser Antrag hierzu abgelehnt. Nun wird er plötzlich von der SPD aufgegriffen und am 1. Januar 1990 endlich realisiert. Komme niemand auf die Idee, es habe etwas mit der Landtagswahl im nächsten Jahr zu tun!

Nun, Herr Ministerpräsident, ich möchte Ihnen ausdrücklich Dank sagen für die Klarstellung, daß der Regierungssprecher und Chef Ihrer Staatskanzlei wohl doch nicht recht hatte, als er gesagt hat, diese Legislaturperiode sei die erfolgreichste Legislaturperiode seit über 20 Jahren.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Das hat er nicht gesagt.)

(Dorn (F.D.P.))

(A) - Dann ist die dpa-Meldung falsch.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Er hat gesagt: "Eine der ..." - Dr. Rohde (F.D.P.) (lachend): Also nur erfolgreiche Legislaturperioden?)

- Wie auch immer, hier in der dpa-Meldung steht es jedenfalls in der Überschrift. Wenn er das nicht gesagt hat, sondern das gesagt hat, was Sie vorhin auf meinen Zwischenruf gesagt haben, bin ich bereit, das zu akzeptieren. Dann befinden wir uns wieder in Übereinstimmung.

(Ministerpräsident Dr. Rau: In der ersten Zeile der Meldung steht es auch richtig!)

- Na gut. Uns kam es darauf an, klarzustellen, denn das wäre ja ein Schlag ins Gesicht Ihrer eigenen Position gewesen.

Nun, meine Damen und Herren, die meisten von Ihnen kennen die berühmte Antwort von John Rockefeller auf die Frage nach dem Maßstab wahren Erfolgs. Er hat gesagt: Erfolgreich ist der Mann, dem es gelingt, mehr zu verdienen, als seine Frau ausgeben kann.

(Lachen der Frau Abg. Thoben (CDU))

- Läßt man für einen Moment beiseite, daß in dieser Anekdote die Rolle der modernen Frau natürlich unglaublich verzeichnet ist, Frau Kollegin Thoben, dann bleibt die simple Botschaft übrig: Es ist ein Erfolg, mehr zu verdienen als auszugeben.

(B)

(Frau Thoben (CDU): Richtig!)

Damit komme ich vom Anekdotischen zum Grundsätzlichen. In unserem Land wird zur Zeit unglaublich gut verdient. Dank Steuerreform profitiert davon zunächst jeder einzelne Bürger, ab dem 1. Januar 1990 sogar noch mehr. Davon profitieren aber auch Gemeinden, Bund und das Land.

Nach der jüngsten Statistik aus Ihrem Hause, Herr Finanzminister, hat das Land von Januar bis einschließlich Oktober über 4 Milliarden DM mehr an Steuern eingenommen als im Vorjahr. Das sind 10,8 % mehr. Wenn man diese Zahlen vergleicht mit Ihrer eigenen Prognose - ich habe darauf schon in der zweiten Lesung hingewiesen -, dann ist nachgewiesen, daß die prognosestatistischen Möglichkeiten der Landesregierung völlig unbrauchbar für die Finanzpolitik dieses Landes sind.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Für viele andere politische Positionen der Landesregierung ist das ebenfalls erkennbar.

(C)

(Schauerte (CDU): Leider wahr!)

Wenn das Land noch so viel hinzu verdient - die SPD-Regierung schafft es allemal, noch mehr auszugeben. Nicht nur gemessen an der Erfolgsdefinition von Rockefeller ist die Haushaltspolitik dieses Landes ein ganz eklatanter Mißerfolg, es sei denn, man würde die Vorzeichen umdrehen: Der Politiker ist erfolgreich, der heute zu seinem Ruhm Millionen ausgibt und es den nächsten Generationen überläßt, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie sie die Altschulden und Altzinsen zurückzahlen sollen.

Herr Finanzminister, diese Belastung für die nächsten Generationen ist eine unverantwortliche Politik. Das haben wir dem Ministerpräsidenten nun seit Jahren immer wieder vorgetragen. Ich komme zurück auf das, was Herr Kollege Schauerte vorhin gesagt hat: Sie haben uns hier im Plenum versprochen, daß jede Mark, die mehr eingenommen wird, zur Minderung der Nettokreditaufnahme, praktisch zur Rückführung der Schulden führt.

(Zustimmung des Abg. Schauerte (CDU))

Genau das Gegenteil haben Sie zusammen mit Ihrer Partei und Ihrer Fraktion dann hier gemacht!

(Zustimmung bei der CDU)

(D)

Wir fragen uns einfach: Wem kann man überhaupt noch glauben, wenn er für die Regierung spricht? Das, was Sie vortragen, ist nicht glaubwürdig, weil Sie das Gegenteil von dem tun, was Sie hier vortragen.

Herr Ministerpräsident, Sie sollten wirklich einmal mit Ihren Kabinettsmitgliedern ein ernstes Wort darüber reden, welche Zusagen sie dem Parlament geben, welche Rückendeckung sie dafür im Kabinett und in der eigenen Mehrheitsfraktion haben, damit nicht ständig hier festgestellt werden muß, daß Ihre Minister Erklärungen abgeben, die nachher bei der Entscheidung ins Gegenteil verkehrt werden.

Ich komme zum Schluß. Die Minister Jochimsen und Matthiesen zusammen können doch nur davon träumen, über so viel Geld zu verfügen,

(Frau Thoben (CDU): Das ist wahr!)

wie wir allein an Zinsen aufbringen müssen. Diese Landesregierung muß täglich 20 Millio-

(Dorn (F.D.P.))

- (A) nen DM Zinsen nur für das zahlen, was sie an Schulden in den letzten Jahren gemacht hat.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

Wer sich diese Summe vorstellt - 20 Millionen DM täglich -, der kann doch nicht für sich in Anspruch nehmen, noch eine solide Politik zu machen! Und wenn ich an die 100 Milliarden DM Schulden denke,

(Blumenberg (SPD): Vielleicht haben Sie das auch einmal für Bonn ausgerechnet!)

dann ist klar, daß sich das Land auf den Kernbereich staatlicher Verantwortung konzentrieren muß, insbesondere auf den Bereich der Inneren Sicherheit. Unsere Polizei muß, was das Personal und die Ausstattung anbelangt, in die Lage versetzt werden, professionell auf steigende Kriminalität zu reagieren. Das fordern die Bürger unseres Landes, und zwar zu Recht.

Zum Kernbereich staatlicher Verantwortung zählen wir Freien Demokraten auch einen effektiven Umweltschutz. Es ist aus unserer Sicht ein Trauerspiel, daß zum Beispiel der in unserem Land produzierte Sondermüll hier immer noch nicht vollständig entsorgt werden kann.

- (B) Meine Damen und Herren, diese Landesregierung hat uns eine Finanzplanung vorgelegt, wie sie sich die zukünftige Haushaltsentwicklung vorstellt. Der Schuldenstand zum 31. Dezember 1990 soll 110 Milliarden DM und zum 31. Dezember 1993 bereits 125 Milliarden DM betragen. Genau diese buchhalterische Schuldenvision lehnen wir ab, Herr Ministerpräsident. Das ist keine Perspektive, daß es keine Initiativmöglichkeiten mehr für die Zukunft gibt. Hier wird eindeutig die nächste und übernächste Generation mit dem, was Sie an Politik betreiben, verschuldet.

Wenn irgend etwas die Haushaltspolitik dieses Landes kennzeichnet, über deren vorläufig letztes, trauriges Ergebnis wir hier zu beschließen haben, dann ist es die Konzeptions- und Perspektivlosigkeit dieser Landesregierung. Die F.D.P. wird aus diesem Grunde den Entwurf der Landesregierung zum Haushalt mit den marginalen Äußerungen, zu denen sich das Hohe Haus mit der SPD-Fraktion aufgerafft hat, ablehnen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile Herrn Abg. Dr. Pohl von der Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Pohl (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einige Bemerkungen zum Abschluß der Debatte! Herr Kollege Farthmann glaubte hier feststellen zu müssen, daß wir von der Opposition keine konstruktiven Vorschläge für die Bereiche der Landespolitik vorgelegt hätten.

(Schaufuß (SPD): Recht hat er.)

Nun, der Kollege Farthmann irrt auch hier. Wir haben in den Bereichen der Finanzpolitik, zur Haushaltsstruktur, zur Entbürokratisierung, zur Privatisierung, im Bereich der Energiepolitik, im Bereich der Wissenschaftspolitik, im Bereich der Schulpolitik, im Bereich der inneren Sicherheit Gesetze und Anträge vorgelegt,

die von der Landesregierung und von der Mehrheitsfraktion entweder brüsk zurückgewiesen oder nach langwieriger Verschleppung im Ausschuß später dann in eine Eigeninitiative der Landesregierung umgemünzt wurden.

Zweite Bemerkung: Schulpolitik! Herr Kollege Farthmann sagt, die Schulpolitik der SPD gründe auf dem Elternrecht und er weise mit Nachdruck zurück, daß die SPD das gegliederte Schulwesen gefährde und die Gesamtschule flächendeckend einführen wolle.

Nun, Herr Ministerpräsident, darf ich Sie einmal fragen. Wir haben ein Schulfriedensgesetz vorgelegt, in dem wir, auf das Elternrecht abhebend, nicht nur das Elternrecht derjenigen gewahrt wissen wollten, die eine Gesamtschule beantragen, sondern auch das Elternrecht derjenigen, die durch die Gründung einer Gesamtschule im gegliederten Schulwesen betroffen sind.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir haben verlangt, daß auch dieses Elternrecht kodifiziert wird. Sie haben diesem Gesetz primär in einem Aufschubbeschuß zugestimmt. Aber Ihre Fraktion hat Sie dann zurückgepfiffen, und Sie durften Ihre Meinung, daß dieses hier beraten werden sollte, nicht durchsetzen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU)

Wenn sich dann die SPD hier durch Herrn Farthmann darauf beruft, das Elternrecht sei maßgebend, das gegliederte Schulwesen solle erhalten bleiben, dann sage ich von der Union: Dies ist nicht richtig, weil Sie auf unsere Vorschläge zur Kodifizierung des Elternrechts eben nicht eingegangen sind.

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) Und wie ist es denn mit den kleinen Schulen vor Ort? Haben wir denn nicht vorgeschlagen, wegen der zurückgehenden Kinderzahl sollten Hauptschulen einzügig und Grundschulen zweiklassig geführt werden? Haben Sie nicht auch diesen Vorschlag verworfen?

Und - drittes Stichwort -: gute Wirtschaftslage! Also, meine Damen und Herren, lieber Herr Ministerpräsident, in den ersten zwei Jahren war Bonn stets alles Schlechte schuld, und die Landesregierung hatte für das, was hier getan oder versäumt wurde, überhaupt keine Zuständigkeit, keinerlei Verantwortung, erst recht keine Schuld. Heute, wo es uns dank der guten Wirtschafts- und Konjunkturpolitik dieser Bundesregierung besser geht,

(Beifall bei der CDU)

hat natürlich Nordrhein-Westfalen alles Gute selbst gemacht und die Bundesregierung dazu überhaupt keinen Beitrag geleistet.

So ist es denn ganz typisch: Sie erwähnen die 2,2 Milliarden des ZIM-Programms; aber die zehn Jahre 756 Millionen DM Bundesmittel zur Strukturhilfe durch die Bundesregierung - das sogenannte Albrecht-Gesetz, das Strukturhilfegesetz - erwähnen Sie erst gar nicht, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Deshalb möchte ich für meine Fraktion feststellen: Keine Bundesregierung hat je für das Land Nordrhein-Westfalen

(Wendzinski (SPD): So wenig geleistet wie die jetzige Bundesregierung!)

so viel getan wie die Bundesregierung Kohl und Genscher.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sodann hat Herr Farthmann gesagt, Herr Rau habe zwei Wahlen mit absoluter Mehrheit gewonnen; er werde auch die nächste Wahl mit absoluter Mehrheit gewinnen. Nun, Herr Ministerpräsident, darüber entscheiden ja zunächst einmal die Wählerinnen und Wähler. Das müssen wir hier feststellen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Zweitens habe ich den Eindruck, daß Herr Farthmann durch das Herstellen dieser Kette so ein klein wenig den Jungen spielt, der sich durch Pfeifen im Wald Mut macht. Sie wissen durch Umfragen doch ganz genau:

Ihre absolute Mehrheit ist in jedem Falle weg, Herr Ministerpräsident. (C)

(Lachen bei der SPD - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deshalb bin ich der Meinung, Herr Farthmann sollte solche Äußerungen zurückhaltender formulieren. Wir werden es am 13. Mai sehen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Für die Landesregierung spricht der Herr Finanzminister. Ich erteile ihm das Wort.

Schleußer, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am Freitag der letzten Woche hat Herr Kollege Riscop von diesem Pult aus gesagt, es müßte eine reine Freude sein, Finanzminister in Nordrhein-Westfalen zu sein. Herr Kollege Schauerte, ich vermute, Herr Kollege Riscop kannte am letzten Freitag noch nicht Ihre Rede; sonst wäre er vermutlich zu anderen Ergebnissen gekommen.

Lassen Sie mich eines sagen: Sie haben eine Reihe von Vorwürfen erhoben, denen ich guten Gewissens begegnen kann, falsche Darstellungen von Fakten geliefert, die ich korrigieren werde. Aber haben Sie bitte Verständnis dafür, daß Ihre Form der Polemik nicht meine Sache ist. Ich weiß, daß die Oppositionen hin und wieder sogenannte Wadenbeißer produzieren, und Sie sind ein geglücktes Exemplar davon. (D)

(Beifall bei der SPD)

Aber das ist nicht meine Ebene.

Zunächst: Was macht der Finanzminister mit den Steuermehreinnahmen, und in welcher Situation hat er das gesagt? - Es ging, Herr Kollege Schauerte, um den Haushalt 1988, als sich im Verlauf des Haushaltsvollzugs Mehreinnahmen ergaben. Ich kann Ihnen sagen, daß diese Mehreinnahmen komplett zur Verminderung der Nettokreditverschuldung eingestellt worden sind, zur Minderung der Nettokreditaufnahme - 800 Millionen DM, wie Sie wissen.

Wir haben jetzt den Haushalt 1989.

(Schauerte (CDU): Da haben Sie das wiederholt.)

Wir werden im Vollzug, so vermute ich, 3 Milliarden DM mehr Steuern einnehmen, als wir das im Haushaltsansatz vorgesehen haben.

(Minister Schleißer)

- (A) Sie können sich darauf verlassen, daß sie, wie damals auch gesagt, zur Verminderung der Nettokreditaufnahme genutzt werden, genauso, wie das 1989 geschehen ist. So ist es weit hergeholt zu sagen, hier sage man nicht die Wahrheit. Überprüfbar in jedem Falle!

(Schauerte (CDU): 1990!)

- Darauf komme ich auch noch zurück, Herr Kollege Schauerte.

(Schauerte (CDU): Da gilt es.)

Was die großartige wirtschaftliche Leistung der Bundesregierung angeht - nur darauf sind nach Ihrem Dafürhalten ja die Steuermehreinnahmen zurückzuführen -, so habe ich Ihnen schon einmal gesagt, daß es im Juni 1988 eine Rede Ihres Kollegen Linssen gegeben hat. Darin er mir vorgeworfen: Lasten Sie die Steuermindereinnahmen, die da kommen, nicht dem Bund an! Es ist Ihre eigene Verantwortung, welche Steuereinnahmen das Land hat! - Herr Kollege Schauerte, entweder war das richtig, was damals Herr Kollege Linssen gesagt hat; dann ist das falsch, was Sie heute sagen - oder aber umgekehrt.

(Bensmann (CDU): So hat er das nicht gesagt.)

- (B) Eine weitere Anmerkung zu Herrn Kollegen Dorn, der die Zinsleistungen des Landes reklamierte. Es ist richtig, daß sie 20 Millionen DM täglich betragen. Aber daß man den Splitter im Auge des Gegners sieht und nicht den Balken im eigenen Auge, wird daran deutlich, daß die Zinsleistungen der Bundesregierung für die Schulden seit 1983 mehr als das Doppelte täglich ausmachen. Das muß man doch zur Kenntnis nehmen.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Was die Solidität der nordrhein-westfälischen Haushalts- und Finanzpolitik angeht, Herr Kollege Schauerte: Nennen Sie mir Beispiele - den Bund oder ein einziges Bundesland - dafür, daß von 1981 bis 1988 - und das wird bei uns auch im Haushaltsvollzug 1989 so sein - die Ausgabensteigerung immer unterhalb der Einnahmezunahme gelegen hat. Das heißt: In jedem Jahr haben wir weniger ausgegeben, als wir Mehreinnahmen hatten. Wenn das kein Beleg dafür ist, wie man solide mit Steuermitteln umgeht, dann verstehe ich die Welt nicht mehr.

Herr Kollege Pohl meinte dann, noch einmal die großartigen Leistungen der Bundesregierung für dieses Land feiern zu müssen. Ich

habe mir sehr aufmerksam angesehen, was es an Transferleistungen gibt, auf gesetzlicher Grundlage, auf grundgesetzlicher Grundlage. Herr Kollege Pohl, nehmen Sie zur Kenntnis: Es gibt nach wie vor kein Land der Republik, das so negativ bedacht wird, was die Transferleistungen angeht, wie Nordrhein-Westfalen. Das ist belegbar. Ich könnte Ihnen ein vielleicht selbst Sie beeindruckendes Beispiel nennen: 32,6 % der Steuereinnahmen des Bundes fließen aus Nordrhein-Westfalen; unser Bevölkerungsanteil ist 27,3 %. Das heißt: Würde Nordrhein-Westfalen an den Steuereinnahmen des Bundes nur entsprechend seiner Bevölkerung beteiligt sein, verblieben über 15 Milliarden DM in Nordrhein-Westfalen, und das Jahr für Jahr. Ich finde, das ist eine beeindruckende Leistung.

Herr Präsident, Herr Kollege Schauerte hatte sich zu einer Zwischenfrage gemeldet.

Präsident Denzer: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schauerte, der auf dem Platz von Frau Abg. Thoben sitzt?

(Minister Schleißer: Ich warte schon darauf, Herr Präsident.)

- Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Schauerte (CDU): Herr Finanzminister, ich komme noch einmal auf das Versprechen zurück, das Sie abgegeben haben: die Steuermehreinnahmen ausschließlich zur Verminderung der Neuverschuldung einzusetzen. Ist es richtig, daß Sie am 4. September 1989 bei der Einbringung des Haushalts hier gesagt haben:

Auch die Steuermehreinnahmen 1989 und der Folgejahre werden ausschließlich der Verminderung der Neuverschuldung dienen.

Und ist es richtig, daß zu den Folgejahren das Jahr 1990 gehört und daß Sie die Mehreinnahmen von 1,8 Milliarden DM nur mit ca. 600 Millionen DM zur Rückführung der Neuverschuldung einsetzen?

Schleißer, Finanzminister: Herr Kollege Schauerte, genau das ist eine Ihrer bekannten Verdrehungen. Es ging darum, daß im Haushaltsvollzug sich einstellende Steuermehreinnahmen zur Absenkung der Nettokreditaufnahme genutzt werden. Es geriete doch völlig aus der Form, wenn Sie sagen würden: jede Steuereinnahme, die kommt. Das ist regelrechter Unsinn, den Sie da aufbringen. Im Haushaltsvollzug sich ergebende Steuermehreinnahmen werden zur Absenkung der

(C)

(D)

(Minister Schleißer)

- (A) Schulden verwandt. Das ist die Aussage, und dabei bleibe ich.

Nun haben Sie den Bund gelobt, Herr Kollege Schauerte, was die Steigerungsrate seines Haushalts angeht. Sie wissen wie ich - und das war den Koalitionsfraktionen von Anfang an klar -, daß der Haushalt schon bei seiner Verabschiedung nicht mehr stimmte, daß der Nachtrag sozusagen schon in der Luft hing. Und so wird es auch kommen. Wenn Sie nun Steigerungsraten des Landeshaushalts und des Bundeshaushalts miteinander vergleichen wollen, müssen Sie aber auch die Unterschiede wahrnehmen und wahrnehmen wollen.

Sie wissen, daß sich die Leistungen des Bundes an die EG im Bundeshaushalt als Mindereinnahmen darstellen. Die Ausgaben des Landes - und aller Länder - an die Gemeinden sind Mehrausgaben des Landeshaushalts. Stellen Sie sich vor, diese Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen wären Mindereinnahmen, wie es die Leistungen des Bundes an die EG sind! Von den Ihnen dargestellten prozentualen Steigerungen entfallen nämlich allein 1,4 % auf die zusätzlichen Leistungen an die Gemeinden. Ich finde, das ist ein beeindruckender Betrag.

(Zuruf des Abg. Bensmann (CDU))

- Das können Sie nachrechnen, Herr Bensmann, wenn Sie das wollen. Wenn Sie es nicht wollen, dann lassen Sie es.

- (B) Noch einmal zu den Steuereinnahmen des Jahres 1990 und deren Entwicklung! Da sagt der Bundesfinanzminister - ich habe das bereits am Freitag zitiert - ausweislich des Protokolls des Bundestages, daß die Neuverschuldung im Jahre 1990 aufgrund der Steuerentlastung steigen wird. Das heißt: Der Bundesfinanzminister sagt: Wegen der Steuerentlastung steigt die Neuverschuldung in 1990. Der Parlamentarische Staatssekretär Carstens sagt es, die Sprecher der CDU sagen es, die Sprecher der F.D.P. sagen es. Und wenn ich das hier sage, ist das sozialistische Unvernunft. Da sehen Sie, mit welcher großartigen Logik Sie an diese Fragen herangehen. Ich kann nur sagen: Das ist nicht ernst zu nehmen.

(Zustimmung bei der SPD)

Lassen Sie mich dann etwas zu Ihrer "soliden Haushaltspolitik" sagen! "Solide finanziert, solide Vorschläge, solide abgedeckt"!

(Bensmann (CDU): So ist es!)

- Das glauben Sie. Glauben Sie das wirklich? Sie haben Mehrausgaben in einer Größenord-

nung von etwa 500 Millionen DM p. a. vorgeschlagen. (C)

(Schauerte (CDU): Nein, 360 Millionen DM!)

- Sie wissen doch, daß das falsch ist. Sie haben nur das Haushaltsjahr 1990 gesehen. Sie wissen, daß Ihr Erziehungsgeld nicht 64 Millionen DM, sondern 250 Millionen DM kosten wird. Wieso drücken Sie sich davor, exakte Zahlen anzugeben?

(Schauerte (CDU): Diskutieren wir über 1990 oder über folgende Jahre?)

- Dann hätten Sie aber entsprechende Verpflichtungsermächtigungen ausbringen müssen. Haben Sie das getan? Auch nicht.

Also: über eine halbe Milliarde DM Mehrausgaben!

Nun komme ich zu Ihrer "soliden Deckung", die Sie vorgeschlagen haben. Solide Deckung ist: 200 Millionen DM Zinsausgaben einsparen. Ich hatte das schon einmal gesagt: Was ist das für ein Deckungsvorschlag?! Rechnerisch würde das Ergebnis stimmen, wenn Sie recht haben, daß die Zinssteigerung gebremst wird; wenn sie sich in 1990 nicht fortsetzt, dann kann es sein, daß sich das Ergebnis einstellt. Aber auch dann gilt dafür wieder, daß sich das Ergebnis einstellt, ohne daß man vorher manipuliert, daß sich aber auch das genaue Gegenteil darstellen kann. Wer Deckungsvorschläge mit Mitteln macht, die sich im nachhinein zwangsläufig auf den Pfennig genau herausstellen müssen, ist haushaltswirtschaftlich nicht ernst zu nehmen. Ich sage Ihnen das genauso deutlich wie in anderen Zusammenhängen. (D)

100 Millionen DM könnten Ihrer Meinung nach bei den Asylanten gespart werden. Wiederholt gesagt, im Ausschuß gesagt, hier gesagt, und ich wiederhole es noch einmal, weil es offensichtlich nicht überkommt: Eine Beschleunigung des Asylverfahrens würde in 1990 zusätzliche Kosten ausmachen und keine Einsparungen bringen.

Präsident Denzer: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Schleißer, Finanzminister: Lassen Sie mich den Satz noch sagen.

Ihre größte "Leistung", was solide Haushaltspolitik angeht, ist, daß Sie das Vermögen des Landes verschleudern wollen. Mittel, die bei der WestLB auf entsprechenden Beschluß des Landtags deponiert sind, die dementsprechend

(Minister Schleußer)

- (A) Zinsen bringen, wollen Sie für Ausgaben verwerten, das heißt Vermögen versilbern. Und das nennen Sie zusätzlich auch noch eine solide Ausgabenpolitik. Das ist fadenscheinig, das ist dumm, was Sie da vorschlagen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Herr Abg. Schauerte hat noch das Wort zu einer Zwischenfrage.

Schauerte (CDU): Herr Finanzminister, wenn man fragt, ist die Rede inzwischen immer schon ein Stück fortgeschritten. Also: Zurück zu den 200 Millionen DM Einsparungen wegen geringerer Zinsausgaben!

Geben Sie mir nicht recht, daß, wenn Sie aufgrund der guten Steuereinnahmen mehr als 3 Milliarden DM weniger Kredite aufnehmen müssen, diese einmal hochgerechnet mit 7 %, Sie allein 280 Millionen DM Zinsen deswegen weniger ausgeben müssen?

Schleußer, Finanzminister: Manchmal rechnen Sie sehr kurz. Wenn Sie, Herr Kollege Schauerte, schon mit den 100 Milliarden DM Schulden hantieren und dann entsprechende Zinsleistungen anfügen, wie das gerade von Ihrem Kollegen Pohl noch getan worden ist, dann müssen Sie auch sehen, wieviel 1 % Zinssteigerung ausmacht. Wir haben eine durchschnittliche Zinssteigerung von 0,8 %. Vielleicht könnten Sie die einmal auf 100 Milliarden DM hochrechnen. Dann sehen Sie, was dabei herauskommt. Und dann setzen Sie das ins Verhältnis zu dem, was für eine andere Summe weniger an Zinsen fällig wird.

(B)

Wir glauben, daß die Landesregierung mit diesem Haushalt ihren Teil getan hat. Es ist belegt worden, wie wir in den zurückliegenden Jahren gewirtschaftet haben. Der Haushalt, den wir vorlegen, ist solide. Wir werden damit den neuen Anforderungen gerecht; denn es sind in der Hauptsache drei Blöcke, die wir bedienen: Das sind die Gemeinden, das ist das breite soziale Feld, das wir auch entsprechend Ihren Wünschen mit bedacht haben, und das sind die Personalausgaben, mit denen wir belegen, daß wir den Tarifvertrag ernst nehmen, obwohl uns die Gewerkschaften sehr häufig kritisch begleitet haben.

Wir sind auf einem guten Weg. Das ist meines Erachtens eine gute Voraussetzung, auch die Haushalte 1991 und folgende zu bestimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zunächst über das Gemeindefinanzierungsgesetz. Wer dem Gesetzentwurf entsprechend der Beschlußempfehlung unseres Haushalts- und Finanzausschusses in Drucksache 10/4942 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Lesung verabschiedet.

(C)

Wir kommen nun zum Haushaltsgesetz 1990. Wer dem Gesetzentwurf und damit dem Haushaltsplan entsprechend der Beschlußempfehlung unseres Haushalts- und Finanzausschusses in Drucksache 10/4940 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Lesung verabschiedet.

Ich rufe nunmehr die Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 1989 bis 1993 mit Finanzbericht 1990 auf. Entsprechend der Beschlußempfehlung unseres Haushalts- und Finanzausschusses in Drucksache 10/4941 bitte ich um Kenntnisnahme. - Ich stelle dies hiermit fest.

Auf Antrag der Fraktion der CDU ist nunmehr eine Unterbrechung der Sitzung für 15 Minuten beantragt. Dem wird stattgegeben. Die Fraktionen bitte ich, zu Fraktionssitzungen in ihre Sitzungssäle zu kommen. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 14.14 bis 15.17 Uhr)

(D)

Präsident Denzer: Meine Damen und Herren, die zu Punkt 1 der Tagesordnung unterbrochene Sitzung wird hiermit fortgesetzt. Wir haben zu Punkt 1 noch die Entschließungsanträge zu erledigen.

Vorweg nach den abgegebenen Erklärungen und den Vereinbarungen mit den Fraktionen dieses Hauses folgende Feststellung: Wir stimmen über die drei Entschließungsanträge ab, stellen die Abstimmung über die Deutschlandfrage aller Anträge zurück. Es erfolgt ein Neudruck. Punkt 1 der Tagesordnung wird dann unterbrochen. Nach Tagesordnungspunkt 2, wenn der neu formulierte gemeinsame Antrag schriftlich vorliegt, wird die Beratung wieder aufgenommen und dann abgeschlossen.

Nun, meine Damen und Herren, haben wir nach dem bereits abgeschlossenen Beratungsverfahren über die Entschließungsanträge zu befinden.

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD I zu Einzelplan 06 auf, der Ihnen